

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zentrals-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungen halbes 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1505.

Donnerstag, den 17. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

Die Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten.

Eine eigenartige Lohnbewegung, die bisher in der Berliner Arbeiterbewegung einzig dastehet, ist in ruhiger planmäßiger Weise in Angriff genommen, und wenn nicht alle Berechnungen täuschen, dürften wir in einigen Tagen vor der Thatsache stehen, daß unser gesamter Straßenbahnbetrieb plötzlich still steht. Was das für eine Großthat wie Berlin bedeutet, bedarf nicht der näheren Schilderung. Wird die Gesellschaft durch ein billiges Entgegenkommen diese Katastrophe vermeiden? Wir glauben es nicht, denn die Gesellschaft hat bisher einen so beharrlichen Widerstand allen Ansprüchen an eine sociale Besserstellung ihrer Angestellten entgegen-
 gesetzt, daß ihre jetzt zur Schau getragene herablassende Freundlichkeit, wo bereits die Wogen der Bewegung aufs höchste gestiegen sind, nicht genügt, die Ruhe wiederherzustellen. Der Nebel sind zu viele und der Handstreich ist zu groß.

Die Angestellten stellen keine hohen Anforderungen, die reiche Gesellschaft ist unzweifelhaft in der Lage, sie zu bewilligen. Diese Auffassung wird sogar bis weit in bürgerliche Kreise geteilt; die Gesellschaft ist im Publikum so wenig beliebt, daß selbst bisher in der bürgerlichen Presse keine Entrüstung über die Lohnbewegung der Angestellten der Straßenbahn laut wird, die wir sonst bei seinem Streik vermischen. Sicherlich werden einige Blätter noch das Versäumte nachholen, aber immerhin ist es für die Stimmung gegen die Gesellschaft charakteristisch und eine Mahnung für die Direktion, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde im Feenpalast von den Angestellten endgültig bestimmt, in welcher Weise die Forderungen der Direktion unterbreitet werden sollen. Der gegen 11 Uhr des Nachts in die Höhe des Feenpalastes kam, der sah von allen Seiten Schaffner und Führer der Straßenbahn in ihrer Dienstkleidung scharenweise herzutreten. Vor den Eingangsthüren des Feenpalastes stante sich die Menge zu einem dichten Haufen, und nur nach und nach gelang es den Angekommenen das Innere des Lokals zu betreten. Wer sich nicht durch seine Dienstkleidung als Angestellter der Straßenbahn-Gesellschaft ausweisen konnte, erhielt keinen Zutritt, denn es galt, über die Forderungen, welche die Angestellten der Direktion vorlegen wollen, endgültig Beschluß zu fassen, und die Anordnung, daß jeder Versammlungsbefugter in Uniform zu erscheinen habe, hatte die Leitung der Bewegung deshalb getroffen, um von vorn herein jeden Zweifel darüber auszuschließen, ob die Teilnehmer der Versammlung auch wirklich im Dienst der Straßenbahn-Gesellschaft stehen. Schon um 11 Uhr, dem angezeigten Beginn der Versammlung, waren Saal und Galerien des Feenpalastes fast vollständig gefüllt und doch fehlte noch die Menge derjenigen, welche durch ihren Dienst im Straßenbahnverkehr bis in die frühen Nachstunden gefesselt sind. Mit der Zeit kamen auch diese nach und nach heran. In Armejen und Drohnen waren sie von den entferntesten Bahnhöfen herbeigekommen, um teilzunehmen an der Versammlung, wo Beschlüsse gefaßt werden sollten, die für die Verhältnisse der Verkehrsbediensteten von weittragender Bedeutung sind. Als die Versammlung kurz nach 12 Uhr ihren Anfang nahm, da waren die weiten Räume bis in den äußersten Winkel der oberen Galerie besetzt. Die Zahl der Anwesenden kann auf 4000 geschätzt werden, während etwa 1000 Personen, die noch später gekommen waren, in das abgesperrte Lokal nicht mehr hineingelangten.

Nach Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende Berner mit, daß Einladungen zu derselben ergangen sind an den Oberbürgermeister Kirchener, den Polizeipräsidenten v. Windheim, die städtische Verkehrsdeputation und an die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, daß aber von den Eingeladenen niemand erschienen sei, außer einem Mitglied der Verkehrsdeputation, welches jedoch nicht als Vertreter dieser Körperschaft anwesend war.

Von den socialdemokratischen Stadtverordneten bemerkten wir die Genossen Augustin, Borgmann, Singer und Hirsch-Garlottenburg.

Das einleitende Referat hielt Schumann, der Vorsitzende des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Er sagte, er müsse zunächst auf ein heute in Umlauf gelegtes Gerücht eingehen, wonach die Direktion der Straßenbahn den Vertretern des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 50 000 M. zugesichert haben soll, wenn aus dem Streik nichts wird. Also eine Verschönerung des heimtücklichen Verrats. Es sei wohl nicht nötig, erst zu sagen, daß derartige Verdächtigungen in jedem Fall gegen die Leiter einer Arbeiterbewegung ausgeübt werden, um dieselben in den Augen der Beteiligten als vertrauenswürdig hinzustellen. — Am Thema des Referats übergehend, führte der Redner aus: Diese Versammlung ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Angestellten der Straßenbahn, welche sich jahrelang die Bedrückungen seitens ihrer Arbeitgeber ruhig gefallen ließen, endlich eingesehen haben: Es giebt außer Demuth und blindem Gehorchen noch etwas, was man Menschenwürde nennt. — Nach der Behauptung der Direktion soll diese Bewegung künstlich erzeugt sein durch derartige Agitationen in die Reihen der Angestellten hingeworfen sind, dann ist es seitens der Direktion und der höheren Angestellten geschehen, die dem Personal eine Verhandlung zu teil werden ließen, welche Unzufriedenheit erzeugen mußte. Vor allen gehört der Ober-Verkehrsinspektor Stavenow zu den Übeltätern, die die unteren Angestellten durch schroffes Benehmen „verhört“ haben. Sagte doch Herr Stavenow erst kürzlich: „Aus dem Streik wird nichts, denn die Postkassen sind ja viel zu dünn zum Streiken!“ Wir haben es nicht zu bedauern, daß Direktion und höhere Beamte eine derartige Agitation getrieben haben. Um so eher sind die Angestellten der Straßenbahn aus ihrer Gleichgültigkeit erwacht.

Wenn wir uns die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft näher betrachten, dann müssen wir sagen, daß dieses Verkehrsinstitut in erster Linie bestritt war, die Forderungen der Aktionäre zu erfüllen auf Kosten des fahrenden Publikums und der unteren Angestellten. Jahr für Jahr vermehrt sich der Gewinn dieser Gesellschaft. Im Jahre 1899 erzielte sie bei einer Einnahme von

18 612 710 M. einen Ueberschuß von 8 617 800 M., und im Jahre 1899 betrug die Einnahme 20 948 004 M., der Ueberschuß 9 434 800 M. Trotzdem, daß die Gesellschaft im Jahre 1899 infolge der elektrischen Einrichtung und des starken Schneefalles bedeutende Mehrkosten hatte, war der Gewinn des Jahres 1899 höher als der des Vorjahres. Bei 10 Proz. Dividende und hohen Abschreibungen könnte die Gesellschaft ohne Zweifel mehr für die unteren Angestellten thun. Die höheren Angestellten werden ja recht gut bezahlt. So wurden beispielsweise im Jahre 1899 an die Direktion und die Gesellschaftsbeamten — wozu die Schaffner, Führer etc. nicht gerechnet werden — Lantien in Höhe von 267 151 M. gezahlt, während der Aufsichtsrat 151 936 M. Lantien erhielt. An Lantien und Dividende zusammen ist im Jahre 1899 die Summe von 5 507 360 M. verwendet worden, während für Gehälter nur 5 136 908 M. ausgegeben wurden. Wir sehen also, daß die Gehälter der großen Zahl derjenigen, welche durch schwere anstrengende Arbeit den Gewinn der Gesellschaft erzeugen, noch nicht die Summe dessen erreichen, was die höheren Beamten als Lantien und die Aktionäre als Dividende einstecken. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeits! Es fragt sich nun, wollen Sie, die Angestellten, mit Ihren seitherigen Verhältnissen zufrieden sein, oder wollen Sie angehenden der äußerst günstigen Lage, in der sich Ihre Gesellschaft befindet, an die Direktion herantreten und sagen: Gebt uns auch einen kleinen Teil von dem Gelde, welches wir für Euch verdienen, damit unsere traurige Lage etwas aufgebessert werde! Niemand kann sagen, daß eine Forderung unbillig wäre. Was Sie jetzt für Ihre zwölfwöchentliche aufreibende Thätigkeit erhalten, reicht nicht aus zu einem auch nur einigermaßen anständigen Leben. Ihre Vertreter haben deshalb in voriger Woche die Forderungen festgesetzt, die der Direktion vorgelegt werden sollen. Die Direktion hat ja schon versucht, die Bewegung zu hindern. Sie gab durch Ausschlag bekannt, daß sie „getreu ihren bisherigen Grundsätzen“, die Wünsche der Angestellten berücksichtigen wolle. Dieser Erlaß ist aber von den Angestellten mit Lachen aufgenommen worden, denn jeder von Ihnen weiß, daß nach den „bisherigen Grundsätzen“ der Straßenbahn-Direktion jeder gemachregelt worden ist, der es wagte, Wünsche zu äußern oder Forderungen zu stellen. So blieben denn auch die Verhandlungen, welche die Direktion heute mit Vertretern Ihrer Kollegen anbahnen versänfte, ohne Resultat.

Der Redner legte nun die von den Vertrauensmännern der Angestellten beschlossenen, von uns schon früher mitgetheilten Forderungen vor und begründete dieselben. Dabei bemerkte er unter anderem: Der Direktor sagte heute, wenn die angestellten Gehaltsforderungen bewilligt werden sollten, so würde das der Gesellschaft eine Mehrausgabe von einer halben Million Mark verursachen. Wir sind der Meinung, daß eine Gesellschaft, die jährlich 10 Millionen Ueberschuß erzielt, nicht nur eine halbe, sondern zwei Millionen für die Aufbesserung der Gehälter der Angestellten verwenden könnte. Wenn auch die Aktionäre statt 10 Proz. nur 8 Proz. Dividende bekommen, so ist das immer noch genug. Wir haben ja in unseren Reihen auch einige Besitzer von Aktien der „Großen Berliner“, und ich kann versichern, daß wir uns eine Herabsetzung der Dividende um 2 Proz. zu Gunsten der Angestellten sehr gern gefallen lassen. Wir werden auch in der Generalversammlung der Gesellschaft einen dahingehenden Antrag stellen. Mit einer Dividende von 8 Proz. sind wir für unser Teil noch sehr zufrieden.

Die Direktion rechnet darauf, daß die Eingkeit, welche jetzt unter den Angestellten besteht, nur von kurzer Dauer sein werde. Zeigen Sie durch Ihr Verhalten, daß diese Rechnung der Direktion nicht stimmt. Sie sind es sich und Ihrer Familie schuldig, daß Sie zusammenhalten und so Ihre berechtigten Forderungen durchsetzen. Sorgen Sie dafür, daß Sie so viel erlangen, wie zu einem menschenwürdigen Leben gehört. Sie können es, wenn Sie einig sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion nahm zunächst ein Schaffner das Wort, der an der von der Direktion veranlaßten Besprechung teilgenommen hat. Die Direktion ist bei dieser Gelegenheit durch die Regierungsräte Köhler und v. Kühlewein vertreten gewesen, die aber nicht nach den Wünschen der Angestellten gefragt, sondern nur gesagt haben, daß das geforderte Maximalgehalt von 150 M. nicht bewilligt werden könne. Weiter erzählte der Redner, wie er den Direktoren ruhig aber bestimmt erklärt hat, daß nur die Versammlung aller Angestellten über die bezüglich der Bewegung zu unternehmenden Schritte Beschlüsse fassen könne. Mit großem Beifall nahm die Versammlung die Mitteilung des Redners an, daß er den Direktoren erklärt habe, auf der Verlegung des Oberinspektors Stavenow bestehen die Angestellten unbedingt.

Hierauf nahm Stadtver. Singer, den die Versammlung mit stürmischem Handklatschen begrüßte, das Wort. Er führte unter lebhaftem Beifall der Zuhörer aus, daß er als Mitglied der städtischen Verkehrsdeputation der Einladung zu dieser Versammlung gern gefolgt sei und daß er den Angestellten der Straßenbahn aufrichtig Glück wünsche zu der von ihnen eingeleiteten Bewegung. Diese imposante Versammlung sei ein Beweis dafür, daß die Bewegung zu einem für die Angestellten günstigen Resultat kommen werde. Es sei nun rathsam, daß die Angestellten durch ihre Kommission mit der Direktion in Verhandlungen treten. Weiter rief er (Redner), daß sich die Angestellten während der Bewegung ruhig verhalten, dann werde ihnen die Sympathie der Bevölkerung sicher sein.

Redner besprach dann die Verzögerung, die bei Errichtung der Pensionskasse eingetreten ist. Formell ist die Verzögerung in der Fertigstellung des Statutentwurfes allerdings dem Magistrat zuzuschreiben, sachlich aber trage hieran lediglich die Bahndirektion schuld, da diese zwei Bestimmungen in das Statut bringen wollte, die die Stadtverwaltung nicht genehmigte. Einmal wolle die Direktion den Angestellten bei ihrer Pensionierung die ihnen etwa zuzuliegende gesetzliche Unfallrente auf die Pension in Abzug bringen, und dann beanspruchte sie für sich allein die Befugnis, zu bestimmen, wer pensionirt werden solle, während die Stadtverwaltung daran festhalten sollte, daß hierüber ein Rassenvorstand zu befinden haben solle, dessen Mitglieder zur Hälfte von der Direktion, zur anderen Hälfte von den Angestellten zu wählen seien. Falls diese beiden Differenzpunkte in nächster Zeit nicht ausgeglichen würden, werde der Magistrat ihre Regelung durch ein Schiedsgericht beantragen. Was die Forderungen der Angestellten betreffe, so seien dieselben keines-

wegs übertrieben. Erfolge über dieselben keine Verständigung, so empfehle er, das Gewerbegericht anzurufen.

Die Vertreter der Arbeiter im Noten Hause würden, so weit es in ihren Kräften stehe, die Forderungen der Straßenbahn-Angestellten, die durchaus berechtigt seien, unterstützen, denn es sei notwendig, daß wir ein Verkehrsinstitut bekommen, wo nicht nur die Aktionäre reiche Dividenden einstecken, sondern auch die Arbeiter so viel erhalten, wie sie zum anständigen Leben beanspruchen. (Großer Beifall.)

Es sprachen nachdem noch eine ganze Reihe von Schaffnern und Wagenführern, die alle in ruhiger, sachlicher Weise die angestellten Forderungen vertraten. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft ihre Angestellten schon seit sechs-jährigen Jahren auf die Gründung einer Pensionskasse vertriebe, eine solche aber auch jetzt, nachdem der Gesellschaft die Pflicht zur Pensionierung der Angestellten auferlegt ist, immer noch nicht ins Leben getreten ist. Unter der Bedner schilberte des näheren, wie dürrig er, der lange Jahre im Dienst der Straßenbahn-Gesellschaft steht, mit seiner Familie leben müsse, weil das Gehalt kaum ausreicht, daß eine Familie sich davon satt essen kann. Die Zustimmung, welche dieser Redner fand, ließ erkennen, daß wohl jeder unter den Tausenden im Saale dieselben Klagen mit Recht hätte erheben können. — Weiter verurteilte man es auf das Entschiedenste, daß die Direktion bei der Bemessung der Gehälter Rücksicht nimmt auf die Mithätigkeit des Publikums, die sich an den Angestellten in Form der entwürdigenden Trinkgelber offenbart. — Wieder ein anderer Redner wies auf den exzessiven Fortschritt in der Gehaltssteigerung und dem Anstehen der Angestellten hin. Vor zehn Jahren — sagte er — wagte es noch niemand, in Uniform die Versammlung zu besuchen. Allerlei Verkleidungen, sogar falsche Härte legten damals die Versammlungsbefugter an, um nicht erkannt zu werden, denn wer sich nur im geringsten mutete, der wurde kurzer Hand entlassen. Wie anders sieht es heute aus. Mit Stolz sehe ich auf diese Versammlung, wo wir alle in Uniform erscheinen sind. Heute sind wir einig und brauchen uns deshalb nicht vor Angebern und vor Maßregelungen fürchten. Heute waren wir in der Lage, unsere Vorgesetzten zu sagen: Nicht wir verhandeln mit Ihnen, sondern die Versammlung beschließt, was geschehen soll. Ich betone, daß wir friedliche Verhältnisse herbeiführen wollen. Nachdem wir hier unsere Beschlüsse gefaßt haben, gehen wir wieder pünktlich an die Arbeit, und an unsere verunglückten Gesichter sollen die Direktoren und das Publikum merken, daß wir uns bewegt sind: Wir werden etwas erreichen! Wir wollen unsere Pflicht thun, aber wir wollen auch als Menschen behandelt und bezahlt werden! (Zustimmung und Beifall.)

Nach einem Schlusswort Schumanns beschloß die Versammlung, daß die bestehende, aus Vertretern der Angestellten aller Depots zusammengesetzte Kommission die Verhandlungen mit der Direktion zu führen hat. Die Forderungen sollen der Direktion sofort eingereicht werden mit dem Entschluß, daß sie sich bis Freitag darüber entscheiden. Am Freitag nachts 11 Uhr werden dann zwei Versammlungen gleichzeitig abgehalten, die über die weiteren Maßnahmen Beschlüsse fassen sollen. Damit war die imposante Versammlung beendet. Die Anwesenden stimmten begeistert in das vom Vorsitzenden angebrachte Hoch auf die Organisation ein.

Der Morgen grante bereits, als die Versammlungsbefugter auf die stille Straße hinarbeiteten, um alsbald ihrer gewohnten Thätigkeit nachzugehen. Hoffen wir, daß die Beschlüsse, welche in dieser denkwürdigen Versammlung gefaßt worden sind, zum Nutzen der geplagten Verkehrsarbeiter Verwirklichung finden, es begleitet sie in ihrem Verlangen die Sympathie aller angeklärten Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Mai.

Die Canossa-Flotte.

Die „nationalen“ Historiker des preußisch-deutschen Reichs belehren uns, daß seine Schöpfung notwendig gewesen sein sollte, damit das „Land der Reformation und Geistesfreiheit“ nicht unter „das Joch der katholischen Kirche“ zurückgebracht und „nicht in päpstliche Finsternis verwickelt“ werde. So rechtfertigt man u. a. die Postremung des deutschen Reichs. Diese braven Historiker sind täglich Lügen gestraft worden. Wo ist dieses Deutsche Reich, das uns schützen sollte vor dem Rückfall in die römische Priesterherrschaft vor der Reformation? Der einzige wesentlich protestantische Kulturstaat des europäischen Festlands ist jetzt auf dem Punkt, seine „Auktorisation“ dem Katholizismus zu verschachern, und der „Marisch an der Spitze der Civilisation“ wird zu einem Marisch unter dem Joch des Centrums hindurch in den Schloßhof von Canossa.

Das Deutsche Reich — das Reich, dessen Gründung von nationalen Schwärmern als „der Triumph der Reformation“ gepriesen ward, liefert sich, an Händen und Füßen gebunden, der Partei des Katholizismus aus, erkennt demüthig die römische Kirche als oberste Macht, als die Schiedsrichterin in deutschen Angelegenheiten an.

„Keine lex Heinze, keine Flotte!“ So lautet der Nachspruch der katholischen Centrumpartei. Und demüthig unterwirft sich das große, neue national-deutsche Reich, „der Fort des Protestantismus“, die zahnreiche Erfüllung der Reformation!

Und dieser elende Canossaflaggen um der Flotte Willen! Was ist die Flottenvorlage dem deutschen Volk? Ein paar Leute haben sich in den Kopf gesetzt, teils aus Geschäftsinteresse, teils aus Liebhaberei für den Wassersport, Deutschland eine Flotte zu geben, stark genug, um der englischen die Spitze bieten zu können, und das deutsche Volk in seiner ungeheureren Mehrtheit — das ist von allen Parteien anerkannt worden — will von der Flottenvorlage nichts wissen.

Das katholische Centrum weiß das. Es zeigte sich von Anfang an der Flottenvorlage sehr wenig sympathisch, ja zum Teil geradezu feindlich. Allein wir leben in der Zeit der Schachertollheit. Die schwache, in sich gesplattene, von der Hand in den Mund lebende

(Reichsregierung hat, im Hin- und Herwanken des Zidzacklaufes, kein politisches Programm, kein einheitliches Ziel. Sie hat keine andere Politik als die, den Streit der Parteien zu keinen Augenblicks-erfolgen auszunutzen.

So kam es, daß die Flottenvorlage, welche die Krönung Deutschlands zur Weltmacht bedeuten sollte, von vornherein der Gegenstand heftigsten Zankes und Schandens geworden ist. Das Centrum erkaufte seine Gelegenheit. Es hatte mit empfindlichen Bemühen einen Gesetzentwurf, der ihm die Anechtung der Geister ermöglicht, bis auf wenige Reste im Reichstag durchgedrückt. Das deutsche Volk bäumte sich empört an gegen dieses Schandgesetz. Die weitesten bürgerlichen Kreise, die Vertreter der Kunst und Wissenschaft protestierten, die Regierung selbst wurde stutzig — der Kaiser und verschiedene seiner Ministerien äußerten Bedenken.

Doch das Centrum war sich seiner gebietenden Stellung bewußt: „Ihr wollt die Flottenvorlage — uns ist sie nichts wert, desto mehr euch, nun wohl, Ihr sollt sie haben — gebt uns die lex Heinze!“

Umsonst sträubt sich die Regierung. Hilft nichts: „Keine lex Heinze, keine Flottenvorlage!“ heißt kühl und unbeweglich der Schluß des Centrums.

Und die Regierung hat eingeschlagen. Topp! Der Handel ist abgeschlossen. Das Deutschland der Reformation soll der Partei des Reichthums angegliedert werden.

Das Großunterblatt, die „Kreuz-Zeitung“, die aus der Flottenvorlage fettes Brot und Fleisch-Buchervorlese herauszuschlagen hofft, um, wie Socialdemokraten bekämpften die lex Heinze deshalb so heftig, weil sie uns „bedrohe“. Da irrt sich die „Kreuz-Zeitung“ gewaltig. Wenn wir diese Ausgeburt pfäffischer Unduldsamkeit und jungerlicher Heuchelei bekämpfen, so geschieht es, weil wir Socialdemokraten die bürgerliche Freiheit und die allgemein menschliche Kultur zu verteidigen die Pflicht haben. Weit entfernt, uns irgendwie zu bedrohen, ist die lex Heinze im Gegenteil für uns eine vorzügliche Waffe, weil sie den Massen die ganze Beschränktheit und Kulturfeindschaft der herrschenden Parteien enthüllt.

Der Reichstag

unterdrück in seiner Mittwochssitzung die Eintönigkeit der Diskussion über die Unfallversicherungs-Gesetze durch zwei lebhaft politische Debatten von aktuellstem Interesse. Die erste wurde veranlaßt durch die Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 1898, in welches Jahr bekanntlich die Palästina-Reise des deutschen Kaisers fällt. Diese Reise war eine Privatreise und hatte mit den politischen Pflichten des Kaisers gar nichts zu thun. Trotzdem hat die Reichsregierung einen Teil dieser Reisetosten auf das Reich abzuladen für gut befunden. Ist das zulässig? Wo hören die Ausgaben des Kaisers, dem ein sehr, sehr großes Jahresgehalt (15 1/2 Millionen) ausgezahlt ist, auf, Privatausgaben zu sein, und wo werden sie öffentliche Reichsausgaben? Die Antwort ist sehr einfach für jeden, der den Thatsachen fest ins Auge sieht.

Wenn der deutsche Kaiser kraft seines Amtes irgend eine politische Haupt- und Staatsaktion zu machen hat, zu der die Minister, oder ein Teil der Minister oder anderen Beamten notwendig sind, müssen die Extraausgaben dieser Minister und Beamten aus der Reichskasse bezahlt werden. Das ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist auf der andern Seite, daß alle Ausgaben für Privatreisen und Privatvergütungen des Kaisers von dem Kaiser aus seinem persönlichen Gehalt, Einkommen oder Vermögen zu bestreiten sind. Daß Staatssekretär Vilow die Palästina-Reise mitgemacht hat, war Vilow'sche Privatangelegenheit und kaiserliche Privatangelegenheit. Für das Deutsche Reich und die öffentlichen Angelegenheiten war es ganz gleichgültig. Es giebt aber Leute, die mit ihren Ideen noch in der Zeit Ludwigs des Bierzehnten leben, der noch sagen konnte: Der Staat bin ich.

Sie denken: „Das Reich ist der Kaiser, und der Kaiser das Reich.“ Aus diesem Geiste heraus ist ein Teil der kaiserlichen Privatausgaben als Reichsausgaben verrechnet worden. Hiergegen protestierte im Namen unserer Partei Genosse Singer mit Nachdruck. Zu widerlegen war das nicht. Der Redner bewies durch Geretztheit und Grobheit, daß er keine Gründe hatte. Für seine Grobheit wurde ihm von Singer gebührend heimgeleuchtet — das hinderte jedoch nicht, daß alle anderen Parteien gegen uns für die Uebernahme eines Teils der kaiserlichen Privatausgaben auf das Reich stimmten.

Damit ist ein böses Präcedenz geschaffen. Die Regierung hat es nun in der Hand, auch alle übrigen Reisen des Kaisers teilweise wenigstens von dem steuerzahlenden Volk bezahlen zu lassen. Und was für die Reisen gilt, das läßt sich auch, wie Singer mit Recht hervorhob, für Jagden und ähnliche Privatvergütungen geltend machen.

Die zweite Debatte entbrannte über die unglückselige deutsche Kolonialpolitik. Nichts als Schmutz und Blut wohnt man blid. Der Schwund der Südamerican-Gesellschaft, die Strafexpeditionen mit Sengen und Brennen im Stil des dreißigjährigen Kriegs, die gräulichen Mißhandlungen der eingeborenen „freien Arbeiter“, deren Arbeitsverhältnis nur „verfäppte Sklaverei“ ist, kurz die ganze Schandwirtschaft in unseren sogenannten Kolonien wurde von Vebel an den Pranger gestellt. Die freimüthigen Abgeordneten Eichhoff und Müller-Sagan sekundierten. Der bedauerndste Direktor des Kolonialamts, Herr v. Buchta, beifolgte nach Möglichkeit, war aber so zaghaft, verlegen und unentschlossen, daß man ihm anmerkte, er fühle sich nicht mehr sicher in seiner Stellung. Ein Bild größerer Verlegenheit und Unsicherheit hat der Reichstag noch niemals vor sich gehabt.

Nach Beendigung dieser Debatte wurde das letzte der Unfall-Versicherungs-Gesetze — das für Sanganene — binnen fünf Minuten erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. **Lex Heinze.**

Agrarische Zuchtansvorlage in Sicht.

Die Vorbeeren, die sich Anhalt, Meckl. v. L. und andere Kleinstaaten im Kampf gegen die ländlichen Arbeiter erworben haben, lassen die Agrarier in Preußen nicht ruhen. Mit Reib bliden die Mendel-Steinfels, Wangenheim und Konjorten auf ihre Bundesbrüder anherhalb Preußens, denen es geglied ist, ein Anbelegeseh für Landarbeiter durchzubrüden, wodurch sie die Landflucht beseitigen zu können hoffen. Daß sie dies Ziel nicht erreichen, sieht allerdings für jeden Einsichtigen von vornherein fest. Zeit wann kann man durch Gewaltmaßregeln einer natürlichen Entwicklung Einhalt thun? Will man die Arbeiter auf dem Lande halten, dann sorge man dafür, daß sie dort menschlich behandelt werden, dann zahle man ihnen ausreichende Löhne, dann beseitige man vor allem die unwürdige Gesinde-Ordnung, unter der die Landarbeiter frohnden, aber man füge nicht dem alten Unrecht ein neues hinzu, wie es die Agrarier beabsichtigen.

Es ist noch erinnerlich, wie sehr bei den Debatten über die Leutenot im Mai vorigen und im Januar dieses Jahres immer wieder die Forderung nach einer krimonellen Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter betont wurde. Der Landwirtschaftsminister Febr. v. Hammerstein hat dem auch endlich dem Verlangen der Agrarier nachgegeben und im Januar eine Vorlage gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter und gegen die Verleitung zu demselben in Aussicht gestellt. Da das Gesetz bisher dem Landtag noch nicht zugegangen ist, hielten es die Agrarier für angebracht, die Regierung in Form eines Antrags, der am Mittwoch zur Beratung kam, aufzufordern, noch in dieser Session ein solches Gesetz dem Landtag zu unterbreiten. Da, wo es sich um die Lösung von Kulturaufgaben handelt, haben die Junler und Zimlengenoßen es durchaus nicht eilig, im Gegentheil, da treiben sie Verschleppungspolitik; wenn es aber darauf ankommt, die Arbeiterschaft zu knebeln, dann können die Herren die Zeit nicht erwarten, dann sind sie sogar bereit, bis in den Spätkommer hinein zu togen.

Angeblieh wollen die Agrarier den Kontraktbruch der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Weise ahnden, in der That aber würde ein solches Gesetz, wie sie es verlangen, keinen einzigen Arbeitgeber treffen, es würde lediglich ein neues Ausnahmengesetz gegen die ländlichen Arbeiter sein, ein Gesetz, das für die ländlichen Arbeiter genau dasselbe bedeutet, wie die zu Grabe getragene Zuchtansvorlage für die gesamte Arbeiterschaft bedeutet haben würde. Es tritt hier wieder einmal das zu Tage, was wir in der letzten Zeit wiederholt erlebt haben: Zeigt sich der Reichstag nicht gefällig genug zu reaktionären Maßregeln, so sucht die Reaktion ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen, indem sie in den Einzellandtagen ihren Willen zur Geltung bringt. Die Antragsteller haben ja auch gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie für alle deutschen Bundesstaaten ähnliche Ausnahmegesetze wünschen, wie sie für Anhalt u. a. bereits bestehen. Ein Wunder nur, daß sie sich vorläufig noch mit dem Attentat auf die ländliche Arbeiterklasse begnügen und daß sie nicht, dem Beispiel Lübeds folgend, sofort auch auf die industriellen Arbeiter ihre volkfeindliche Thätigkeit auszudehnen versuchen.

Die Begründung des Antrags war dem Oberagrarier v. Mendel-Steinfels übertragen, der offenerzig genug war, die letzten Ziele der Agrarier, die völlige Knebelung und Rechtlosmachung der Arbeiterklasse zu enthüllen. Trotz seiner pathetisch vorgebrachten Versicherung vom Gegenteil unterliegt es doch keinem Zweifel, daß es auf ein Attentat gegen die Landarbeiter abgesehen ist. Herr von Mendel fürchtet die Agitation der Socialdemokraten auf dem Lande, er fürchtet, daß die Landarbeiter sich ihrer Menschenwürde bewußt und sich eines schönen Tages weigern werden, weiterhin als Sklaven zu leben, und um dieses Erwachen der Menschenwürde im Keime zu ersticken, schießt er unter dem Vorwand seiner Freunde nach einem Gesetz, das die Landarbeiter völlig rechtlos macht.

Und die Regierung? Anstatt ihre Pflicht zu erfüllen und den agrarischen Hochmut einzudämmen, besorgt sie die Geschäfte des Junkertums. Herr v. Hammerstein versichert, daß die Regierung eifrig an der Arbeit ist, eine Vorlage, ähnlich dem in Anhalt bestehenden Gesetze, anzuarbeiten, und daß nur die Session zu weit vorgeschritten ist, als daß der Entwurf noch jetzt an den Landtag gelangen kann. Aber in der nächsten Session soll ihm die Vorlage sofort als eine der ersten zugehen.

Daß der Antrag Mendel mit großer Mehrheit zur Annahme gelange, versteht sich bei der Zusammensetzung des Landtags von selbst. Mit Ausnahme der beiden freimüthigen Parteien waren alle Fraktionen auf Seiten des Antragstellers. Der einzige Unterschied zwischen den einzelnen Rednern bestand in der Festigkeit, mit der sie die Regierung antrieben, sobald als möglich ihren volkfeindlichen Anschlag zu vollenden. Die socialdemokratische Gefahr suchten alle Redner möglichst drohend hinzustellen; aber während die Freunde des Antrags gerade durch einen Gesetzentwurf, wie sie ihn verlangen, die Socialdemokratie auf dem Lande bekämpfen zu können hoffen, betonten die Gegner des Antrags, die Abgg. Dr. Dirsch (fr. Sp.), Dr. Barth (fr. Sp.) und Dr. Crüger (fr. Sp.), daß ein solches Gesetz gerade die Socialdemokratie auf dem Lande stärken werde. Wir verzichteten darauf, uns in diesen Meinungsstreit einzumischen. Bisher haben noch alle Anschläge unserer Gegner ihr Ziel verfehlt. Die Gegner haben ihre Karten aufgedeckt, wir kennen ihre Pläne, wir werden unsre Taktik danach einrichten und alles anstreben, um die Landbevölkerung von der ihr drohenden Gefahr in Alarm zu setzen.

Deutsches Reich.

Meinheitsprinzip und Obstruktion.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ leiten die erneute Heintzedeberation mit eifrigen Täuschungsversuchen ein. Nachdem das offizielle Organ klage geführt hat, daß der deutsche Staatsbürger durch Abhaltung von Protestversammlungen gegen Reichstagsbeschlüsse durch den Reichstag diskreditieren dürfe, geht es mit der „Obstruktions“-Minderheit des Reichstags also ins Gericht:

Sicher ist, daß, wenn man die Mehrheit des aus gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Reichstags für so unfähig zur Erteilung und Wahrnehmung der Interessen des Gemeinwohls und des Volkes erachtet, daß man sie durch inneren und äußeren Zwang von ihrer Ueberzeugung entprechenden Beschlüssen abhalten zu müssen glaubt, durch ein solches Vorgehen ein vernünftiges Urteil über das Wahlrecht gefällt wird, aus welchem die Vertretung des deutschen Volks hervorgeht. Wechselseitig aber sind die Urheber eines solchen vernichtenden Urteils grade diejenigen Parteien, welche sonst jede selbst sachliche Kritik gegen das Reichstags-Wahlrecht als ein Attentat gegen die Volkrechte zu verzeichnen belieben. Man hat den Konserverativen öfter vorgeworfen, daß sie nach dem Spruche handelten: Der König absolviert, wenn er unsern Willen thut. Unsere sociale und bürgerliche Demokratie liefert aber in der Gegenwart den schlagenden Beweis, daß sie die nötige Achtung vor dem Parlament und dem Mehrheitsprinzip nur solange besitzt, als das Parlament und seine Mehrheit ihren Wünschen sich fügt, daß sie aber vor einem eine solche Verurteilung des Reichs-Wahlrechts enthaltenden Vorgehen nicht zurückfährt, sobald der Reichstag Beschlüsse faßt, welche ihren Wünschen nicht entsprechen.

Das alles ist aufgelegter Unsinn. Die Demokratie im Reichstag füßt sich fort und ruht den ihr nicht genehmen Absichten und Beschlüssen der Mehrheit. Fast sämtliche Gesetze, die im Reichstag zu Stande kommen, kommen gegen die Linke des Reichstags zu Stande.

Das Verhalten der Minderheit beim Heinze-Gesetz verstoßt keineswegs gegen das Mehrheitsprinzip, denn es ist nur die Folge einer bössartigen Vergewaltigung der Minderheitsrechte, auf deren Verletzung allerdings jeder Parlamentarismus, jedes praktische Zusammenwirken der Parteien beruht. Selbst der Präsident Graf Ballestrem mußte zugestehen, daß die Minderheit nur die von der Geschäftsordnung an die Hand gegebenen Mittel benützt hat. Es ist das gute Recht der Minderheit, ein verabschwendetes Gesetz nach Kräften zu verbessern und sein Zustandekommen nicht zuzulassen, wenn nicht die beschworenen Parteien in beschlußfähiger Zahl zur Stelle sind.

Die „B. P. N.“ sehen in dem Verhalten der Minderheit eine Schädigung des gleichen und geheimen Wahlrechts. Die Fürsorge für dieses Wahlrecht mag das offiziöse Blatt mit dem bekannten Reizungen für das Dreiklassen-Wahlrecht getrost andern überlassen. Erinnert sei aber daran, daß das Reichstags-Wahlrecht keineswegs ein gleiches ist. Gätten wir nicht die Inangerechtigkeiten der Wahlkreis-Einteilung, so würde das Centrum beispielsweise bei weitem nicht die stärkste Partei im Reichstage sein, würde nicht die ausschlaggebende Rolle in der Reichspolitik spielen, würde sich das Heinze-Attentat von vornherein nicht haben unterfangen können. Die Mehrheit der deutschen Reichstags-Wähler steht hinter der Heinze-Minderheit.

Fort mit den menschlichen Arbeitskraft sparenden Maschinen, das ist jetzt das Rezept gegen die Leutenot auf dem Lande. Das Centrum hat in der Budgetkommission zur Beseitigung der Leutenot die Lösung der Reichsgrenzen für ausländische Arbeiter bestragt, allein selbst die „Alln. Volkstz.“ bezweifeln, daß dadurch ein geeignetes Mittel gegen den Leutenot gegeben sei. Das Blatt weißt darauf hin, daß diese ausländischen Arbeitskräfte nur als Saisonarbeiter Beschäftigung finden und daß sie es deshalb bei einem Fortfall der Aufenthaltbeschränkung vorziehen würden, in den Industrieregionen eine dauernde Arbeitsstelle zu suchen. Die Leutenot würde deshalb vermuthlich noch viel vor bestehen bleiben. Die „Münchener Allg. Ztg.“ knüpft an diese Ausführungen des rheinischen Centrumsorgans an und empfiehlt den Landwirten nichts Geringeres, als die Anschaffung der Dreismaschinen. Bereits ein so einwandfreier Kenner der Landwirtschaft wie Freiherr von der Goltz haben darauf hingewiesen, daß es zur Beseitigung der Leutenot das rationellste sei, sich in der Verwendung arbeitssparender Maschinen eine lange Reserve anzusetzen, damit für die ländlichen Tagelöhner auch im Winter Beschäftigung vorhanden sei. England habe wesentlich durch die Maschinen die Landarbeiter in die Städte gedrängt.

Der Vordruck beweist aufs neue, wie kulturwidrig unsre kapitalistische Gesellschaftsordnung ist. Die praktischere, die menschliche Arbeitskraft freilegende Maschinenbetrieb soll eingeschränkt werden, damit es dem ländlichen Großbetrieb im Sommer nicht an billigen Arbeitskräften fehlt. Während es im Interesse der Kultur läge, den Maschinenbetrieb zur Sparung der menschlichen Arbeitskraft überall da einzuführen, wo es irgend anständig wäre, bedingen die Interessen des Kapitalismus vielfach gerade das Gegenteil.

Ohne lex Heinze keine Flotte. Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Berlin telegraphieren, daß das Centrum das Zustandekommen des Anknabel-Gesetzes allen Ernstes zur conditione sine qua non der Flottenbewilligung gemacht habe, da es in der lex Heinze seine Ehre engagiert glaube. Das kann ja heiter werden.

Wie eifrig das Centrum in den Heintzestreit eintritt, zeigt das Circular, das der Vorsitzende der Fraktion Graf Hompeh zur Zusammenberufung der Centrumsmänner an jedes einzelne Mitglied der Fraktion versendet hat. Nachdem das Circular bebauernd darauf hingewiesen, daß durch die Obstruktion der Linken und das Fehlen einer Anzahl auch unserer Mitglieder und die hierdurch herbeigeführte Beschlunsunfähigkeit die Beratung über die lex Heinze habe abgebrochen werden müssen, wendet es sich an die säumigen Centrumsmänner mit folgender Beschwörungsformel:

„Da am Mittwoch, den 16. Mai, bei der Feststellung der Tagesordnung entschieden werden wird, ob am 17. Mai die lex Heinze verhandelt werden soll, so ist die Anwesenheit am Mittwoch, den 16. Mai und die folgenden Tage nötig. Ich darf mit Zuversicht erwarten, daß kein Mitglied des Centrums ohne allerhöchste Entschuldigung fehlen wird. Zweifelsohne wird es bei der Entscheidung auf wenige Stimmen ankommen und daher jeder Fehlende persönlich die Schuld tragen müssen, wenn das Gesetz wieder scheitert. Es kann auch nicht fehlen, daß bei den zu erwartenden vielen namentlichen Abstimmungen die Namen der Abwesenden durch die Presse veröffentlicht werden.“

Ferner fordert das Circular, daß diejenigen, die Sonntag nicht in Berlin bleiben könnten, wenigstens am Montag wieder zur Stelle wären. Wenn trotz dieses schmeiternden Generalmarches des Reichstags am Donnerstag nicht den Eindruck eines Konzils macht, so müßten die schwarzen Sittlichkeitsrichter schon ein übermenschliches Phlegma besitzen.

Die wahren Absichten der Heintzemannern verrät ein langatmiger Artikel des „Reichsboten“, der sich mit dem Anruf des Goethebundes besaht und gar weiterlich darüber wehklagt, daß die „ehrenwerten Herren“ des Goethebundes so wenig Verständnis für die kunstreichenden Tendenzen der lex Heinze verrieten, die Herren setzten sich wohl hohe Ruh der angeblich zu verteidigenden wahren Kunst und verhielten die Augen absichtlich gegen die Gefahren, die dem Volksgemüt aus der massenhaften Verbreitung solcher Schriften erwachsen, die unter dem Deckmantel der Kunst die „Schamlosigkeit und Gemeinheit in Bildern und Romanen“ verbreiteten. Es sei ein Skandal, daß Blätter, wie der „Satyr“ und der „Simplicissimus“, die nichts an Humor, sondern nur cynische Lästlichkeit im Wort und Bild an den Mann zu bringen suchten, verbreitet werden dürften. Man könne an der Rotwendigkeit der §§ 184a und b nicht zweifeln, wohl aber an der energischen Anwendung derselben durch unsre Richter.

Daß es die oft prächtige Gesellschaftsathre des „Simplicissimus“ den präden Freunden eines Hammerstein angethan hat, können wir begreifen. Aber glaubt denn der „Reichsbote“ wirklich die „ehrenwerten Männer“ des Goethebundes zu keinem Standpunkt des christlichen Verhältnisses dadurch bekehren zu können, daß er in täppischen Ingrimm anplaudert, daß nach der Absicht der Heinze-Gesetzgeber fädel jede frische ledte Satire verkehrt sein soll? Man pflegt aber seine Karten ärgerlich auf den Tisch zu werfen, wenn man das Spiel verloren giebt.

Eine „Zielungs-Genossenschaft“

soll nach einem Circular gegründet werden, das dieser Tage an die Presse verendet worden ist. Der Plan für dies neue Unternehmen auf dem Gebiete der inneren Kolonisation ist etwa folgender:

Ein Gut von — sagen wir — 800 Hektor wird untränzt von kleinen Stellen, die je 2-4 Hektor umfassen. Auf diesen Parzellen haufen Pächter, die sich im Jahreskontrakt verpflichten haben, eine Quote ihrer Arbeitszeit gegen ordentlichen Lohn und Gewinnanteil dem Großgut zur Verfügung zu halten. Das Großgut nimmt aus den von ihm erzielten Einnahmen nur so viel für sich vorweg, als Verzinsung des Anlagkapitals, Abschreibung u. c. erfordern; der eigentliche Reingewinn schiebt der Gemeinde der Parzellenpächter zu, denn diese sind sämtlich am Gewinn beteiligte Angestellte des Großbetriebes. Die Arbeiter-Pächter, die ein festes Verhältnis zum Centralbetrieb haben, sind unter einander wieder zu genossenschaftlichen Zwecken (Konsumverein, Viehvericherung u. c.) zusammengefaßt.

Und wer ist der Eigentümer des Ganzen? Vorläufig die Gesellschaft, die zur Verwirklichung des Unternehmens gebildet wird, bezug, eine von ihr delegierte Einzelperson; die Krönung des Gebäudes aber soll darin bestehen, daß die Genossenschaft der Arbeiter-Pächter stark genug werde, das Eigentum am Gesamtgut zu erwerben.

Ueber die Gründung wird man noch früh genug in Erörterungen eintreten können, wenn sie aus dem Stadium des papiernen Projekts in das der Realisierung übergetreten sein wird.

Agrarier und Beamte. Unser hannoversches Bruderorgan ist in der glücklichen Lage, ziffermäßig feststellen zu können, wie innig die Verschwisterung zwischen Agrariertum und Beamten-

tum ist. Es zählt 60 Personen auf, die als Genossenschaftler der agrarischen „Gannoverischen Tageszeitung“ ihre Finanzkraft leihen. Allen voran gehen natürlich adlige Mitbesitzer, unter ihnen zwei mit Anteilen von 20 000 und 19 000 M.; andre Agrarier haben 5000, 4000, 3000 und 1000 M. in das ihre Interessen vertretende Unternehmen gesteckt.

Ferner figurieren als Genossenschaftler:
Die zehn Landräte v. Boyna-Kreuzstadt a. Abg. (4000 M.); v. Berg-Wischnu (4000 M.); v. Pöstel-Grube (3000 M.); Freiherr v. Ledebour-Lübbecke (3000 M.); Reichelhof-Kortkheim (3000 M.); Dr. Brodhoff-Bremervörde (1000 M.); v. Buschmann-Rienburg (1000 M.); Uldert-Hildesheim (500 M.); Weyersberg-Fallingb. (500 M.);

Die Regierungsräte Schneider-Hannover (2500 M.) und Heese-Hildesheim (1000 M.), der Regierungsassessor Dr. Suermondt-Hannover (500 M.);

der Forstmeister v. d. Hellen-Rienburg (500 M.);
der Direktor der Landarmen-Anstalt Dr. Schnell-Wundsdorf (500 M.)

Dazu verschiedene Offiziere z. D. und a. D., Domänenpächter, ein Amtsrichter u.

Diese agrarische Alliance erklärt, wodurch die kleine aber mächtige Partei ihren enormen Einfluß erhält, sie beweist auch die totale Abhängigkeit der Bögelmann-Naumannschen Utopie einer Hohenzollernschen Social-Monarchie.

Für die Reichstags-Erwahl in Brandenburg-Westhaveland haben die Konservativen den ehemaligen Landrat v. Sobell, dessen Mandat für ungültig erklärt worden ist, wieder aufzustellen beschlossen. Derselbe hat sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

Für die Antipathie der Masse gegen die Kirche hat im Eighaus „Baterland“ ein katholischer Autor, vermutlich ein Geistlicher, den wahren Grund auszusprechen gewagt. Der ehrliche Kritiker schreibt u. a.:

Der berühmte Socialist Marr hat die Reformation als die Adoption des Christentums für die Bourgeoisie bezeichnet. Der Ausdruck hat viel Wahres an sich. Dennoch ist es nicht minder gewiß, daß auch das katholische Christentum sich in den Dienst der Bourgeoisie hat stellen lassen und seine Aufgabe darin gesucht hat, für die Reichen einzutreten. Für diese: Heiligkeit und Unantastbarkeit des Geldsacks; für die Arbeiter: Sklavenknechtschaft mit der Anweisung auf das Himmelreich. Die Abneigung der Socialdemokratie gegen die bestehenden Kirchen ist also nicht zufällig, sondern mit einer Notwendigkeit gekommen, weil die Diener der Kirchen es in der rechten Zeit nicht verstanden, ihr Evangelium in den Dienst der Armen und Kleinen zu stellen.

Die katholischen und protestantischen Geistlichen hielten es mit den Reichen, nur mit ihnen verkehrten sie, bei ihnen machten sie Besuche. Kommen sie je einmal in die Hütten der Armut, so war es, wenn so ein armer Proletarier im Sterben lag. Dieser Thatsache kann nicht widersprochen werden.

Das Schicksal der Kirche mit der herrschenden Klasse hat es allerdings, neben der Popularisierung der Wissenschaft, zuwege gebracht, daß die Masse sich mehr und mehr von ihr abgewandt hat. Und wenn die Kirche, was aber gegen ihre innerste Natur wäre, sich nunmehr durch eine sociale Drapierung ihr verlorenes Ansehen zurückerobern wollte, so würde sie die gegen sie herrschende Antipathie doch nicht mehr zerstreuen können. Die Absicht wäre zu durchsichtig.

Ausland.

Kaiser Franz Joseph gegen die Bergarbeiter.

Man schreibt uns aus Wien, 15. Mai:
Der österreichische Kaiser verhält sich sonst in Tagesfragen sehr zurückhaltend. Mit Ausnahme hochpolitischer und militärischer Dinge scheint den alten Kaiser nichts zu interessieren, wenigstens dringt nichts in die Oeffentlichkeit, was auf ein Interesse schließen lassen könnte. Was insbesondere Arbeiterangelegenheiten betrifft, so hat Franz Joseph wohl noch niemals eine Aeußerung fallen lassen, die andeutete, daß er sich über die Socialdemokratische Gedankenmacht. Umso größere Aufmerksamkeit verdient eine Aeußerung, die der Kaiser dieser Tage gemacht hat und die eine entscheidende Stellungnahme gegen die Bergarbeiter, namentlich aber gegen ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet. Die offenbar gesuchte Gelegenheit bot der Empfang der österreichischen Delegation, der am Sonntag in der Oper Hofburg stattfand. Der Kaiser pflegte da, nachdem er die sogenannten Thronrede verlesen hat, die einzelnen Delegierten anzusprechen, um mit ihnen einige zunächst sehr belanglose Worte zu wechseln. Unter den Delegierten befand sich diesmal auch der Abg. Dr. v. Demel, der Abgeordnete für die ergiebige Stadt Leoben. Dieser Herr, schon von früher als ein vernünftiger Akolyth der Kohlenbarone bekannt — ist er doch der Rechtsanwält der Kameraldirektion, d. h. des Erzherzogs Friedrich — hatte am 28. Februar im Abgeordnetenhause eine Rede gehalten, in der er die Forderung nach der Achtstundenschicht fanatisch bekämpfte, die Arbeiter in gemeinster Weise beschimpfte und die Ausbeuter in schamigster Art verherrlichte. Die Rede hatte damals die größte Entrüstung erregt; ein bürgerlicher Abgeordneter, der Abg. Hofmann von der deutschen Volkspartei, erklärte unter ihrem Eindruck, er schäme sich in seiner Seele, daß eine derartige Verhöhnung der Arbeiter von einem Mitgliede der liberalen Partei verübt werden konnte; von allen Parteien, auch von der des Abg. Demel selbst, wurde die Schmarotzrede des geldgierigen Abolaten mit dem größten Unmut zurückgewiesen. Der Kaiser sprach nun Sonntag Herr v. Demel an und fragte ihn, ob es unter der Bergarbeiterschaft schon ruhig sei. Herr v. Demel bejahte es und das Gespräch nahm nach einer beglückwünschenden Mitteilung sodann folgenden Fortgang:

Der Kaiser: Sie haben damals eine ausgezeichnete Rede gehalten; sie war sehr gut, und unter den herrschenden Verhältnissen gehört Mut dazu, so zu sprechen.

Dr. v. Demel: Ich danke Eurer Majestät ergebenst. Es ist so viel Unrichtiges und Unwahres in der Bergarbeiterfrage verbreitet worden, daß dies einer Klärung bedürftig ist.

Der Kaiser: Ja, das ist wahr. Es war sehr gut und notwendig, daß dem entgegengetreten wurde, das wird allgemein anerkannt.

Aus diesen Aeußerungen geht wohl mit der wünschenswerten Klarheit hervor, daß sich Franz Joseph auf Seite des Herrn v. Demel, auf Seite der Unternehmer stellen und seine Worte gegen die Bergarbeiter gesprochen haben wollte. Es ist nach der Natur der Sache ganz ausgeschlossen, daß der Monarch diese Worte etwa improvisiert hat, oder daß er, was man bei Herrschern leicht annimmt, sie gebrochen, ohne sich ihres Tragweite bewußt zu werden. Ganz im Gegenteil: Kaiser Franz Joseph hatte das Bedürfnis, in dem Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern Stellung zu nehmen; und so erwartete und wenigstens erwartete es sich, daß er sich gegen die Arbeiter entschieden hat, so wäre es doch eine unvernünftige Selbsttäuschung, wollte man sich den Sachverhalt irgendwie zu verschleiern suchen.

Das Recht des Kaisers, sich über die Sache der Bergarbeiter seine eigene Meinung zu bilden und sie ohne Rücksicht zu äußern, ist unbestreitbar; die Socialdemokraten sind weit davon entfernt, es zu negieren. Eine Veranschlagung zur socialpolitischen Fortgeschrittenheit besteht für die Reichen nicht; und wenn es auch bedauerlich ist, daß sich der Monarch keine Informationen von den Gewerken, dem Erzherzog Friedrich bis hinab zum Kothschild, holt und sie ohne Zögern als richtig annimmt, so müssen eben die Bergarbeiter mit der Thatsache rechnen und sich darauf gefaßt machen, daß ihrem harten Wege ein Hindernis mehr überwinden zu müssen. Daß man sich in den Kreisen des Aushauertums sehr lebhaft bemüht, alle

entscheidenden Faktoren gegen das von der Regierung versprochene Neufundgesetz aufzubringen, zeigt die verbürgte Thatsache, daß die Gräfin Larisch, die Frau des Massenmörders von Sarwin, seit Wochen bei allen Herrenhausmitgliedern agitiert, um sie für die Ablehnung der von der Regierung vorgelegten, vom Abgeordnetenhause beschlossenen Reform zu gewinnen.

Die Worte des Kaisers sind auch sonst sehr wertvoll und nützlich. Sie sind geeignet, manche Illusionen zu beseitigen und manche falsche Vorstellungen richtig zu stellen, deren man sich bezüglich der Bestimmungen in den höchsten Kreisen hingab. Wir meinen, die Sanktionierung der Wiener Wahlreform — die zweifellos der persönlichen Initiative des Kaisers entstammte — und die Stellungnahme gegen ein unerlässliches Arbeitergesetz seien Dinge, die ihre Wirkungen zeitigen werden.

Diese Mitteilungen unseres Wiener Korrespondenten erhalten eine sehr bemerkenswerte Ergänzung durch folgende Nachricht der „Frankfurter Zeitung“:

„Wir erhalten von zuverlässiger Seite die Mitteilung, daß schon vor der Abreise des Kaisers Franz Joseph nach Berlin der Fürst von Fürstenberg gesagt worden ist, ob er bereit sei, nach dem Scheitern des Ministeriums Körber an die Spitze des Ministeriums zu treten, das dann mit Suspendierung der Verfassung regieren soll. Der Fürst habe dieses Anerbieten für jetzt und für alle Zukunft abgelehnt.“

Frankreich.

Französische und englische Rivalität am Mittelmeer.
Nach einem Telegramm des Madrider „Imparcial“ sind die Franzosen nunmehr bis Oulmeniz in der Nähe der großen Oase Taflet vorgezogen. Taflet besitzt einen Flächenraum von 1400 Quadratkilometer und 100 000 Einwohner, die aus Berbern und Arabern bestehen. Nach einem Telegramm der „Frankfurter Ztg.“ verfolgt England höchst aufmerksam französische Vordringen gegen Marocco und hegt die Absicht, auf eine Aemtion Taflets mit der Besetzung Tangers zu antworten. —

Die Gemeinderatswahlen sind in der Provinz allgemein zu Gunsten der Republikaner, namentlich der Socialisten ausgefallen. Nur in Paris bestanden die Nationalisten in kaum einer großen Stadt die Majorität. Selbst in den kleineren Städten dürften sie nur in fünf oder sechs Gemeinderäten dominieren. Die Nationalisten thaten also gut, ihren Lebermut zu zügeln. Den größten Erfolg unter den republikanischen Parteien haben die Socialisten zu verzeichnen, die in Paris das einzig feste Bollwerk gegen den Nationalismus bildeten und in der Provinz erhebliche Fortschritte machten. Die „Frankfurter Ztg.“ knüpft an den Wahlausfall dem auch folgende Betrachtungen:

In Paris wie in der Provinz tritt unzweideutig zu Tage, daß der Socialismus keine Macht wie ein rocher de bronze stabilisiert hat. Am eifrigsten spähte die liberale und kapitalistische Reaktion nach drei Städten aus, deren jede zum Ariege-schauplatz für den Befreiungskampf des vierten Standes geworden ist. In Roubaix, Lille und Courmays haben die Arbeiter heiß um ihre Emancipation, um ein menschenwürdiges Dasein, um die Fortentwicklung der staatlichen Schutzeinrichtung gerungen. In allen diesen Städten flattert jetzt vom Rathaus das rote Banner. Bewunderungswürdig ist die Haltung der durch einen entbehrungsreichen, materiell fruchtlosen Streik erschöpften Arbeiter von Courmays, die in dem Principienkampf alle Drohungen getrotzt haben und nicht um eines Schrittes Breite gewichen sind.

Es ist in der That eine bedeutsame Erscheinung, daß die Woge der Reaktion weder am Liberalismus und Republikanismus, sondern am Socialismus auf einen festen Widerstandsbau gestossen ist. Es ist ungefaßt die gleiche Erscheinung wie in Belgien, wo zwischen Liberalismus und Socialismus der Liberalismus ebenfalls aufgerieben wird. Auch der Grund ist der gleiche. Der Liberalismus im monarchischen Belgien und im republikanischen Frankreich hat sich zur politischen und socialen Weiterentwicklung gleich unfähig erwiesen und darum wird er zwischen seinen Feinden von rechts und von links ermarktet. In Frankreich ist es bereits so weit gekommen, daß die Socialisten die zuverlässigsten Stützen der Republik sind, in deren Regierung sie sitzen, und nun ist auch der Ruf der Stadt Paris als einer „Lichtstadt“ einzig der Hut einer socialistischen Minderheit anvertraut. —

Italien.

Die Kammer wurde durch ein Dekret des Königs verlagert. Die Auflösung soll in den nächsten Tagen folgen. Da mit dem Juli das neue Wahlrecht in Kraft tritt, durch das die Zahl der Wähler bedeutend erhöht wird — wodurch sich die Chancen der äußersten Linken beträchtlich verbessern —, will die Regierung die Neuwahlen noch auf Grund der alten Wählerlisten vollziehen lassen. —

Spanien.

Ueber die Revolte in Spanien bringt der „Hamb. Korresp.“ nähere Details. Danach trugen die Aufhebungen in Barcelona einen sehr ernsten Charakter und arteten zum Teil zu einem wahren Straßenkampf aus, namentlich dort, wo die Ronda de la Universidad und die Ronda de San Antonio zusammenstießen, und in den engen Seitengassen dieser Gegend. Schon in den letzten Tagen, als Herr Dato die katalonische Hauptstadt durch seinen unangenehmen Besuch in Aufregung versetzte, waren von dort aus die Wogen der Straßenkämpfe, deren Verkehr man verhindern wollte, durch Säubereimwerfen befestigt worden. Als die Gendarmen aber gegen Abend diesen Straßenzug säubern wollte, wurde sie mit Schüssen empfangen, die glücklicherweise keinen großen Schaden anrichteten. Sie erwiderte das Feuer und, wie es scheint, nicht ohne Resultat, denn zahlreiche Minipuren deuten darauf hin, daß ihre Augen besser trafen als die der Aufhörer. Letztere konnten indes die Mehrzahl ihrer Verletzten zurückziehen und verbergen; nur ein Schwerverwundeter fiel der Gendarmen in die Hände, ebenso wie acht andre Unmütigen, die wegen Widerstands gegen die bewaffnete Macht vor das Kriegsgericht kamen. Da die Gendarmen erhebliche Verstärkungen erhielt und schließlich auch Infanterie anrückte, konnte man des Aufhüres endlich Herr werden.

Am 11. Mai wurde ein Reserve-Offizier der Guardia Civil durch einen Dolchstoß schwer verletzt. Auch begann Schießen von Dächern, das erst aufhörte, als Infanterie und Kavallerie die Verbindung der großen Belagerungszustände verbanden. Die Dächer in dem aufhörerischen Stadtviertel wurden mit Soldaten besetzt, um das Schießen von dort aus zu verhindern.

Recht ernst lauten auch die Berichte aus Valencia. Hier war es am 10. Mai namentlich die Gegend am Vahnhof, wo sich blutige Szenen abspielten. In der Auzofaströhe war eine Barrikade errichtet worden, die von der Guardia Civil angegriffen wurde. Sie erhielt sofort Feuer, wodurch zwei Gendarmen schwer verletzt wurden. Sie mochte darauf ebenfalls von der Schutzwaffe Gebrauch, wobei ein junger Arbeiter tot zusammenbrach und viele andre verwundet wurden. Der Kampf dauerte bis in die Nacht hinein. Am andern Morgen begann man damit, in der San Fernando-, Almadens-, Mandas-, Trencs-, Palas-, Ramillet-, Magdalena- und Vonsaströhe, d. h. in allen Straßen, die zum Marktplatz führen, Barrikaden zu bauen, wozu die Pfastersteine und die Trische der Blumenverkäuferinnen benützt wurden. Einige dieser Barrikaden erreichten eine Höhe von 1½ Meter und wurden am Nachmittag, da die Polizei die Leute ruhig gemähren ließ, durch Laternenpfeile, Wassermasse, die abgehauen wurden, Ziegelsteine usw. verhärtet. Unter solchen Umständen blieb nichts anderes übrig, als auch über Valencia den Kriegszustand zu verhängen. Gegen Abend wurde der Markt und überhaupt die Stadt militärisch besetzt und auf den flachen Dächern der strategisch wichtigen Gebäude Schindeln ausgelegt.

Der Berichterstatter des „Hamb. Korresp.“ faßt sein Urteil über die Vorgänge schließlich wie folgt zusammen:

Der allgemeine Eindruck, der diese Ereignisse hervorruft, ist der, daß eine große Erbitterung und Mißstimmung in weiten Volksschichten gegen die Regierung herrscht und daß diese besser daran thäte, anstatt mit Aufhebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften und andern Strafmitteln zu drohen, pater peccavi zu sagen und endlich mit Einführung der seit Jahr und Tag versprochenen Reformen zu begnügen, vorausgesetzt, daß die weitere Entwicklung der Ereignisse ihr Zeit dazu läßt, denn die Stellung des Ministeriums ist nach allem, was geschehen und vielleicht noch bevorsteht, natürlich nicht fester geworden. —

Rußland.

Ueber den Nothstand der bäuerlichen Bevölkerung kommen aus Sibirien wieder erste Nachrichten. Trotzdem die Anhaft sich gegenwärtig unter günstigen Bedingungen vollziehen dürfte, sehen die Landleute sich jeder Möglichkeit des Ackerbaues beraubt. Das Getreide, das das Verpflegungsamt für Saatzwecke an die Bauern verteilt hat, haben diese aus Not an die kleineren Güterbesitzer verkauft. In Bessarabien ist das Ackerland um 2—4 Rubel pro Desjatin billiger geworden, doch selbst die Paht für die billige Erde können die Bauern nicht erwirgen. Zudem macht sich der Mangel an Vieh und Pferden aufs empfindlichste bemerkbar. Man kann in Bessarabien öfters den Anblick haben, daß eine ganze Bauernfamilie, Mann, Frau und Kinder aneinandergespannt, die Arbeit des Pflügens auszuführen bemüht ist. Die heruntergegangene Landpacht machen sich dagegen die meistens begüterten Geistlichen, die Lehrer und Kaufleute zu nuge. Sie mieten und kaufen Landstrecken und wollen aus dem bisher als Liebhaberei betriebenen Feld- und Gartenbau ein regelrechtes Gewerbe machen.

Afrika.

Ueber die Unruhen im Kongostaat veröffentlicht der „Messager de Bruxelles“ eine Unterhaltung seines Korrespondenten mit Reisenden des heute früh vom Kongo eingetroffenen Dampfers „Albertville“ über die jüngst gemeldeten Ereignisse im Fort Schinkafaja bei Boma. Am Mittag des 17. April importen sich beim Appell 150 unter dem Befehl des Hauptmanns Brestegh stehende Mannschaften und besetzten die Stadt Boma mit ihren Gewehren und drei Kordensfeld-Geschützen. Es gelang den Weiteren indessen nicht, die noch auf dem Fort vorhandenen zehn streppischen Kanonen in Thätigkeit zu setzen. In der Nacht vom 18. zum 19. trafen aus dem Lager von Zulu 150 Mann unter Hauptmann Fonglet ein und nahmen das Fort im Sturm, wobei auf beiden Seiten etwa 12 Mann fielen. Die Aufhörer entzamen in den Busch. 120 Senegalesen unter Hauptmann Sily nahmen alsbald die Verfolgung der Flüchtigen auf. Beim Abgang des Dampfers war das Ergebnis der Verfolgung noch nicht bekannt. Die Lage der Stadt Boma war eine Zeitlang kritisch und die „Albertville“ mußte ihren Anlegeplatz ändern, um aus dem Bereich des Feuers zu kommen. Auf Befehl des Gouverneurs blieb der Dampfer 7 Tage lang in Boma. Die anführerischen Katabele-Soldaten sind rückfällige Meuterer, welche bei einem früheren Aufstand am oberen Kongo gefangen genommen und zu Zwangsarbeit verurteilt worden waren. —

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags

wurde am Mittwoch die zweite Beratung des Flottengesetzes fortgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung interpelliert Abg. Gröber (C.) den Reichssekretär des Reichs-Marine-Amts, ob die Aeußerung des Oberverwaltungs v. Klefeld, die katholischen Arbeiter seien minder intelligent“ thatsächlich, wie in der Presse berichtet worden, gefallen sei. Staatssekretär Tirpitz bezweifelt, daß die Worte in diesem Sinne gefaßt haben.

Abg. Müller-Fulda berichtet sodann über die Beratungen der Subkommission, der gestern die §§ 6 und 7 des Flottengesetzes, betreffend die Finanzierung, überwiegen worden waren.

Die Subkommission beantragt folgende Fassung:
§ 6. Inoweit vom Rechnungsjahr 1901 ab der Mehrbedarf an fortwährenden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marinerverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53 708 000 M. hinaus übersteigt, und der Mehrbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

§ 7. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz über Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 in Kraft. — Das Gesetz über die deutsche Flotte vom 10. April 1898 wird aufgehoben.

In erster Lesung war ferner folgende Resolution angenommen worden: den Herrn Reichszustanzler zu erlöhen, dafür Sorge zu tragen, daß vom Rechnungsjahr 1901 ab im Etat für die Verwaltung der kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Armaturen (fast bisher zwei Drittel) und von den Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Wertes der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden.

Die Subkommission beantragt, dieser Resolution als Nr. 1 anzufügen: daß der aus der Aenderung des Reichs-Stempelgesetzes noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde.

Abg. Müller-Fulda beantragte, in § 7 zu sagen: Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem „noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden“ Gesetz, betreffend Abänderung des Stempelgesetzes, in Kraft. Abg. Dr. Paasche (natl.) will vor den Worten „in Kraft“ einfügen: und dem Gesetz über Abänderung des Zolltarifgesetzes.“ Abg. Sebel und Singer bemängeln die von der Subkommission vorgeschlagene Fassung. Abg. Gröber (C.) verteidigt die Vorschläge. Es sei unmöglich, eine Fassung zu finden, mit der alle einverstanden seien, deshalb möge man mit dem Gebotenen zufrieden sein. Im Namen des Centrums erkläre er zu Protokoll, daß seine Fraktionsgenossen, falls von der Mehrheit weitere Ermäßigungen des Stempelgesetzes begehrt würden, welche zur Deckung nicht ausreichten, die Deckungsfrage als nicht gelöst betrachten und alsdann die Zustimmung zur Flottenvorlage versagen müßten.

Die §§ 6 und 7 des Flottengesetzes werden darauf mit den Anträgen Müller-Fulda und Paasche in der von der Subkommission vorgeschlagenen Fassung angenommen; ebenso die vorgeschlagene Resolution.

Damit ist das Flottengesetz erledigt. Eine Gesamtstimmung findet nicht statt. Abg. Müller-Fulda erklärt sich bereit, den schriftlichen Bericht über das Flottengesetz schon bis morgen fertigzustellen.

Hierauf wird die Beratung der Novelle zum Reichs-Stempelgesetz fortgesetzt, aber noch nicht vollendet. Fortsetzung Donnerstag.

Partei-Nachrichten.

Ein gewapneter Richter. Genosse Groth, Redacteur der „Medlenburgischen Volkszeitung“, stand am Montag vor der Straf-kammer des Landgerichts Schwerin, die er gegen ein verurteilendes Erkenntnis des Schöffengerichts angegriffen hatte. Den Vorsitz führte der Landgerichts-Direktor Schmidt. Groth lehnte diesen wegen Verfangenheit ab und fragte darauf:

Darf ich die Gründe meines Ablehnungsgesuchs mitteilen?
Strafgericht: Das ist gar nicht nötig; die Gründe kenne ich schon. Der erste Grund ist, daß ich den Hoft aus Wismar wegen Meineids zu Justizhaus verurteilt habe, und der zweite ist, daß ich Sie selbst verurteile.

Groth: Nein, meine Gründe sind ganz andre.

Vorsitzender: **Ja, da bin ich aber wirklich gespannt!**
Groth erörterte nun, daß ihm der Landgerichtsdirektor Schmidt als Vorsitzender in einer andern Verhandlung das Wort zur Verteidigung erst erteilt habe, nachdem er ihm mit sofortiger Wortentziehung gedroht habe für den Fall, daß er auch nur im geringsten von der Sache abwiche. Zu solcher Androhung habe nicht der geringste Grund vorgelegen, Schmidt habe gewünscht, daß er schon sehr oft vor Gericht erschienen habe, daß er also mit den Rechten und Pflichten eines Angeklagten wohl bekannt sei; noch niemals aber habe ein Vorsitzender Veranlassung gehabt, ihn zur Ordnung zu rufen. Er könne sich deshalb das Auftreten des Herr Schmidt nur aus dem Umstande erklären, daß er ihm gegenüber voreingenommen sei.

Vorsitzender: Das haben wir ja alles schon in der „Medlenburgischen Volkszeitung“ gelesen; das ist nichts Neues für uns.

Groth: Das bestreite ich nicht; aber das kann mich nicht hindern, es hier vorzubringen. Bestätigt werde ich in meiner Ueberzeugung davon, daß der Landgerichtsdirektor Schmidt gegen mich voreingenommen ist, durch die Art und Weise, wie der Herr Vorsitzende in der Hauptverhandlung vom 21. März jene Vorkathungen vorbrachte.

Vorsitzender: Auch das habe ich schon alles in der „Medlenburgischen Volkszeitung“ gelesen; nun kommt wohl die Geschichte mit dem Finger?

Groth: Ja, nun kommt dieser Vorfall. Der Landgerichtsdirektor Schmidt begleitete nämlich seine Ausföhrung damit, daß er den vorgeleiteten Zeigefinger der gegen mich erhobenen rechten Hand fortwährend hin und her bewegte. In dieser auffallenden Geste konnte ich nur eine gegen mich gerichtete Drohung erblicken, die mir bei einem Richter nur unter der Voraussetzung erklärlich ist, daß derselbe persönlich gegen mich voreingenommen ist.

Herr Landgerichtsdirektor Schmidt scheint sich selbst trotz seines bemerkenswerten Auftretens gegen Groth nicht für befangen gehalten zu haben. Es war deshalb ein Gerichtsbeschluss notwendig und da die nur mit 3 Richtern besetzte Kammer — es handelte sich um eine Privatklage — für diese Entscheidung nicht beschlussfähig war, mußte die höhere Instanz entscheiden. Es wurde deshalb, jedoch erst nach längerer Beratung des Gerichtshofs, die Vertagung der Verhandlung verkündet. — Herr Landgerichtsdirektor Schmidt ist jedenfalls ein interessanter medlenburgischer Richter.

Parteiorganisation. In Krefeld beschloß eine Parteiverammlung, daß die Parteigeschäfte für den Stadtkreis der Socialdemokratischen Volkspartei geleitet werden sollen. Für den Landkreis soll bis nach dem deutschen Parteitag das Vertrauensmännersystem bestehen bleiben.

Im Waldenburger Wahlkreise, der infolge der Mandatsniederlegung des Bennoen Sachse eine Neuwahl vorzunehmen hat, sind unsere Parteigenossen bereits in vollster Thätigkeit. Sie haben schon verschiedene Versammlungen veranstaltet, die außerordentlich zahlreich besucht waren und zu den besten Hoffnungen berechtigten. Die gegnerischen Parteien haben noch so gut wie nichts gethan.

Brechfreuden. Unser böhmisches Parteiblatt „Svoboda“, das in Klado erscheint, wurde während des Bergarbeiterstreiks als Tageblatt herausgegeben. Es erzielten auf diese Weise im Ganzen 85 Nummern. Daraus wurden 43 Nummern konfisciert. In diesen 43 Nummern wurden 126 Artikel und 2 Bilder beanstandet, durch die 136 Straftathaten begangen worden sein sollen. Unter den Straftathaten befinden sich eine ganze Menge Majestätsbeleidigungen, Aufreizungen zu Haß und Verachtung und zu Feindseligkeiten etc. Merkwürdigerweise hat aber der Staatsanwalt wegen aller dieser Verbrechen keine Anklage erhoben. Nur wegen einiger Lebertretungen ließ er den Redacteur durch den Bezirksrichter auf einige Tage einsperren. Die übrigen Straftathaten gehören in dem verrotteten Oesterreich zur Kompetenz der Schwurgerichte und denen — traut der Staatsanwalt nicht. Um sich Blamagen zu ersparen, unterließ er die Anklage.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Parkettbodenleger Berlins! Kollegen! Da wir in kürzester Zeit in den Lohnkampf eintreten müssen, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen sich an den Holzarbeiter-Verband anzuschließen, um beim Ausbruch des Kampfs gerüstet dazustehen. Bei der jetzigen günstigen Baukonjunktur werden wir unsere gerechten Forderungen bald zur Durchföhrung bringen können, haben doch die Fabrikanten selbst durch Erhöhung ihrer Preise und Bildung eines Rings ihren Vorteil wahrgenommen. Darum auf, Kollegen, tretet ein in den Holzarbeiter-Verband und erhebet alle Mann für Mann am Donnerstagabend und Sonntag früh zu dem in dem Gewerkschaftshause Engel-Ufer 15 stattfindenden Versammlungen.

Der Streik der Brettschneider und Bretterträger ist am 16. Mai beendet. Geheert bleiben für Brettschneider die Geschäfte: Selglohn, Urbanstraße; Schiffer u. Sohn, Wilmersdorf; und Sauerland, Lohmühlenstraße. Für Bretterträger: Cohn, Aurfürstendamm. Die Lohnkommission der Brettschneider.

Der Geschäftsgewinn der Nadeberger Exportbrauerei ist im vergangenen Jahre ein sehr mäßiger, die Gesellschaft verteilt 1 Proz. Dividende. Als Ursache des ungünstigen Abschusses wird von der Gesellschaft angegeben, daß das Erträgnis des Vorjahres durch die gestiegenen Preise von Gerste, Malz, Hopfen und Kohlen beeinträchtigt wurde, außerdem durch den im Vorjahre stattgehabten Streik nachteilig beeinflusst worden sei, ein Zusammenhang, mit welchem der socialdemokratische Teil der Kundenschaft größtenteils verlorren ging, und daß auch erhebliche Ausfälle in Außenländern zur Abschreibung gelangen mußten. — Vielleicht zieht die Gesellschaft daraus die Lehre, daß sie sich in Zukunft weniger ablehnend zu den Arbeiterforderungen verhält.

Deutsches Reich.

Gegen die Streikposten war gelegentlich des Ristenmacherstreiks in Bremen seitens der Polizei mehrfach eingeschritten worden. Beschwerden bei der Polizeidirektion halfen so wenig wie die öffentliche Beschwerde seitens der socialdemokratischen Fraktion in der Bürgerschaft. Die Polizeidirektion hat sich nur noch energischer zum Schutze der bremischen Ristenfabrikanten aufgerafft. In acht Fällen hat sie namentlich gegen Streikposten Strafverfügungen erlassen; sieben Holzarbeiter wurden in eine Geldstrafe von 15 bezw. 20 M., einer in eine Geldstrafe von 3 M. genommen und zwar auf Grund der Verschuldigung, daß sie „gemeinsam mit andern Arbeitern sich als Streikposten am Holzhafen (resp. Buntenthorfsteintweg) aufgehalten haben, wo bei der Firma Logemann u. Wardenburg ein Streik besteht, und daß sie der zum Zweck der Erhaltung der diesseitigen auf der Straße an sie ergangenen Aufforderung des Säuhmanns . . . das Holzhafenareal zu verlassen, nicht unbedingt Folge geleistet haben“.

Gegen die Strafverfügungen ist seitens der Betroffenen gerichtliche Entscheidung beantragt worden, in der die Polizei eine üble Position haben dürfte. Denn die Streikenden sind der jeweiligen Aufforderung des Säuhmanns, den Ort, wo sie Posten fanden, zu verlassen, nachgekommen; später übten sie das Amt des Postenstehens wieder aus, weil das Streikpostenstehen nach ihnen geordneter Mitteilung von der Polizeidirektion selbst als ein ihnen an sich zustehendes Recht bezeichnet worden war.

Die Vorbeeren des libischen Senats haben die hanseatische Seele der bremischen Behörden nicht ruhen lassen. Ob auch das Gericht von ähnlicher Anselblichkeit geplagt sein wird? Ob es einen Spruch zum Schutze der Freiheit des bremischen Großkapitals thun wird? Die bremischen Ristenfabrikanten sind in der Weser-Republik gar mächtige Leute.

In Forst haben die Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Sie fordern gleichen Lohn wie die Maurer. Eifert haben nach berühmten Mustern die Arbeitgeber schwarze Listen anfertigen lassen und an die Unternehmer in der Umgegend verbanzt.

In Kottbus sind seitens der Eisenbahnverwaltung die Beamten und Arbeiter aufgefordert worden, bis zum 1. Juli ihren Austritt aus dem Gewerkschaftskontum zu bewerkstelligen, da derselbe unter socialdemokratischer Leitung stehe. Die Arbeiter wollen durch ihren Ausschluß gegen diese Maßregel vorstellig werden.

Der Ausstand der Breslauer Tischler zählt 1007 Streikende. Sechs Firmen haben die Forderungen der Streikenden bewilligt, eine große Anzahl der Ausständigen sind abgereist.

Die Straßenbahn-Angestellten in Magdeburg haben in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, der Direktion 18 specialisierte Forderungen zu unterbreiten. Die wichtigsten sind die Forderung eines Minimallohns von 100 Mark pro Monat, jährlich 5 M. Erhöhung pro Monat bis zur Höchstgrenze von 120 M., eine Dienstreitzeit von 8 Stunden, Bezahlung der Ueberstunden und Errichtung einer Pensionskasse.

In dem Ausstand der Verkmutterarbeiter in Frankenhäuser wird uns vom Vorstand des deutschen Holzarbeiter-Verbandes mitgeteilt, daß die Organisation die Unterstützung der Ausständigen vollständig übernommen hat, mithin eine Auforderung zur Sammlung, wie sie in einer uns übermittelten Zuschrift am Dienstag im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, unangebracht ist. Unterstützungsgelder sind nur an den Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes nach Stuttgart zu senden.

Die Angst der Textilindustriellen. Am Sonntag, den 20. Mai findet in M.-Gladbach eine Konferenz der Textilarbeiter Rheinlands und Westfalens statt. Die rheinischen Kapitalistenblätter, allen voran die „Kölnische Zeitung“, geben ihrer Verwunderung über diese Konferenz in folgende Zeilen Ausdruck:

„Der Beschluß, diese Beratung stattfinden zu lassen, erregt in den Kreisen der Textilindustrie allgemeines Aufsehen, da erst im vorigen Monat ein allgemeiner Textilarbeiter-Kongress, auf dem auch die rheinisch-westfälischen Textilarbeiter vertreten waren, abgehalten worden war. Es verlanzt, daß die Versammlung in M.-Gladbach die Einleitung zu einer umfassenden Bewegung der rheinisch-westfälischen Textilarbeiter bilden soll. Auch die Textilarbeiter Nordbavens hatten am 29. April in Pörsheim in einer außerordentlichen Versammlung über eine planmäßige Organisation unter den Textilarbeitern Bayerns beraten.“

Wir können den Zeitungen verraten, daß es sich tatsächlich um eine Einigung der Textilarbeiter handelt. Es sollen Mittel und Wege gesucht werden, die verschiedenen Organisationen einander näher zu bringen. Die Textilarbeiter kommen zu der Einsicht, daß von ihrer Zerplitterung nur das Unternehmertum Vorteile hat.

Die Krefelder Polizeibehörde scheint sich sehr für die Namen derjenigen Arbeiter zu interessieren, die den 1. Mai gefeiert. Sie hat sich nämlich der Mühe unterzogen, bei den Unternehmern Nachfrage zu halten, wer von den Arbeitern gefeiert habe. Stets wird von der Verwaltung der Stadt Krefeld behauptet, der Polizeibeamten seien zu wenig, die obige Thatsache spricht aber nicht dafür.

Der Ausstand der Textilarbeiter in Logebach bei Colmar (Elsas) ist bisher insofern günstig verlaufen, als zwei der beteiligten Firmen durch eine 10prozentige Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit von 13 auf 12 Stunden den Forderungen der Streikenden entgegengekommen sind. In diesen Betrieben ist daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen worden, während drei andre Firmen noch geperet sind. Bei dem Ausstand wird besonders die Haltung der freitenden Arbeiterinnen gerühmt, die ihren männlichen Berufsgenossen durch zähes Festhalten an den aufgestellten Forderungen mit dem besten Beispiel vorangehen. Von den Lohnverhältnissen in der obernorddeutschen Textilindustrie kam man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß Hungerlöhne von sieben Mark für 12 Arbeitstage nicht zu den Seltenheiten gehören. Die anfänglich noch schwache Organisation der schwer gedrückten Arbeiterchaft ist seit Ausbruch der letzten Streiks merklich im Erstarken begriffen. Gestrebt wird nämlich bei diesen Lohnkämpfen die Haltung der liberalen Presse genannt werden, die mit Klagen und Verleumdungen gegen die Ausständigen hegt und offen die Partei der feindseligen Fabrikanten ergreift.

Ausland.

In Stockholm haben die Baumunternehmer beschlossen, alle Arbeiter in ihrem Gewerbe auszusperrn.

Sociales.

Die Ursachen der Prostitution. In einem Buche über die Prostitution in Rußland von Professor Dr. v. Peterien und Dr. v. Stürmer werden einige sehr beachtenswerte Zahlen mitgeteilt. Eine im Jahre 1889 vorgenommene Zählung der prostituierten Rußlands ergab, daß 87,4 Proz. der Gezüchteten vater- und mutterlose Waisen waren. Es stammten 0,9 Proz. aus reichen, 15,6 Proz. aus wohlhabenden und 83,5 Proz. aus armen Familien. Diese Zahlen beweisen, daß die Not die so gut wie alleinige Ursache der Prostitution ist.

Kinderfreundliche Centrumshandwerker.

Die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Köln befahte sich am Montag in ihrer zweiten Vollversammlung mit der Begutachtung des Entwurfs einer Polizeiverordnung über die Beschäftigung von Kindern mit gewerblichen Arbeiten. Der von dem Regierungspräsidenten unterbreitete Entwurf sieht das Verbot der Arbeit aller Kinder unter neun Jahren außerhalb der Wohnung und während der Schulunterrichtsstunden auch innerhalb der Wohnung vor; schulpflichtige Kinder zwischen neun und vierzehn Jahren dürfen während der Unterrichtsstunden weder außerhalb noch in der Wohnung zu gewerblichen Arbeiten verwendet werden; Kinder, die das neunte, aber noch nicht das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, dürfen außerhalb ihrer Wohnung während der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zum Austragen von Wadern, Milch, Zeitungen oder andern Gegenständen, zum Regelausföhren oder zu sonstigen Verrichtungen in Was- und Schantwirtschaften, zum Aufwarten, zum Handel mit Blumen oder andern Gegenständen nicht verwendet werden. Uebertragungen sollen an Eltern, Vormündern und denen, die die Kinder ungeleglich beschäftigen, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark geahndet werden.

Diese ärmlichen Vorschläge gingen den Junngsmännern noch zu weit. In allen Tonarten priesen sie den Egen der Kinderarbeit. Demgegenüber beantragte der Gesellenauschluß, daß die Kammer das Gutachten in dem Sinne abgebe, daß die Kinderarbeit gänzlich verboten wird. Besonders der Schneidergelle Fuhs trat der immungsmeistlichen Mäßigkeit entgegen. Die Polizei-Verordnung gehe noch lange nicht weit genug; das sei der Standpunkt des gesamten Gesellenauschusses.

Die Handwerksmeister ließen sich jedoch nicht von ihrer Kinderfreundlichkeit abbringen. Die Kammer beschloß, das Gutachten dahin zu beknworten, daß eine Beschäftigung der Kinder von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, und im Winter von 6 1/2 Uhr morgens zu gestatten sei; es möge eine Gewichtsgrenze bestimmt werden, über die hinaus Kindern nicht Lasten mitgegeben werden dürfen.

Das wäre die erste socialpolitische Kundgebung der kölnischen Handwerkskammer, die größtenteils aus Centrumseuten besteht.

Die Eisenbahnen der Erde. Das Eisenbahnnetz der Erde hat, wie der „Reichs-Anzeiger“ dem Rathe des „Archiv für Eisenbahnwesen“ entnimmt, am Ende des Jahres 1898 eine Länge von 752 472 Kilometer erreicht, eine Länge, die das 1 1/4fache des Erdumfangs am Äquator (40 070 Kilometer) noch um mehr als 1000 Kilometer übertrifft und nahezu dem Doppelten der mittleren Entfernung des Mondes von der Erde (384 420 Kilometer) gleichkommt. Bei dieser Längenangabe sind nur die Zahnradbahnen gerechnet, die Gleislänge ist bei den vielen 2- und mehrgleisigen Eisenbahnen, die sich namentlich in Europa und in Nordamerika finden, eine noch bedeutend größere.

Von der gesamten Bahnlänge der Erde kommt mehr als die Hälfte — 386 732 Kilometer — auf Amerika. Dann folgt von den Erdteilen das an Flächeninhalt nur etwa 1/3 von Amerika umfassende Europa mit 269 743 Kilometer, hiernach Asien mit dem Verhältnis zu der gewaltigen Flächengröße dieses Erdteils sehr geringen Länge von 55 605 Kilometer, Australien mit der verhältnismäßig wesentlich größeren Länge von 23 334 Kilometer und endlich Afrika mit der sowohl im Ganzen als im Verhältnis zur Fläche kleinsten Zahl von 17 058 Kilometer Eisenbahnen.

Die Amerika unter den Erdteilen, so stehen die Vereinigten Staaten von Amerika unter den Staaten in Bezug auf die Eisenbahnlänge obenan; sie zählten am Schluß des Jahres 1898 299 911 Kilometer. Dann folgen das Deutsche Reich mit 49 560 Kilometer, das europäische Rußland einschließlich Finlands mit 42 535 Kilometer, Frankreich mit 41 708 Kilometer, Britisch-Indien mit 35 384 Kilometer, Oesterreich-Ungarn einschließlich von Böhmen und Herzegowina mit 35 113 Kilometer, Großbritannien und Irland mit 34 688 Kilometer.

Im Verhältnis zur Flächengröße ist das Königreich Belgien, in dem 20,8 Kilometer Eisenbahnen auf je 100 Quadratkilometer Fläche kommen, das mit Eisenbahnen am besten ausgestattete Land. Nach diesem folgen das Königreich Sachsen mit 18,6 Kilometer, das Großherzogtum Baden mit 12,5, Elsas-Lothringen mit 12,2, Großbritannien und Irland mit 10,9, das Deutsche Reich im Durchschnitt mit 9,2, die Schweiz mit 8,9, die Niederlande mit 8,8, Frankreich mit 7,9 Kilometer Eisenbahn auf je 100 Quadratkilometer Fläche. Die übrigen europäischen Länder sind mit Eisenbahnen im Verhältnis zu ihrer Flächenausdehnung spärlicher ausgestattet, die kleinsten Zahlen haben Rußland mit 0,8 und Norwegen mit 0,6 Kilometer Eisenbahn auf 100 Quadratkilometer. Von den außereuropäischen Ländern stehen in Bezug auf dieses Verhältnis die Vereinigten Staaten von Amerika mit 3,8 Kilometer Eisenbahn auf 100 Quadratkilometer obenan, danach folgen Portugiesisch-Indien und die australische Kolonie Victoria mit je 2,2 Kilometer, alle übrigen Länder zeigen wesentlich kleinere Zahlen.

Der Wert der gesamten Eisenbahnanlagen wird auf rund 140 Milliarden Mark berechnet.

Eingegangene Druckschriften.

„Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik.“ Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 13. Jahrgang erscheinenden, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymanns Verlag) hat u. a. folgenden Inhalt: Abhandlungen: Grundzüge einer allgemeinen staatslichen Arbeitsvermittlung für Oesterreich. Von Dr. Ernst Richter in Graz. — Die Berufs- und Gewerbebildung im Deutschen Reich vom 14. Juni 1898. Von Prof. Dr. S. Kautzberg in Prag. Schluß des II. Teils. Berufsalleberung und sociale Schöpfung. — Landwirtschaftliche Manufaktur und elektrische Landwirtschaft. Von Dr. Otto Ringsheim in Breslau. — Das Grundeigentum in Belgien in dem Zeitraum von 1834 bis 1899. Von Prof. Emil Vandervelde, Mitglied der Deputiertenkammer in Brüssel. Gesetzgebung: Preußen. Die Erweiterung der Zwangserschulung. Von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies. — Wortlaut des Entwurfs eines Gesetzes über Zwangserschulung Minderjähriger. Dem preussischen Herrenhaus am 8. Januar 1900 durch den Minister des Innern vorgelegt. Mitteilungen: Die Statistik der Unfälle, Alters- und Invaliditätsversicherung im Deutschen Reich für das Jahr 1897. Von Dr. Ernst Lange in Berlin. Literatur: Mikrot, Dr. P. P., Die Zwangserschulung Minderjähriger und der zur Zeit vorliegende preussische Entwurf. Besprochen von Professor Dr. Tönnies. — Tugan-Baranowsky, M., Geschichte der russischen Fabrik. Besprochen von Professor Dr. Boris Ringels in Sofia.

Der Krieg.

Noch einmal hat das Kriegsglück den Boeren gelächelt. Nach Telegrammen von Boerenseite ist endlich

Mafeking gefallen.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Lourenço Marques telegraphiert unter dem 15. Mai: In Pretoria wurden folgende Kriegsbuletins veröffentlicht: Während des am Sonntag in Mafeking stattgehabten Kampfes brannte das Kaffernviertel. Oberst Baden-Powell hat, nachdem er um einen Waffenstillstand nachgesucht hatte, am Sonntag früh 7 Uhr kapituliert. — Das zweite, von General Smeemann unterzeichnete Telegramm lautet: „Ich hatte das Glück, heute früh den Oberst Baden-Powell mit seinen 900 Mann gefangen zu nehmen.“

Auf englischer Seite wird die Kapitulation Mafekings allerdings noch in Abrede gestellt und als Raubüberfall eines Krügers bezeichnet, um die Boerenmännichkeiten mit neuem Mut zu beleben und zusammen zu halten. Auch liegt ein Telegramm vom 15. Mai aus Lourenço Marques vor, das behauptet, daß noch amlicher portugiesischer Mitteilung bei Mafeking zwar ein heftiger Zusammenstoß stattgefunden habe, daß die Boeren aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden seien. Da die Boerenmeldung jedoch mit so großer Bestimmtheit auftritt, darf man ihr größere Glaubwürdigkeit beimessen, als den nichts weniger als zuverlässigen englischen Meldungen.

Lord Roberts meldet aus

Kroonstad

eine kleine Schuppe eines englischen Reconnoiscierungscorps. Sein Telegramm lautet: London, 16. Mai. Zwei Offiziere und 6 Mann fouragierten gestern in der Nähe von Kroonstad. Als sie sich einer Farm näherten, auf welcher eine weiße Fahne wehte, eröffneten etwa 15 Boeren, die hinter Mauern Stellung genommen hatten, Feuer auf die Abteilung. Zwei Soldaten wurden getötet, der eine Offizier verwundet; der zweite Offizier sowie zwei Soldaten wurden gefangen genommen.

General Buller

meldet aus Dundee vom 16. Mai: Wir besahen gestern Glencoe. Die Transvaal-Boeren haben jetzt die Wiggarsberge geräumt. Die Freischäarer auf den Draakensbergen sind an Zahl sehr vermindert. Die Kommandos von Carolina, Lydenburg und Pretoria sind am 13. und 14. Mai von Platitulu nördlich weitergezogen. Elf Geschütze wurden in Glencoe in einen Eisenbahnzug geschafft; der letzte Zug mit den Ambulanzen verließ Glencoe gestern bei Tagesanbruch. Die Jäger verkehren jetzt nach der Station Wesselsnek.

Die englischen Verluste.

Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht betrogen die Verluste des britischen Heeres in Südafrika bis zum 2. Mai 18 799 Mann; doch sind hierin die jetzt in den britischen Hospitälern in Südafrika befindlichen Kranken und Verwundeten nicht eingerechnet.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Auflösung der italienischen Kammer in Sicht.

Rom, 16. Mai. Die Zeitungen glauben, daß dem Dekret über die Vertagung der Kammer ein Auflösungsdekret folgen werde, in welchem die Neuwahlen zur Kammer für den 10. Juni und die Stichwahlen für den 17. Juni festgesetzt werden. — In einer Versammlung der Linken wurde ein an den Deputierten Zanardelli, Giolitti und Coppino bestehendes Komitee damit beauftragt, eventuell die Wahlen zu leiten. In einer Versammlung der äußersten Linken wurde beschlossen, daß für den Fall von Neuwahlen die drei Gruppen der äußersten Linken, die Radikalen, Republikaner und Socialisten gemeinsam vorgehen sollen.

Sonn, 16. Mai. Das Divisionsschiff der Torpedobootdivision passierte heute abend 7 Uhr Stromaufwärts die hiesige Rheinschleife. Das Boot hatte von 2 bis 5 Uhr bei Godesberg angelegt.

Reichstag.

195. Sitzung, Mittwoch, den 16. Mai 1900, 1 Uhr.

Von Bundesratlich: Graf Pofadowsky, Turpin. Zunächst wird das Gesetz betreffend die militärische Strafrechtspflege in Rußland nach den Beschlüssen zweiter Lesung in dritter Beratung angenommen. Ebenso in der Gesamtabstimmung.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1898.

Abg. Schwarze-Lippstadt (C.) (Berichterstatter der Kommission):

In der Kommission hat lediglich der Titel 9 des Kapitels „Auswärtiges Amt“ zu Debatte geführt, der eine Ausgabe von ungefähr 40000 M. als Reisekosten für die Palästina-Reise des Staatssekretärs vorsieht. Dieser Titel war vom Abg. Singer beanstandet worden, weil nach seiner Meinung diese Reise eine Privatreise des Kaisers gewesen wäre und deshalb auch die Kosten dafür aus der Privatschatulle des Kaisers bestritten werden müßten. Die Kommission ging dagegen von der Ansicht aus, daß ähnliche Auslagen schon früher wiederholt unbeanstandet seitens des Reichstags geblieben seien, daß der Kaiser, wo er auch sei, doch Kaiser bleibe und als solcher Befolge brauche, daß überdies die Reise auch politische Erfolge gehabt habe.

Sie beantragt daher die Dedargen zu erteilen.

Abg. Singer (Soz.):

Ich muß zunächst anerkennen, daß der Herr Berichterstatter durchaus sachlich berichtet hat, und ich würde mich freuen, wenn ich dasselbe von den Kommissionsberatern sagen könnte. Nach den Berichten über diese hat der Berichterstatter dort Äußerungen gemacht, die, wenn er sie heute wiederholt hätte, mir Veranlassung gegeben hätte, mich ebenfalls dagegen zu verwahren.

Was die Sache selbst anlangt, so kam ich mich mit der Auffassung der Kommission nicht einverstanden erklären. Daß der deutsche Kaiser überall Kaiser ist, wo er sich auch aufhält, will ich nicht bestreiten, eine andre Frage aber ist es, ob bei Privatreisen, die der Kaiser macht, die Kosten für die Mitnahme der Beamten, die der Kaiser einlädt, von Reichswegen getragen werden müssen. Wenn der Berichterstatter recht hätte, so würde die Person des Kaisers überhaupt nicht zu trennen sein in allen seinen Handlungen vom Deutschen Reich. Dann würde das Reich überhaupt alle Kosten zu tragen haben, die auch z. B. mit Jagdreisen des Kaisers und ähnlichen Anlässen zusammenhängen. Das ist vielleicht ein Standpunkt, den ein Teil dieses Hauses vertritt, aber die bisherige Praxis steht damit durchaus im Widerspruch. Mit Recht ist bisher an dem Grundsatz festgehalten, daß die Privatreisen des Kaisers aus seiner Privatschatulle zu zahlen seien. Dies ist der tatsächliche Zustand und es kann sich hier nur um die Frage handeln, ob die Kosten für die Begleitung, die der Kaiser einlädt, von Reichswegen getragen werden müssen. Man sagte in der Kommission, der Kaiser müsse fortwährend in Rommer mit dem Reichszentraler durch hohe Reichsbeamte sein und es wüßten auf solcher Reise Beschlüsse von höchster politischer Tragweite gefaßt werden. In der Kommission ist sogar behauptet worden, der Kaiser könnte auf solchen Reisen den Krieg erklären. Verfassungsrechtlich ist aber dieser Standpunkt nicht haltbar. Nach der Verfassung bedarf der Kaiser zur Erklärung des Krieges der Zustimmung des Bundesrats, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Kräfte erfolgt ist. Ist das richtig, so kann keine Rede davon sein, daß auf einer solchen Reise eine Kriegserklärung ohne vorherige Befragung des Bundesrats erfolgt. Außerdem ist es unwahrscheinlich, daß in einem Augenblick, wo ein Angriff auf das Bundesgebiet erfolgt, der oberste Kriegsherr sich auf einer Vergnügungsreise befinden wird. Ich halte die Frage, ob die Kosten für die Reisebegleitung des Kaisers vom Reich bezahlt werden müssen, für eine Frage von höchster staatsrechtlicher Bedeutung, und es ist durchaus wünschenswert, eine Klärung derselben zu erhalten. Wenn, wie es den Anschein hat, das Haus dem Beschluß seiner Kommission folgt, so wird das ein Beschluß von hoher principieller Bedeutung sein.

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen. In der Nachweisung über die Ausgaben finden wir Ausgaben, die ebenfalls auf das Reich übernommen sind, die aber meiner Meinung nach absolut nichts mit dem Reich zu thun haben, sondern die sich durchaus als Ausfluß einer persönlichen Neigung des Kaisers kennzeichnen. Das sind nämlich Ausgaben für ein Geschenk, das auf dieser Reise an den türkischen Minister des Auswärtigen gegeben ist, eine Brillantdose im Werte von 5000 M. Wenn auch dies als berechtigt anerkannt wird, dann kann das Reich allerdings in Ausgaben gefaßt werden, für die es gar keine Grenze giebt und für die es unmöglich die Verantwortung übernehmen kann. Wenn diejenigen Geschenke, die die Monarchen untereinander oder an Beamte eines verbündeten Reichs oder gelegentlich des Besuchs in einem fremden Reich an dortige Beamte machen, das Reich belasten sollten, dann müßten doch Vorkehrungen getroffen werden, daß solche Dinge in den Etat gebracht werden. Wir können uns nicht begnügen, daß solche Angelegenheiten hier rein zufällig zur Erwähnung kommen. Es müßte ein Etatartikel vorhanden sein, in dem diese Summen für Geschenke festgesetzt werden, und die etwaigen Ueberschreitungen eines solchen Etats müßten ebenso nachgewiesen werden, wie dies bei allen Etatüberschreitungen der Fall ist. Der Reichstag muß Wert darauf legen, mit aller Energie darauf zu dringen, daß die Ausgaben, die für das Reich gemacht werden, seiner etatsrechtlichen Genehmigung unterliegen. Ich kenne aber bisher keinen Titel, dessen Disposition lautet: „Bewilligungen für Geschenke“, die seitens des Kaisers an andre Leute zu machen für notwendig erachtet werden. Da ein solcher Titel nicht besteht, können wir uns über diese Frage beim Etat nicht ausdrücken, und das ist ein erheblicher Mangel. Ich muß also gegenüber der Kommission an meiner früheren Auffassung festhalten und bitte Sie, für diese Ausgabe die Dedargen zu verweigern. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Ich glaube der Herr Redner hat die ganze Frage zu sehr von einem, ich möchte fast sagen privatrechtlichen Standpunkt auf. Wenn ein Beamter einen Erholungsurlaub antritt, so ist es ihm unter Umständen möglich, sich von allen Geschäften frei zu machen und die Vertretung einem Dritten zu überlassen. Bei höheren Beamten, die genötigt sind, in Zahlung mit ihrem Ressort zu bleiben, ist das schon nicht der Fall. Es giebt ein Reich und in Preußen Beamtenkategorien, von denen man nie sagen kann, sie genießen einen wirklichen Urlaub. Wenn ich aber Meines mit Großen vergleichen darf, so trifft dieser Gesichtspunkt für den Monarchen und vor allem für den Monarchen eines großen Reichs, eines Bundesstaats im höchsten Maße zu. Seine Geschäfte ruhen nie, weil tagtäglich Entscheidungen von allerhöchster Wichtigkeit gefaßt werden müssen, die nicht gefaßt werden können, nachdem ihm Vortrag gehalten ist, nachdem er in die Materie selbst eingedrungen ist. Solche Beschlüsse können nicht ohne sein Wissen gefaßt werden, weil sonst der Monarch seine kaiserliche und königliche Verantwortung für solche Entscheidungen nicht tragen könnte. Darum folgt ganz von selbst, daß ein Monarch nie von seinen Geschäften frei wird, auch wenn er sich auf Reisen befindet. Es folgt daraus aber auch von selbst, daß er stets begleitet sein muß von einem militärischen und zivilen Generalstab, der die ungeheure Menge der Eingänge sichtet, Vorträge vorbereitet, die allerhöchsten Entscheidungen anhört und diese Entscheidungen dem Ressort des Landes mitteilt. Darum folgt am weitesten mit unbedingter Notwendigkeit, daß der Monarch, der auf diese Weise in der Führung seiner Regierung nie ruhen und ruhen darf, auch die amtlichen

Organe militärischen und zivilen Charakters um sich haben muß auf seinen Reisen, die er für notwendig hält, um seine Regentenpflichten, auch wenn er außerhalb seines Landes ist, zu erfüllen. Ist diese Auffassung richtig, so ist es selbstverständlich, daß die Ausgaben, die für diese Begleitung entstehen, nicht aus der Privatschatulle des Kaisers, sondern vom Reich getragen werden. Ich glaube, die Mehrheit des Hauses wird auch diese Auffassung durchaus teilen. Herr Singer ist dem noch auf ein Geschenk zu sprechen gekommen, das Seine Majestät der Kaiser im Ausland gemacht hat. Ich hätte dringend gewünscht, daß diese auf sich außerordentlich unbedeutende Angelegenheit hier im Hause überhaupt nicht erörtert worden wäre, sondern daß man sich auf die Erwähnung in der Kommission beschränkt hätte. Da aber die Frage angeregt ist, möchte ich bemerken, daß derartige Geschenke des Kaisers nicht den Charakter von Privatgeschenken haben, sondern den Charakter von öffentlich rechtlichen Auszeichnungen, die der Monarch einem verdienten Mann des Auslands erteilt. Daraus folgt, daß solche Ausgaben auf Reichskosten übernommen werden müssen. Uebrigens sind solche Ausgaben früher häufig gemacht worden, ohne im Reichstag von irgend einer Seite beanstandet zu werden. — Diese Ausgaben in den Etat einzustellen, wird sich praktisch schwer machen lassen, da man sie vorher gar nicht übersehen kann. Uebrigens erlaunere ich daran, daß der König von Preußen es für seine Ehrenpflicht hält, die Repräsentation des Reichs, die sehr erhebliche Kosten verursacht, aus seiner Schatulle zu bezahlen. Schon allein darin sollte ein Grund liegen, nicht in dieser scharfen und ungerechten Weise an derartige Ausgaben die Sünde anzulegen. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (C.)

(als Abgeordneter): Der Berichterstatter hat lediglich das wiederzugeben, was in der Kommission vorkommt. Das ist oft eine sehr schwierige Aufgabe. Meines Erachtens war es in diesem Fall Sache der socialdemokratischen Fraktion, durch ihre Mitglieder die Sache schon in der Kommission zur Sprache bringen zu lassen. Das wäre ordnungsgemäß gewesen. Der Abg. Singer hätte noch viel bessere Punkte finden können. Seit 1870 sind eine ganze Reihe ähnlicher Fälle vorgekommen, ohne daß im Reichstag darüber gesprochen worden wäre. Ich konnte verschiedene Fälle vorbringen, wo die Kosten für Geschenke, die der Kaiser machte, vom Reichslande ohne Bewilligung des Reichstags getragen wurden. Ich möchte also den Kollegen Singer bitten, die Sache künftig immer zeitigen zur Sprache bringen zu lassen.

Abg. Singer (Soz.):

Ich will dem Abg. Schwarze zu gute halten, daß er in einer ansehnend etwas verärgerten Stimmung sich zum Mentor und Ratgeber über Dinge aufgeworfen hat, die unserer Gepflogenheit nach in unserer Fraktion von uns allein entschieden werden. Was den Vorwurf anlangt, ich hätte schon seit 1870 die Sache verfolgen können, so muß ich erwidern, daß ich diesen Vorwurf nicht verdiene, denn 1870 habe ich parlamentarisch noch nicht gelebt. Der Herr Kollege Schwarze hat doch die Aufgabe, die der Berichterstatter einer solchen Kommission hat, etwas verkannt. Ich habe mich in der damaligen Sitzung nicht darüber beschwert, daß Herr Schwarze seine Pflicht als Berichterstatter nicht gethan habe, ich habe nur kritisiert, daß eine nach meiner Auffassung staatsrechtlich wichtige Frage hier vom Hause entschieden werden soll, ohne daß die Kommission es für richtig hält, schriftlichen Bericht zu geben, und ohne daß der Berichterstatter es für notwendig erachtet, mündlichen Bericht zu geben. Das der Gegenstand meiner Kritik, soweit die Kommission formell dabei in Frage kam. Wenn der Herr Kollege Schwarze meine Bemerkung sich aus dem Bedürfnis heraus harrnadt, daß ich es liebe, Sensation zu machen, so muß ich, abgesehen davon, daß ich die Auffassung für sehr geschmacklos halte (sehr gut! links) und abgesehen davon, daß ich den Kollegen Schwarze gar nicht das Recht zuspreche, sich zum Richter über meine Handlungen zu machen, doch sagen, daß es die unglücklichste Äußerung war, die er in dieser Debatte thun konnte. (Sehr gut! links.) Was geht mich als Person die Sache an? Darin hätte Herr Schwarze ganz Recht, wenn man das Bedürfnis, sensationell hervorzutreten, hatte, dann würde er vielleicht selbst viel mehr Veranlassung geben, durch die Art, wie er es gethan hat. Wie ist die Frage von der Kommission sachlich, staatsrechtlich nicht richtig entschieden vorgekommen, und der Herr Kollege Schwarze wird mir doch nicht zumuten, daß ich in persönlicher Schonung gegen ihn, weil er erregt ist, in einer Sache, in der er zufällig Referent ist, meine sachliche Ueberzeugung nicht zum Ausdruck bringe. Ich meine überhaupt, die Art, wie Herr Kollege Schwarze ein Mitglied des Hauses hier vorantreibt für Dinge, die er in Ausübung seiner Pflicht zu thun für notwendig hält, geht weit über das Maß dessen hinaus, was einem Kollegen einem Mitgliede des Hauses gegenüber zusteht. (Sehr gut! links.) Und wenn ich mit gleicher Münze zahlen wollte, dann würde ich vielleicht Andeutungen machen, die parlamentarisch nicht zulässig sind, die ich aber aus Rücksicht auf den Kollegen Schwarze unterlasse, weil ich ihn nicht noch mehr ärgern will, als ich es wohl schon gethan habe. (Große Heiterkeit.) Aber auch in seinen sachlichen Ausführungen scheint mir Kollege Schwarze höchst unglücklich operiert zu haben. Es ist ja charakteristisch, daß er als ein Mann, der lange Jahre in der Rechnungskommission als Referent fungiert, uns hier vorträgt, daß eigentlich in der Nachweisung viel mehr Stellen vorhanden sind, gegen die die Kritik sich richten dürfte. (Sehr gut! links.) Ich weis nicht, Herr Kollege, warum Sie denn Ihr Amt als Berichterstatter nicht so auffassen, daß Sie dem Hause die Stellen mitteilen, die nach Ihrer Auffassung der Kritik bedürfen. (Sehr richtig! b. d. Soc.)

Wenn der Herr Kollege Schwarze so gütig war, anzuerkennen, daß es zweifellos das Recht jedes Mitgliedes ist, die Zurückverweisung an die Kommission zu beantragen, so kann ich ihm raten, daß ich auch ohne seine gütige Erlaubnis mir das Recht nehme, im Wiederholungsfall genau so zu verfahren. Wenn er ferner sagt, es wäre richtiger gewesen, wenn die Mitglieder meiner Fraktion in der Kommission dieses Monium gezogen hätten, so möchte ich auch für die Kollegen in der Rechnungskommission das Recht in Anspruch nehmen, das zu thun, was sie für richtig halten, und nicht ihre Arbeit von der Genur des Kollegen Schwarze abhängig zu machen. Wenn er nun aber ferner meint, wir in der Fraktion hätten die Sache durchsehen müssen und unsre Kollegen in der Kommission entsprechend beauftragen müssen, so weis ich nicht, ob in seiner Fraktion ein so ungeheurer Fleiß verübt wird (Heiterkeit), daß diese Nachweisungen in den Fraktionsitzungen Seite für Seite durchgearbeitet werden. Ich glaube, daß diese Aktenstücke wohl in allen Fraktionen gleich behandelt werden, d. h. so, daß die Mitglieder der Rechnungskommission den Auftrag und die Verpflichtung haben, die Dinge anzusehen und dasjenige zu thun, was sie im Interesse der Sache für notwendig erachten. Ich glaube, dieses Zeugnis des Fleißes, das Kollege Schwarze seiner Fraktion damit ausgestellt hat, daß er die Thätigkeit einer anderen Fraktion kritisiert, war kaum gerechtfertigt. Die Vorhaltungen, die der Herr Kollege Schwarze für nötig erachtet hat, mir zu machen, sind also erstens nicht berechtigt und können außerdem in keiner Weise verhindern, daß, wenn sich ein solcher Fall wiederholt, wir genau dasselbe thun werden, was wir für richtig erachtet haben. Kollege Schwarze wird sich schon damit abfinden müssen, daß wir nicht dazu da sind, um das zu thun, was seiner Genur und Kritik Stand hält, sondern das zu thun, was unsre Pflicht und Ueberzeugung gebietet. Daran wird uns Herr Schwarze hoffentlich nicht hindern wollen, sollte er es aber wollen, so kann ich ihm keinen Erfolg davon versprechen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (C.):

Es hat mir ferngelegen, dem Abg. Singer oder seiner Fraktion irgendwelche Vorschriften zu machen oder mich als Mentor aufzuspielen. Wenn aber der Abg. Singer gerade diesen delikaten Punkt herangreift, dann hätte er besser etwas andres vorbringen sollen.

(Lachen links.) Wozu sind die Verhandlungen der Kommission da? Doch nur, um die Sachen vorzubereiten. Die Kommission hat die Gründe, die für die Bewilligung des betreffenden Titels sprechen, für vollständig ausreichend erklärt. Wenn der Abg. Singer diese Frage für so wichtig hält, dann hätte er schon die socialdemokratischen Mitglieder der Kommission darauf aufmerksam machen sollen. Er hätte doch schon oft Gelegenheit zu solchen Ausführungen gehabt. Ich erwähne nur, daß einmal 60000 M. für Geschenke an englische Unterthanen bei einer Reise des Kaisers nach England vom Reich bezahlt worden sind, und damals hat der Kollege Singer nichts dagegen zu erörtern gehabt. Er sollte doch nicht seinem Sensationsbedürfnis folgen. (Lachen links, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrin:

Sie haben kein Recht, einem Mitglied des Hauses andre als sachliche Motive unterzuschleichen.

Abg. Schwarze-Lippstadt (fortfahrend):

Ich darf wohl darauf rechnen, daß das Haus in Zukunft derartige Anträge des Abg. Singer, auf Rückverweisung an die Kommission, soweit sie nicht sachlicher Natur sind, ablehnen wird.

Abg. Gröber (C.):

Die Auffassung des Abg. Singer steht in direktem Widerspruch zu dem klaren Wortlaut der Verfassung, nach der dem Präsidium des Deutschen Reichs die völlerrechtliche Vertretung des Reichs zusteht. Deshalb stellen alle Präsidialgeschäfte Geschäfte dar, deren Kosten das Reich zu tragen hat. Hier handelt es sich um ein Präsidialgeschäft, und deshalb hat das Reich die Kosten zu tragen. Sie (zu den Socialdemokraten) von Ihrem Standpunkt könnten höchstens mit der Forderung kommen, daß der deutsche Kaiser überhaupt keine Reise nach dem Auslande mache, damit solche Kosten nicht erwachsen, aber so weit gehen Sie ja selbst nicht. Mir als Mitglied der Rechnungskommission ist erinnerlich, daß die Frage schon wiederholt in der Kommission besprochen worden ist. Sie steht keineswegs zum erstenmal zur Diskussion, wenn sie auch im Plenum zur Sprache zu bringen. Wenn die Herren aber die Sache für so wichtig halten, so hätten sie doch schon früher eine principielle Entscheidung herbeiführen sollen. Ein gewisser Widerspruch in der Behandlung der Frage durch die socialdemokratische Partei liegt also zweifellos vor. Herr Singer bemängelt, daß ein Specialtitel für diesen Zweck nicht vorgelegen sei. Diese Ausgaben sind von jeder in dem Titel „Sonstige Ausgaben“ im Extraordinarium des Auswärtigen Amts aufgeführt. Jeder hatte also Gelegenheit, zu der Bemessung der Summe in diesem Etatartikel einen Antrag zu stellen. Ich würde Herrn Singer anregen wollen, im nächsten Etat noch einen Specialtitel für diesen Zweck zu verlangen. Dann kann das Haus entscheiden. — Zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs möchte ich bemerken, einen Monarchen des Deutschen Reichs kennt die Verfassung nicht. Hier handelt es sich aber um Präsidialgeschäfte. Ich wollte auf diesen Punkt noch besonders aufmerksam machen und den Ausdruck Monarch in diesem Zusammenhang zurückweisen. Im übrigen halte ich es nicht für notwendig, die Sache hier besonders aufzubauen. Allerdings liegt auch kein Grund vor, weshalb dieser Titel das Licht des Tages zu scheuen hätte. Handelt es sich doch um eine Ausgabe, die im Interesse unseres großen Vaterlands für notwendig erscheint. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich habe überhaupt nicht behauptet, daß diese Ausgabe das Licht des Tages zu scheuen hätte. Dieser Hinweis des Herrn Gröber war also überflüssig. Herr Gröber hat sich aber etwas zurecht gebaut, um dagegen polemisieren zu können. Das ist eine Taktik, die öfters angewendet wird, wenn man zur Sache nichts zu sagen hat. Man substituirt einem Gegner und haut darauf los. Wenn Kollege Gröber der Meinung ist, daß es nicht notwendig war, die Frage hier aufzubauen, so kann ich ihm nur erwidern, daß dies von keiner Seite geschieht ist. Immerhin hat er zugegeben, daß über die Frage hier gesprochen werden muß. Aber seine Auffassung erscheint mir sachlich nicht richtig. Ich glaube, soweit es sich um Reisen handelt, die im Interesse des Reichs für notwendig erachtet werden, so hat das Reich die Kosten zu tragen. Aber für diese Uebernahme der Kosten hat der Reichstag eben sein Einspruchsrecht. Zudem er die Etatartikel der einzelnen Ressorts bewilligt, aber kommt er das Recht der Kritik an diesen Ausgaben. Alle Ausgaben, die in diesen Ressorts gemacht werden, unterliegen der Nachprüfung und Kritik des Reichstags. Ganz anders steht es mit dem Fall, um den es sich hier handelt. Hier werden dem Reich Kosten auferlegt, ohne daß der Reichstag mitgewirkt hätte und ohne daß er die Notwendigkeit dieser Reise und die Nützlichkeit derselben, was auf dieser Reise geschieht, kontrolliert hätte.

Die Reise nach Palästina ist nicht erfolgt in Vertretung politischer Aufgaben, sondern hat sich als eine Privatreise des Kaisers charakterisiert und es kann sich nur darum handeln, ob die Anwesenheit von Reichsbeamten auf solchen Reisen zu Kosten des Reichs gehen soll oder nicht. Auf diese Frage ist Herr Gröber gar nicht eingegangen. Was dann die letzten Worte des Herrn Schwarze anlangt, so möchte ich ihn doch bitten, sich ein andres Objekt für seine Genurkritik auszusuchen. Als seine Ermahnungen treffen bei uns auf vollkommen reinigen Boden. Und stehen hier im Hause genau dieselben Rechte zu wie allen andern Fraktionen, wir erkennen niemand im Hause, abgesehen in gewisser Beziehung von dem Herrn Präsidenten, als Richter über unsre Handlungen an und verbiten uns ein für alle Mal in dieser Weise behandelt zu werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Führ. v. Lebehow (L.):

Die staatsrechtliche Frage, die Herr Singer aufgeworfen hat, ist meines Erachtens längst entschieden, insofern, als ähnliche Ausgaben, wie die in Rede stehende, seit einer Reihe von Jahren wiederholt vorgekommen sind, ohne daß der Reichstag Einwendungen dagegen erhoben hat. — In Bezug auf die Berechtigung solcher Ausgaben stimmen meine politischen Freunde vollständig mit dem Herrn Staatssekretär überein. — Wenn der Herr Staatssekretär von dem „Monarchen“ gesprochen hat, so hat er damit natürlich nur einen andren Ausdruck für „deutscher Kaiser“ gebraucht.

Abg. Daffe (natl.):

Es ist nicht richtig, daß wir, wie Herr Singer meinte, nur zufällig in die Lage gekommen sind, diese Frage zu erörtern. Diese Ausgaben sind dem Reichstag vorgelegt, wie alle außeretatmäßigen Ausgaben. — Was die Frage anlangt, ob es sich hier um Privat- oder Reichsausgaben des Kaisers handelt, so stehen meine politischen Freunde auf dem Standpunkt der großen Mehrheit der Rechnungskommission, daß es sich hier um Staatsausgaben handelt. Herr Singer meinte, dann könnten ja schließlich alle Privatreisen des Kaisers zu Kosten des Reichs gehen. Ich bin geneigt, diese Frage in der That zu bejahen (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär hat weiter schon auf das eigentümliche Verhältnis hingewiesen, daß die Repräsentationskosten des Reichs von Preußen getragen werden, daher halten wir es für eine Ehrenpflicht des Reichs, wenn es auch einmal in die Lage kommt, solche Repräsentationskosten zu bezahlen, dies ohne weiteres zu thun. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsstats für 1900. Derselbe wird debattelos erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsstats für die Schutgebiete.

In dem Etat für Kamerun wird eine Summe von 300 000 Mark für die Vermehrung der Schutztruppe gefordert.

Abg. Nebel (Soz.):

Die Ausgaben für die Kolonie Kamerun haben sich um mehr als 100 Proz. gesteigert, während früher die Kolonie als die beste galt. Die Nachtragsforderung bezieht sich ausschließlich auf die Vermehrung der Schutztruppe. In der Kommission ist diese Vermehrung nur mit ganz geringer Majorität angenommen worden. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß eine gewaltige Steigerung in den Ausgaben einer Kolonie notwendig ist auf Grund von Ereignissen, die eigentlich überflüssig sind. Wir sind in Europa unter Kolonien gegenüber in einer unglücklichen Lage. Was dort passiert, erfahren wir hier nur in den allerwenigsten Fällen. Die angenehmen Sachen werden möglichst rasch und in möglichst günstiger Weise mitgeteilt und über alles, was unangenehm ist, wird nach Möglichkeit der Schleier des Geheimnisses gedeckt, damit es ja nicht in die Öffentlichkeit kommt. Zweifellos sind aber dort Mißstände vorhanden. Wie ist es eigentlich zu erklären, daß in dieser Kolonie ganz im Gegensatz zu früher es so oft zu Aufständen kommt, die sich allen Anschein nach immer weiter ausgedehnt haben und schon so gefährlicher Natur geworden sind, daß man zeitweilig die ganze Kolonie für gefährdet erachtete und Störungen in Handelsverkehr an den Küstenorten verpörrte. Das kann nicht von ungefähr kommen. Es ist nicht möglich, daß ein Stamm, um, ich möchte sagen, seiner Raubtiernatur Genüge zu thun, in unser Gebiet einbricht und dann die ganze übrige Bevölkerung, die scheinbar mit dem Zustand der Dinge zufrieden war, in dieser Weise aufzuregen vermag. Wenn das möglich ist, müssen Mißstände vorhanden sein, denn die Eingeborenen wissen ja nur zu gut, welche Machtmittel die Europäer haben, um solche Aufstände sofort niederzuschlagen. Hauptächlich soll ja für die Vermehrung der Schutztruppen die sogenannte Arbeiterfrage in Betracht kommen. Die Kolonie kann selbstverständlich ohne Arbeiter für die Plantagen nicht existieren. Werden diese Arbeiter aber durch äußerliche Macht- und Zwangsmittel zu den Arbeiten herangezogen, so ist das der verkehrteste Weg, namentlich dann, wenn sie außerdem noch einer schlechteren Behandlung unterworfen werden. Dies scheint allerdings der Fall zu sein, nach allem, was man hört. Besonders wird geflagt, daß die Arbeiter unpassend und schlecht ernährt werden, wodurch allerlei Krankheiten bei ihnen verursacht werden. Herr Eugen Wolff hat im „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der Tod des Hauptmanns Courau auf einen Vorgang zurückzuführen ist, der allerdings auf die Behandlung der Arbeiter ein eigentümliches Licht wirft. Der Hauptmann Courau brachte durch Vermittelung eines Häuptlings eine größere Zahl Arbeiter auf die Plantagen. Von diesen starb dann ein großer Teil infolge schlechter Ernährung. Bei dem Versuch, neue Arbeiter zu holen, wurde Hauptmann Courau von dem Häuptling zur Rede gestellt und auf einem Nichtversuch getötet. Wenn sich dergleichen die Häuptlinge verpörrten, eine bestimmte Zahl von Arbeitern zu liefern, so ist das doch mehr oder weniger ein Sklavereiverhältnis. — In ein eigentümliches Licht kommt diese Vermehrung der Schutztruppe auch noch deshalb, weil sie bedingt wird dadurch, daß sich der Herr Kolonialdirektor veranlaßt gesehen hat, an zwei große Gesellschaften ungeheure Gebiete in Kamerun auf dem Vachtwege abzutreten. Diese Gesellschaften haben natürlich ein großes Interesse an der Vermehrung der Schutztruppe, damit sie in der Lage sind, die Kolonie so auszubenten, wie sie es in ihrem Interesse für notwendig halten. Ein Hauptbeteiligter dabei ist ja der bekannte Herr Dr. Scharlach, der bereits den Beinamen des deutschen Cecil Rhodes hat, und diesen Ehrennamen voll und ganz verdient. Er hat es verstanden, Missionen in seine Tasche zu bringen, ohne sich um das Wohlergehen der Kolonien viel zu kümmern.

Die Schutztruppe wird oft zu Strafexpeditionen benutzt. Dabei geht man aber doch zu hart und rücksichtslos vor. So wird berichtet, daß bei einer Strafexpedition in der Südländischen Eingeborene getötet, eine kleine Anzahl gefangen genommen und zahlreiche Häuser eingeebnet wurden. So werden solche Strafexpeditionen gehandhabt. Ich begreife es ja, wenn Wilde gegen Europäer kämpfen, daß sie grausam dabei vorgehen und vor Mord und Raub nicht zurückschrecken, aber das sollte doch nicht auch die Ausrüstung von Europäern, von Christen sein. Wir wollen doch Zivilisation unter den Wilden verbreiten, nur aus diesem Grunde ist ja nach seinen Erklärungen das Centrum für die Kolonialpolitik. Wenn die Leute aber auf der einen Seite von dem christlichen Gott der Liebe und Barmherzigkeit hören und damit vergleichen, wie auf einer Grausamkeit von ihrer Seite gleich zwei oder drei von der anderen Seite folgen, dann kann das nicht zur Verbreitung des Christentums, wie sie gewünscht wird, beitragen.

Lebhaft wird auch von verschiedenen Seiten behauptet, daß im Binnenlande auch ein **schwarzer Handel** betrieben werde. In einer ganzen Reihe von Ortschaften werden nach den Berichten Sklaven als Zahlungsmittel verwendet. Nachdem die Kolonie nun bereits so lange Zeit unter deutscher Verwaltung steht, sollte man doch annehmen, daß wenigstens, so weit der deutsche Einfluß reicht, solche Zustände nicht mehr bestehen. Die Schutztruppe soll nun dazu dienen, das Land zu „pacifizieren“. Ich habe aber gerade den Eindruck, daß je mehr wir kolonisieren, je weiter wir unsere Machtphäre ausdehnen, desto unruhiger die Zustände in den Kolonien werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Kolonialdirektor v. Buchta:

Ich muß mich gegen den Vorwurf des Abg. Nebel verwahren, daß die Verichte über die Kolonien gefälscht seien. Ich habe mich nie geheißt, auch von unglücklichen Vorfällen in den Kolonien Mitteilung zu machen, um die Wut und Vorklänge zur Abhilfe daran zu knüpfen. Lebhaft würde mir eine solche Verschönerung auch gar nichts nützen, die Thatfachen würden dann durch unverantwortliche Verichterfasser doch bekannt werden. — Die Unruhen im Hinterlande sind gerade entstanden, weil die Schutztruppe zu klein und mit einer andern Aufgabe beschäftigt war. Die **Eingeborenen, welche aber eine Macht nur respektieren, so lange sie dieselbe vor Augen haben**, wurden durch diese Entsetzung der Schutztruppe veranlaßt, das deutsche Joch abzuschütteln.

Herr Nebel ist dann auf die Arbeiterfrage eingegangen. Auch ich bin der Meinung, daß diese Frage nur zu lösen ist, wenn die Arbeiter gut behandelt werden, und der Gouverneur wird seinen Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen. Wenn die Häuptlinge die Arbeiter liefern, so geschieht das in der Weise, daß in einer Auktionsversteigerung Angebot und Nachfrage durch den Häuptling geregelt wird. Jeder Arbeiter tritt seine Arbeit auf Grund eines besonderen Kontrakts als freier Mann an. Von einer Sklaverei kann also in keiner Weise die Rede sein. Im Binnenlande besteht die Sklaverei nur, soweit wir unsere Macht noch nicht ausgedehnt haben. Gerade dieser Umstand aber spricht für die Notwendigkeit der Vermehrung der Schutztruppe.

Herr Nebel hat dann als Beispiel für die Härte der Strafexpeditionen auf eine Expedition in der Südländischen Kolonie verwiesen. Dort handelte es sich aber um die Ermordung deutscher Händler durch Eingeborene. Um diese Ermordung zu rächen und vorzubeugen, daß derartige Schandthaten sich wiederholten, war diese Expedition nötig. Ich weiß nicht, wie die Sache anders gemacht werden soll, wenn wir überhaupt unsere Autorität aufrecht erhalten wollen.

Die Konzeptionen an die Gesellschaften haben mit der Vermehrung der Schutztruppe nichts zu thun. Ich halte es für unbillig, diese Konzeptionen jetzt schon zu beurteilen, bevor die Konzeptionen in der Lage gewesen sind, die Erfüllung der ihnen dort gestellten großen Aufgaben auch nur zu beginnen. — Schließlich möchte ich nur noch darauf verweisen, daß die Engländer in viel kleineren Kolonien bedeutend größere Schutztruppen zur Verfügung hatten.

Abg. Dr. Eichhoff (fr. Sp.):

Ich stimme dem Kolonialdirektor darin bei, daß wir mit dem Urteil über die Landkonzeptionen noch zurückhalten müssen. Er hat uns immer mit Offenheit gegenüber, aber ich fürchte, daß er selber über vieles im Dunkeln gehalten wird. In der Kommission ist uns von dem Gouverneur von Kamerun nähere Auskunft über die

dortigen Verhältnisse gegeben worden. Aber wir sind nicht davon überzeugt worden, daß eine Vermehrung der Schutztruppe notwendig ist. Wenn der Negerhäuptling Kadde eine so große Gefahr für uns wäre, würde unsere kleine Schutztruppe doch nicht genügen. Ich verweise aber auf die unüberlegten geschriebene Meldung der Franzosen, daß die Macht des Kadde im Schwindeln begriffen ist. Wie gefährlich unsere militärischen Expeditionen sind, geht aus dem ähnlichen Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ über den Tod des Führers der Schutztruppe, des Lieutenant v. Lucis, hervor. Er hätte seine Aufgabe zu einseitig militärisch aufgefaßt. Wir sind mit Vorsicht der Ansicht, daß der Kaufmann dem Soldaten voranzugehen muß. Der Gouverneur, Herr v. Puttkamer, aber dreht diesen Spruch geradezu um. Herr v. Puttkamer hat in der Kommission ausdrücklich zugestanden, daß es unmöglich ist, Arbeiter zum Plantagenbau auf friedlichem Wege zu erlangen. Was ist denn das anders als **versteckte Sklaverei**? Das ist doch keine christliche Auffassung. Der Neger scheint mir überhaupt nicht zur Kulturarbeit geeignet zu sein. Ich wage die Behauptung, daß die wilden Völker um so rascher zu Grunde gehen, je schneller sie mit Kulturarbeit betraut werden. Ich kann nur um Ablehnung der neuen Forderungen bitten. (Zustimmung links.)

Abg. Graf Arnim (Rp.):

Herr Nebel bewegt sich in einem Widerspruch. Einmal nimmt er sich der Eingeborenen an, und auf der andern Seite will er keine Ausdehnung der militärischen Macht, weil er den Militarismus fürchtet. Gerade das Militär dient aber zum Schutz der Eingeborenen. Den Herren ist es eben nicht recht zu machen. Ihre Grundfrage ist: Je weniger Kolonien, desto besser. Da muß jede Debatte nutzlos bleiben. Redner wendet sich gegen die **Kameruner Landkonzeptionen**, denen Herr Scharlach das **Männliche nationale Begehren** ungebunden verleiht. Unter vielen Scheingründen werden Vorteile für das Reich geltend gemacht, die gar nicht vorhanden seien. Die Gesellschaft, der die Konzeption erteilt sei, laufe Gefahr, ganz in belgische Hände zu geraten; sie korrespondiere jetzt schon französisch.

Kolonialdirektor v. Buchta:

Ich halte es für sehr unangebracht, wenn eine deutsche Kolonialgesellschaft französisch korrespondiert. Ich kann nur versichern, daß die Gesellschaft mit mir immer nur deutsch korrespondiert hat. (Heiterkeit!) Französische Briefe hatte ich mir förmlich aber bestimmt verboten. Der Sitz der Gesellschaft ist Katzentengrund Hamburg. Internationale Tendenzen in ihr werde ich stets bekämpfen. Um unerwarteten Ereignissen vorzubeugen — der Aufstand der Nigriten an der Goldküste ist für die Engländer so ein unerwartetes Ereignis, — müssen wir eine starke Schutztruppe haben. Der Neger glaubt nur dann an die Größe und Macht des deutschen Reichs, wenn sie ihm in Gestalt einer starken Schutztruppe entgegentritt. Sonst hält er den Moment für gekommen, das Joch der Weißen abzuschütteln. Unre Ansicht, daß der Kolonie von Kadde Gefahren drohen, beruht auf amtlichen Verichten. Es ist nicht richtig, daß der Handel getötet wird, wo die Schutztruppe erscheint; sie hat jetzt schon zivilisatorisch gewirkt. Herr v. Lucis hat der Schutztruppe nie angehört; er stand im Civildienst der Kolonie Kamerun und überschritt seinen Auftrag, eine Unvorsichtigkeit, die er mit dem Tode büßte.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

widerspricht der Ansicht des Kolonialdirektors, daß die Vermehrung der Schutztruppe die Leuten lindern könnte. Wo die Menschen höherer Kultur mit tiefstehenden Naturvölkern zusammenstoßen, werden die Letzteren dem Verderben preisgegeben. Keine Rohnahme der Verwaltung kann sie retten. Wie verheerend ist beispielsweise die **Supplis** in Afrika, die hiermit verglichen in Europa karalud ist. Es ist nicht richtig, daß wir grundsätzlich gegen Kolonien sind. Wir haben für die Niederlassung in Ostafrika gesonnen. Von den Tropenkolonien erwarten wir allerdings kein Heil für die Gesundheit. Wenn Großkapitalisten ein Verlangen darin finden, in den Tropenkolonien Unternehmungen zu versuchen, so mögen sie es auf ihr eigenes Risiko, aber nicht auf Kosten der Gesundheit der Steuerzahler thun. Wer Früchte sucht, muß auch Kosten tragen. (Sehr richtig! links.) Wenn das Großkapital in die Tropen geht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn dabei etwas Französisch mit unterläuft. (Heiterkeit.)

Abg. Nebel (Soz.):

Die Keuscherung des Kolonialdirektors war recht interessant. Er erklärte die Zustände mit dem Bestreben der Neger, das deutsche Joch abzuschütteln. Wir haben ihnen das Joch auferlegt, und es ist traurig, daß heute die Dinge in Kamerun so stehen, daß wir dort, wo wir keine Schutztruppe haben, auch über keine Macht verfügen. **Das also ist das Ergebnis unserer Kolonisationsmethode.** Nur dort herrschen wir, wo unsere Macht und Gewalt Angst und Furcht unter den Regern verbreitet. Die Thatfache besteht, daß Zustände vorhanden sein müssen, die der eingeborenen Bevölkerung nicht zuzufügen, die ihr aufs tiefste verhaßt sind. Sonst wären diese Aufstände unerklärlich. Auch die Neger versprechen nicht leichtfertig ihr Blut und schlagen ihr Leben in die Schanze; sie müssen es schon der Waise für wert halten. Herr v. Buchta meint, die Aufstände an der Küste seien nur eine vorübergehende Erscheinung. Aber diese Gebiete sind seit 15 Jahren in unserm Besitz, und noch ist unsere Herrschaft nicht gesichert. Da ist es traurig genug, daß noch immer Aufstände vorkommen. Es wird bestritten, daß die deutsche Kolonisation Zwangsmittel anwendet. Andre Neuerungen des Kolonialdirektors stehen aber damit in Widerspruch. Hat er nicht selbst die Plantagenbesitzer aufgefordert, die Leute gut zu behandeln, sonst könne er für nichts einstehen. Es scheinen doch Zwangsmittel gebräuchlich zu sein. Wer da weiß, wie die Arbeiter in manchen dunkeln Distrikten Deutschlands behandelt werden, der kann sich eine Vorstellung davon machen, wie es in unren Kolonien den schwarzen Arbeitern geht. Dort heißt es: Der Himmel ist hoch und der Jar ist weit.

Der Herr Kolonialdirektor konnte nicht begreifen, warum ich — meint er — erkläre, daß wir es uns nicht gefallen lassen, wenn Deutsche ermordet würden und **Nachahregeln** anwendeten. Das ist im Munde eines Kulturmenschen ein böses Wort. Ich begreife ja, wenn man nach Vergeltung strebt, daß man die Schuldigen ausfindig machen will, um sie zu bestrafen. Hier aber wird nicht erst gefragt: Wer war der Thäter? Hier genügt es, wenn man weiß, in welchem Ort und Bezirk die That vorgekommen ist, um den ganzen Bezirk zu verwüsten. Hier wird nicht Vergeltung, sondern Rache geübt, der Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fallen. Das ist schrecklich und barbarisch. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das sind Mahregeln, die in ihrer Brutalität die Wilden wieder brutalisieren. Gerade Sie, die Sie die Kolonialpolitik verfechten, die Sie in ihr ein großes, gutes und schönes Werk erblicken, sollten sich über solche Ungeheuerlichkeiten empören, denn dadurch wird die **Kolonialpolitik gefährdet und gebrandmarkt.** (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Buchta meint, man solle die Sklaverei-Gesellschaft erst Zeit lassen, bevor man über sie urteile. Nun, die Herren haben schon Zeit gehabt, ein ausgedehntes Gebiet zu machen. Herr Scharlach hat die Landkonzeption für 18 Millionen Frank an der Weisfelder Börse verhandelt und 11 Millionen Reingewinn dabei gemacht. Meint man etwa, daß Herr Scharlach das gewonnene Geld dazu verwenden wird, das gepachtete Gebiet zu verbessern? Nicht einen roten Heller wird er dafür ausgeben. Ich fürchte, der Herr wird sich sobald in Brüssel nicht wieder sehen lassen; er würde Gefahr laufen, verprügelt zu werden. Es ist ja ganz unentbehrlich, daß sich das Geld der Aktionäre in absehbarer Zeit verzinst. Die Leute, denen die Aktien angebreut worden sind, sind eben betrogen. Unser Kolonialverwaltung erreicht es zum Vorschein, daß sie sich nicht besser vorgehen hat, um solche Möglichkeiten zu verhindern. Dem Kolonialdirektor ist die Sache ja gewiß sehr unangenehm. Aber die Forderung, daß das Deutsche Reich, nur damit es so aussieht, daß etwas geschieht, im Interesse dieser Gesellschaft 865 000 M. mehr für die Schutztruppe ausgiebt, ist das härteste, was der Volkswirtschaft zugemutet werden kann. Herr v. Buchta glaubt, internationale Tendenzen dieser Gesellschaft verhindern zu können. Dann kommt er zu spät. Sie ist schon in auswärtigen Händen. Die Herren haben das mit Absicht gethan, um der näheren

Kontrolle zu entgehen und für manche Dinge nicht verantwortlich gemacht zu werden, für die man sie paden könnte, wenn der Geschäftsbetrieb in Hamburg bliebe. Wenn man hier auf ähnliche Dinge bei den Engländern verweist, dann erwidere ich, **alle Kolonialpolitik ist eben Raubpolitik.** (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Nachtrag zum Kolonialetat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, betr. die **Unfallfürsorge für Gefangene.**

Es liegen nur zwei Anträge des Abg. Köfide (wüldlib.) vor, von denen der eine redaktioneller Natur ist, der andre eine Konsequenz früherer Beschlüsse ist.

Eine Debatte findet nicht statt.

Der Gesetzentwurf wird mit den beiden vom Abg. Köfide beantragten Änderungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf **Valkenström**: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag 1 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Fortsetzung der dritten Beratung der **loz Heine** in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen. Die Beratung wird fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den Antrag Heine (der Grob-Anfugparagraf ist nicht anwendbar auf künstlerische, literarische und Preherzengnisse). 2. Fortsetzung der dritten Beratung der **Novelle zur Gewerbeordnung.** (Heiterkeit links.) 3. Fortsetzung der dritten Beratung des **Fleischschau-Gesetzes.** (Große Heiterkeit links.) Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch... die Tagesordnung steht fest.

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung vom 16. Mai, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Hammerstein. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Antrags der Abgg. v. Mendel, Steinfeld und Behn, v. Wangenheim (L.) betreffend den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (L.):

Seit der Beratung des Antrags Gomp hat sich die Leutenot noch erheblich verschlimmert, sie ist zu einer allgemeinen Kolonialität für kleine und große Besitz geworden. Man sagt, die Landwirtschaft solle die Löhne erhöhen, dann werde die Leutenot abnehmen. Die Landwirtschaft hat das bereits gethan. Seit 40 Jahren sind die Löhne in steigender Progression begriffen. Sie haben sich in den Jahren von 1860—1898 vervierfacht, in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Die Industrie zahlt freilich noch höhere Löhne, sie kann das auch, weil sie besser prosperiert. Die Landwirtschaft läßt sich mit der Industrie überhaupt nicht vergleichen. Wenn es der Sozialdemokratie gelänge, einen Streik bei günstiger Ernte zu provozieren, so wäre die Arbeit eines ganzen Jahres verloren. Die größte Gefahr ist der dolose Kontraktbruch. Ein Kontrakt wird doch gemacht, um gehalten zu werden und im allgemeinen nemt man in der Welt den Kontraktbrecher ehelos. Mein Antrag will ihn bestrafen. Der Arbeiter, der kontraktbrüchig wird, kann schon heute bestraft werden. Warum soll aber nicht der Arbeitgeber, der Agent, der Arbeitsgenosse, der den vielleicht unerfahrenen Arbeiter zum Kontraktbruch verleitet, bestraft werden? Die landwirtschaftlichen Korporationen haben sich alle für eine landesgesetzliche Regelung der Kontraktbruchfrage ausgesprochen. In Anhalt, i. Kreis hat man die Klänge der Gesetzgebung bereits ergriffen, auch in Braunschweig und Mecklenburg (Abg. links) macht man sich daran. Auch Preußen muß unbestimmt um das Schreien der Sozialdemokraten vorgehen. Was will denn eigentlich die Sozialdemokratie mit ihrem Schrey für den Arbeitgeber? Sonst läßt sie dem Arbeitgeber alles Unrecht auf, das er gar nicht verdient, hier will sie ihn vor Bestrafung des Kontraktbruchs schützen. Die durch den Kontraktbruch herbeigeführte fittliche Verwirrung schießt sie natürlich nicht. Machen wir den Gesetzentwurf nicht in diesem Jahre, so werden wir im nächsten Frühjahr wiederum einen Kampf aller gegen alle ausstehen sehen. Ich bitte deshalb den Minister, möglichst noch in dieser Session ein solches Gesetz vorzulegen. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein:

Die Regierung erkennt den Notstand an. Auf Grund der Beratungen des Landeskonomie-Kollegiums ist das landwirtschaftliche Ministerium ebenfalls in eine Beratung eingetreten, die aber noch nicht abgeschlossen ist. Ich selbst würde ja auch wünschen, daß noch möglich in diesem Jahre eine Vorlage über dieses Gegenstand gemacht werden könnte. Indessen scheint mir wenig Aussicht dafür vorhanden zu sein. Es werden zweifellos mehrere Wochen darüber vergehen, ehe die Verhandlungen abgeschlossen sind. Ob dann noch der Landtag beisammen sein wird oder zusammen zu halten sein wird, erscheint mir zweifelhaft. Bei der Schwierigkeit der Materie wird auch hier im Hause die Sache nicht so leicht zu verabschieden sein. Ich kann nur wiederholen, die Staatsregierung erkennt die Bedeutsamkeit der Frage in vollem Umfange an. Die beteiligten Kreise arbeiten eifrig an der Lösung der schwierigen Materie. Die hier geäußerten Wünsche werden möglichste Berücksichtigung finden. (Beifall rechts.)

Abg. Frigen (G.):

Auch wir stehen der Frage wohlwollend gegenüber. Die Arbeiter- not kann nicht geändert werden, wenn wir nicht ausländische Arbeiter zu uns hereinlassen. Die Regierung sollte sich auf den Boden der Resolution stellen, worin der Reichstag die unbedingte Zulassung der fremdsprachigen Arbeiter fordert. (Beifall.)

Abg. Girdeler (fl.):

Meine Fraktion stellt sich auf den Boden des Antrages von Mendel. Der grobe Unfug des Kontraktbrechens muß energisch eingedämmt werden.

Abg. Dr. Sirtsch (fr. Sp.):

Glauben Sie doch nicht, daß Sie mit solchen Gesetzen das Uebel aus der Welt schaffen, das sie bekämpfen wollen. Je intensiver die Landwirtschaft wird, umso mehr Arbeitskräfte braucht sie. Daher schreibt sich eine Ursache des Arbeitermangels. Warum hier diese Unbilligkeit? Warum noch in dieser Session ein Gesetz? Wir sollten doch in Preußen auf die Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen. Dort ist die gleiche Frage schon behandelt worden. Gaben Sie das Schicksal der **Juchthausvorlage** schon vergessen, die ganz ähnliche Bestimmungen für die gewerblichen Arbeiter schaffen wollte, die Sie hier gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter beantragen? Die Strafandrohungen werden die Arbeiter-Landsucht nur verstärken. Mit dem Gesetz arbeiten Sie der Sozialdemokratie nur in die Hände, denn es vergrößert die Erbitterung unter den Arbeitern. Wenn Sie ein solches Gesetz machen, müßte doch auch der Kontraktbruch der Arbeitgeber bestraft werden. (Hört rechts; Geschieht ja.) Wo steht das in dem Antrag? Wo wird der Arbeitgeber bestraft, der seinen Arbeiter unter Kontraktbruch auf die Straße setzt? (Unruhe rechts.) Die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs widerspricht unserm ganzen Rechtssystem. (Unruhe rechts.) Wird nicht gegen den Antrag. Wir bitten die Regierung, gründlich zu überlegen, ob sie doch nicht lieber auf die Einbringung einer Vorlage verzichten will, die sich als ein **Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter** darstellt. (Beifall links.)

Abg. Dippe (natl.) spricht sich für den Antrag aus.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.):

Der Arbeiter, der den Kontrakt bricht, wird bestraft, der Arbeitgeber nicht. Da hilft alles Abblegen nichts. (Unruhe rechts.) Es giebt Quälschiffer, die noch nie über Arbeiternat zu klagen gehabt haben, wieder andre, die sehr darunter leiden. Aber ich gebe zu, es herrscht ein gewisser Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Woran liegt

aber die Landflucht? Man sagt, die Genossenschaft führe die Landarbeiter in die Stadt. Es mag sein. Aber ist denn das Begehren nach einem höheren Lebensgenuss absolut verwerflich? Weichen denn die Gutbesitzer das ganze Jahr auf ihrer Scholle? Amüßigen sich die Herren nicht auch in den großen Städten? (Unruhe rechts.) Die Arbeiter machen es nur den Gutbesitzern nach. Warum aber die große Landflucht? Weil der Landarbeiter keine Aufsicht hat, auf dem Land weiter zu kommen und selbständig zu werden. (Widerspruch rechts.) Versuchen Sie es doch, die Arbeiter lehrhaft zu machen. Beteiligen Sie sich an den Siedelungsgenossenschaften. Das wird mehr nützen, als solche Gesetze, die nur Wasser auf die Mühlen der Socialdemokratie sind. Bessern Sie die Verhältnisse der Arbeiter. Wir werden gegen den Antrag stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. H. v. Wangenheim (L.):

Die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter sind nicht schlecht. Sie können mindestens so gut wie die industriellen und können mehr sparen als die städtischen. Richtig mag sein, daß ohne weitere Erhöhung der Löhne der Arbeiter nicht zu halten sein wird. Es wird uns auch nichts übrig bleiben, als fremde Arbeiter hereinzulassen. Aber nicht nur der Kontraktbruch, sondern auch der Versuch der Verleitung dazu muß bestraft werden. Wenn man sich auf das Notwendige beschränkt, so ließe sich ein solches Gesetz noch in dieser Session machen. Es scheinen sich aber auch hier wieder einige Schwierigkeiten innerhalb der Regierung geltend zu machen, sie ist ja auch hier wieder passiv. Wir möchten den Entwurf nicht für den großen Regierungspapierkorb ausgegeben haben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister H. v. Hammerstein:

Der Vorwurf der Passivität der Regierung ist ganz unbegründet. Aus eigener Initiative hat die Regierung Erleichterungen für die Zulassung fremder ländlicher Arbeiter getroffen. Es ist leicht, allgemeine Barmherzigkeit gegen die Regierung zu erheben, schwer aber, dieselben eingehend zu begründen.

Abg. Dr. Barth (F. V.):

Der Kontraktbruch ist gewiß moralisch verwerflich. Etwas anderes ist es aber, ob man ihn strafrechtlich verfolgt, besonders wenn diese Verletzung ein Ausnahmegericht darstellt für die ländlichen Arbeiter. (Widerspruch rechts.) Die Arbeiter bleiben nicht auf dem Lande, wegen der ganzen minderen sozialen Stellung des Landarbeiters. Diese aber wird durch den Antrag noch verschlechtert. Lehnen Sie ihn deshalb ab.

Abg. Szunla (L.) erklärt sich für den Antrag.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Nach einem Schlußwort des Antragstellers Abg. v. Wendel wird der Antrag gegen die Stimmen der freistimmigen Gruppen und einiger Nationalliberalen angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen.) Schluß 4 1/4 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 15. Mai 1900

Weizen, gut D.-Gr.	15,30	15,25	Barflosseln, neue, D.-Gr.	8,-	6,-
" mittel	15,22	15,18	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,50	1,20
" gering	15,14	15,10	do. Band	1,20	1,-
Roggen, gut	15,-	-	Schweinefleisch	1,50	1,10
" mittel	-	-	Rohfleisch	1,60	1,-
" gering	-	-	Dammfleisch	1,60	1,-
Gerste, gut	14,60	14,-	Butter	2,60	2,-
" mittel	13,90	13,40	Fier 60 Stück	3,00	2,20
" gering	13,30	12,80	Rapfen 1 kg	2,20	1,20
Hafer, gut	15,10	14,60	Kate	2,80	1,40
" mittel	14,50	14,10	Rander	2,60	1,-
" gering	14,-	13,60	Rechte	2,20	1,20
Rindfleisch	5,50	5,-	Barflosseln	1,60	0,80
Schweinefleisch	8,50	8,00	Schleife	1,-	1,20
Grieben	40,-	25,-	Wiese	1,20	0,80
Speiseölen	45,-	25,-	Krebse	12,-	3,-
Mehl	70,-	36,-			

Produktenmarkt vom 16. Mai 1900. Getreide. Der Frühlmarkt lag fest auf Grund der bekannten stützenden Momente, denen sich noch neue Preisberichte hinzugesellten. Es wurden Deckungen und Reuläufe

vorgenommen, wobei für Weizen und Roggen je 1 R. höher bezahlt wurden. Mittags notierten Lieferungen anfänglich für Weizen 0,75 für Roggen 0,50 über gezeigten schwächeren Schluss, gaben aber bald wieder nach, da Amerika weniger fest kam und bedeutende russische Roggenlieferungen, welche zu größeren Abschüssen führten, auf die Preise drückten. Die vorherigen Preisankündigungen, namentlich für die lebhaft gehandelten Roggenlieferungen, gingen infolgedessen allmählich wieder verloren. Weizen lag sehr still. Im Kaisermarkt hielten Abgeber auf feste Preise, die jedoch von den Nachkäufern nicht bewilligt wurden, so daß Umsätze nur in beschränktem Umfange zu Stande kamen. Mais war im Preise etwas fester. Hafer lag 0,20 R. an. Spiritus loco unverändert. Die Schlusspreise für Brotgetreide waren eher etwas matter als gestern.

Städtischer Schlachtleichmarkt. Berlin, 16. Mai 1900. (Auszug über Bericht der Direktion Anna Berkau Hansen: 298 Rinder, 2457 Kälber, 1110 Schafe, 11455 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt beziehungsweise für 1 Pfund oder 500 Gramm Schlachtgewicht: a) vollfleischige, ausgewaschene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 48-52 - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewaschene Färsen höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgewaschene Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewaschene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45-47; e) gering genährte Kühe und Färsen 41-43. - Färsen: a) feine Mastfärsen (Schlammfärsen) und beste Saugfärsen 72-75; b) mittlere Mastfärsen und gute Saugfärsen 62-66; c) geringe Saugfärsen 50-55; d) ältere, gering genährte (Fresser) 42-44. - Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 58-61; b) ältere Mastschaf 51-55; c) mäßig genährte Dammel und Schafe (Westschafe) 45-49; d) halbschaf Riedergerichte (Schafe (Lebendgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 44-00; b) Raser 00-00; c) fleischige 42-43; d) gering entwickelte 40; e) Samen 38-39.

Berlin und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben ungefähr 60 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fanden ca. 600 Stück Abzug. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird nicht ganz geräumt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 17. Mai.
Spernhaus. König Drosselbart. Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Entei Tomi. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stimmungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Die Dame von Mazim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der zerbrochene Krug. Amphitryon. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lufken. Ihr Paule. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Am Rande des Abgrunds. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Neues Abenteuer. Anfang 8 Uhr.
Carl Weib. Deutschlands Erhebung und Einigung im 19. Jahrhundert. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. Internationale Ironia. Bis ans Ende der Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Ironia. Jubelstunde. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternmarie.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theaterbau): „In den Alpen sonst und jetzt“.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„In den Alpen sonst u. jetzt“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Riesen
und
Zwerg.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Deutschlands Erhebung im
19. Jahrhundert.
Anfang 8 Uhr.
Sorgungsbüchlein haben Gültigkeit.
Vor und nach der Vorstellung:
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend: Der Minenkönig von Transvaal.
Sonntag: Im Garten:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Sonntag: Im Theater:
Kämpfende Armut.
Schauspiel in 3 Akten von Körner.
(Kontinuität)
Montag: „Deutsche Volkshäuser“:
Sapho.

Kurfürsten - Damm.
Jetzt geöffnet.

Barnum & Baileys
grösste
Schaustellung der Erde.
Nur auf 26 Tage.
Grossartigste internationales
Vergnügungs-Etablissement
In Amerika begründet.
Ein ausgewähltes Programm
von 100 Nummern
in 3 Manegen, auf 2 Bühnen und
1 Rennbahn.
2 Menagerien 2
Billets haben Gültigkeit für alle
angezeigten Sehenswürdigkeiten
und geben dem Inhaber Anrecht
auf einen Sitzplatz.
Keine Nachzahlungen.
Täglich 2 Vorstellungen um 3 und
um 8 Uhr. Eröffnung 1 Stunde
vor Anfang der Vorstellung zur
Besichtigung der Menagerien, der
interessanten lebenden menschlichen
Abnormitäten und einer
ganzem Sammlung von
Wunderdingen.
Preise nach Lage der Plätze:
Entree inkl. Sitzplatz 1 u. 2 Mk.
Sperrplatz 3 „
Reservierter Platz 4 „
Logo pro Platz 6 „
Kinder unter 10 Jahren zahlen
die Hälfte für alle Plätze mit
Ausnahme der 1. Mark-Plätze.
Sämtliche Plätze sind nummeriert
mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-
Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im
Vorverkauf bei Paul Grimm,
Cigarren-Importhaus,
Unter den Linden No. 47.
Der Biletverkauf findet auch
an der Kasse bei Eröffnung der
Ausstellung statt.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel in 1 Akt von G. v. Kleist.
Hierauf:
Amphitryon.
Lustspiel nach Moliere in 3 Akten
von G. v. Kleist.
Freitag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Brand.

Central-Theater

Genialer Lachertreff!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
Gr. Voffe in glänzender Ausstattung.
Die sensationellen Schlager:
Eisenbahn-Quartett! Cordula!
Lebenslauf einer Künstlerin!
Aufzug der Parfums.
(Wunderbares Ballett.)
Morgen u. folgende Tage: Berlin
nach Elf.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Witzspiel Anna Dirksen.
Wie man Männer feiert.
Landerstraße 4. Hofe in 4 Akten. Musik
v. Victor Rieger.
Hauptrollen: Annie Dirksen, Gise
Krauss, Joh. Jander-Schlag, Ellen
Dietrich, Reinhold Weischof, Hermann
Gond, Albert Rühm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Wie
man Männer feiert.

Arbeiter Berlins!

Von den Zigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Vorkorderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hansisch Nachf.), K. Weigel, R. Köhler, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinike, G. Franz, F. König, H. Möller, A. Kurras, R. Bär. Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter. Von jetzt ab leitet dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

„See-Terrasse“, Lichtenberg,
Röderstrasse 6.
(Die breite Röderstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)
Zu Fuss in 5 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersagleri.
Täglich vorzögl. Elite-Programm im Variété-Theater.
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
Hippodrom, 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.

Hoffmanns Volksgarten
Spandauerberg,
Gr. Kottbuscher Allee 1. Telefon 97.
Licht Minuten vom Bahnhof.
Haltestelle der elektr. Bahn.
Großer (schattiger) Garten,
4000 Personen fassend,
2 große, 4 kleine Säle,
sehr geeignet zu Versammlungen und
Sommersessen. Familien können Kaffee kochen.
2 verbede Regalbahnen. Volksbelustigungen aller Art
sowie Gefährten, Schautel, Nieten-Karussell usw.
Jeden Sonntag: Gr. Frei-Konzert.
Im Saal: Grosser Ball.
Carl Hoffmann, (Gastwirt, Bef. des Engl. Garten, Berlin; Tel. VII 1570).

Schweizer Garten
Am Königsthor. - Haltestelle der Ringbahn. - Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag:
Grosses Garten-Konzert
von der Hauskapelle und (4401)*
Specialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen | Im großen Saal
aller Art. | Ball.
Anfang 4 Uhr. | Von Pfingsten ab täglich:
Entree 30 Pf. | Konzert und Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in
12 Bildern und einem Prolog von
Dr. W. Wilhelm Meyer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Gastspiel: Ensemble Walden-Jordan.
Am Rande des Abgrunds.
Volkschauspiel in 4 Akten v. R. Gido.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Bodenstoss 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Metropol-Theater.
Schrenkerstr. 55/57. Direktion R. Schulz.
Telephon I 2126.
Um 9 Uhr 10 Min.:
**Der grösste Operetten-
Erfolg der letzten 3 Jahre,
Der Zauberer am Nil.**
Barietische Knüttelungs-Operette
sowie
das neue erstklassige
Mai-Specialitäten-Programm
Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags).
Hausen überall genötigt.

Specialgeschäft
für fertige Wäsche
Emil Vogt,
Berlin 50., Oranienstr. 169,
zwischen d. Adalbertstr. u. d. Oranienpl.
Oberhemden, Servietten, Kragen,
Manschetten, Kravatten, Tricotagen,
Sporthemden etc. Damen- u. Kinder-
Wäsche. Schürzen (4501)*
Empfehle Freunden und Genossen
mein reich- und sanftsch. Bier-
brot. Robert Diesel, Stralauer-
straße 16. 121K*

Apollo-Theater.
Nur noch wenige Tage:
Im Reiche des Indra.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Garten-Konzert 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf von 10-1 Uhr im
Theater sowie im Zwischendank und
Kassierdank.

Gelegenheits-
käufe!
Paletots, Herren- u. Damen-Anzüge,
Veders- und Arbeits-Hosen, Gardinen,
Portieren, Teppiche, Koffer, Operen-
gläser, Kessel, Revolver, Kettensäge,
Leibschind, Darmmatten, Weigen,
Sitzringe, Regulatoren, Uhren, Ketten,
Ringe, Goldschmuck usw.
zu Spottbilligen Preisen.
Gustav Lueke,
Berlin. 46719*
131 Oranien-Strasse 131.

Chronische Leiden
jeder Art ohne Beschränkung
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 5-10, Sonntags 9-7.
Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.
Fahrräder
prima deutsche Fabrikate a 175 M.
auf Teilzahlung.
W. L. Adomeit,
Lothringerstrasse 63, I

Kun 14. d. R. verchied plötzlich am
Herzschlag mein geliebter, guter Mann
und sorgender Vater, der Maurer
Leopold Weidner. [1051
Die trauernde Gattin u. Sohn.

Central-Verein der Maurer
Deutschlands.
Filiale Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
am 14. Mai unler Kollege
Leopold Weidner
im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr,
auf dem Genuos-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
137/12 Die Verbandsleitung.

Central-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Tischler u.
(Ortsverwaltung Berlin II.)
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 14. d. Bl. ver-
schied das Mitglied unserer Kasse, der
Tischler
Wilhelm Urbig,
im Alter von 61 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nach-
mittags 3 Uhr vom Urban aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
184/11 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die liebevollen Beweise herz-
licher Teilnahme und für die herr-
lichen Kranzspenden bei der Beerdigung
meines innig geliebten, unvergesslichen
Mannes, Vaters, Schwiegervaters
und Großvaters, des Heblers
Franz Jordan
sprechen wir allen Verwandten,
Freunden, dem Chef der Firma
C. Hoppe, allen seinen ehemaligen
Mitarbeitern unsern tiefgefühlten und
aufrichtigen Dank aus. 1090b
Berlin, den 16. Mai 1900.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Louise Jordan geb. Engel,
nebst Kindern.

**CASTANS
PANOPTICUM**
Friedrichstr. 165.
Grösste Sehenswürdigkeit
der Residenz!
Neu! Mr. Roberts, der
erste Zauberkinstl.
und Illusionist der Welt!
Neu! Die Bückeburger,
humoristisches
Sänger- und Konzert-Ensemble.
Entree 50 Pf.
Kinder u. Militär ohne Charge
25 Pf.

Deutsche Konzert-Hallen
Stadtbahnhof Börsen.
Täglich:
**Grosse Theater- und Variété-
Vorstellung.**
Die humoristischen Bildsch. Groß,
Zimmermann, Gurlich, Senari.
„Die Lucia von Rixdorf“
sowie
**Sergeant Schneidig und
militärische Eindrücke.**
Beginn der ausländischen Orchester
Wodent, 6 Uhr, der Theaterabt. 8 Uhr

W. Noacks Theater,
Sternenstraße 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Otto Randolf.
List und Phlegma.
Pöste mit Gelang in 1 Akt von Angely,
Im wunderschönen
Monat Mai.
Liederpiel in 1 Akt von Eudenbrand.
Im Saal: Großer Ball.

Ueber die Lage der Schlächtergesellen Berlins

Hat der auf christlichem Boden stehende Verband der Fleischergesellen Deutschlands eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnisse in einer Broschüre veröffentlicht sind. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlächtergesellen mit zu den allerelendesten gehören, ist ja bekannt. Wie groß das Maß der Ausbeutung ist, unter der die Arbeiter im Fleischergewerbe — eines der wenigen, wo noch das sogenannte patriarchalische Verhältnis obwaltet — leiden, das erhellt aus den in der genannten Broschüre niedergelegten Thatsachen, von denen wir im Nachfolgenden einiges anführen:

Von 104 Gesellen bei Engrosschlächtern haben eine wöchentliche Arbeitszeit: 8 bis zu 70, 13 bis zu 80, 24 bis zu 90, 30 bis zu 100, 23 bis zu 110, 8 bis zu 120 und 3 über 120 Stunden. Das macht durchschnittlich 99 Stunden pro Woche!

Von 425 Gesellen bei Ladenschlächtern haben eine wöchentliche Arbeitszeit: 5 bis zu 70, 20 bis zu 80, 102 bis zu 90, 89 bis zu 100, 144 bis zu 110, 49 bis zu 120 und 16 über 120 Stunden.

Das ergibt durchschnittlich 103 Stunden pro Woche! Diese ungeheuer lange, jedes vernünftige Maß überschreitende Arbeitszeit bezieht sich jedoch — sowohl bei den Engros- wie bei den Ladenschlächtern — nur auf die 6 Wochentage. Die fast regelmäßig und ausnahmslos zu leistende Sonntagsarbeit ist hierbei nicht mitgerechnet. Ueber dieselbe erfahren wir aus der Broschüre, daß von 107 Engros-Schlächtergesellen 45 bis zu 5 Stunden, 29 bis zu 8 Stunden, 23 bis zu 10 Stunden und 13 über 10 Stunden Sonntagsarbeit zu leisten haben. Von 417 Laden-Schlächtergesellen arbeiten des Sonntags: 147 bis 5 Stunden, 241 bis 8 Stunden, 28 bis 10 Stunden und 1 über 10 Stunden.

Also, nachdem die Schlächtergesellen sich während der Woche im Durchschnitt täglich 16 1/2 bzw. 17 Stunden abgearbeitet haben, sind die Arbeitgeber so gütig, ihnen zur „Erholung“ eine 5- bis 10stündige Sonntagsarbeit aufzuerlegen!

Von allen Befragten hatten nur 7 Ladenschlächtergesellen alle 14 Tage einen freien Sonntag, die übrigen, sowohl Engros- wie Ladenschlächter, haben niemals einen freien Sonntag.

Dieser unmenslichen Arbeitszeit steht nach dem Ergebnis der Statistik ein Wochenlohn gegenüber, der bei den Engrosschlächtern durchschnittlich 22 M. beträgt, wozu noch Nebeneinnahmen in der durchschnittlichen Höhe von 11 M. pro Woche kommen. Die Ladenschlächtergesellen erhalten neben Kost und Logis einen durchschnittlichen Wochenlohn von 13 M., davon gehen jedoch im Durchschnitt 1,50 M. wöchentlich für Waschgeld ab. — Zu bemerken ist, daß die Erhebungen im Winter stattgefunden, wo die Löhne, namentlich die Nebeneinnahmen der Engrosschlächtergesellen, höher sind als im Sommer.

Von 400 Gesellen, die über die Beschaffenheit der Arbeitsräume Angaben machten, bezeichneten 165 ihre Arbeitsräume als so dunkel, daß verständlich bei Licht gearbeitet werden muß. In zwei Fällen wird die Höhe des Arbeitsraums mit 1,60 bzw. 1,68 Meter angegeben. „Komme bei der Arbeit nicht gerade stehen“, bemerkt der eine Geselle dazu. — Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten giebt es in den meisten Fällen nicht. Das Essen muß während der Arbeit und im Arbeitsraum selbst gelegentlich hinuntergewürgt werden. Auch in der Darmchleimerei des städtischen Schlachthofs, wo etwa 200 Leute beschäftigt werden, fehlt ein besonderer Zeitraum. (Hierzu sei bemerkt, daß die Arbeit des Darmchleimers eine höchst unappetitliche ist, und der steterregende Geruch, der in der Darmchleimerei naturgemäß herrscht, jeden, der nicht durch Gewohnheit abgestumpft ist, unübersteiglich zur Uebelkeit reizt. (Red. d. „Vorw.“))

Auch über die Mangelhaftigkeit der Schlafräume hat die Statistik traurige Mittheilungen zu Tage gefördert. Von 452 Gesellen schlafen 39 auf dem Boden, 92 im Keller, und vier sogar im Arbeitsraum. Mitunter werden auch die Schlafräume noch zur Aufbewahrung von Holz und Kohlen, als Gewürzlammer, oder zum Trocknen der Wurst benutzt. Häufig wird über Unsauberkeit der Betten geklagt und die Frage, wie oft die Bettwäsche gewechselt werde, mit „alle Vierteljahr“, „alle Halbjahr“, ja sogar mit „nie-mals“ beantwortet.

Ein weiterer Uebelstand, unter dem die Schlächtergesellen zu leiden haben, ist die Stellenvermittlung. Abgesehen von den Arbeitsnachweiser der Junnung, die 1 M. Gebühr beanspruchen, liegt die Stellenvermittlung zumeist in privaten Händen. Eine Vermittlungsgebühr von 10—15 M. für eine bessere Stelle bildet die Regel. Dazu kommt, daß diese Arbeitsnachweiser in Anzeigen etabliert sind, und der Arbeitssuchende erst auf eine Stelle rechnen kann, nachdem er längere Zeit in dem Lokal verkehrt hat.

Der Verfasser der Broschüre erwartet von dem Einschreiten der Behörden die Erfüllung folgender Wünsche der Schlächtergesellen:

1. Angemessene Verkürzung der Arbeitszeit. Eine achtstündige Nachtarbeit nebst im ganzen vier Stunden zum Essen und zur Erholung sind keine unbeschwerlichen Forderungen. Es bleiben dann immer noch 12 Arbeitsstunden, wie uns dünkt, immer noch reichlich genug. Selbstverständlich verstehen sie sich nicht auf einen Normal-Arbeitstag von 12 Stunden. Es genügt, wenn die Summe der wöchentlichen Arbeitsstunden nicht über 72 hinausgeht.

2. Abschaffung bzw. Einschränkung der Sonntagsarbeit, wenigstens den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung entsprechend.

Die Forderung ist mehr denn beides, gegenüber so skandalösen Arbeitsverhältnissen rechtfertigt sich gewiß mehr als eine achtstündige Ruhepause, giebt doch die Bundesratsverordnung für die Bäckereien mehr als die christliche Organisation zu fordern wagt. Aber die christliche Organisation respektiert die Socialpolitik ihrer Beschützer, des Centrums, die sich immer durch Halbheit ausgezeichnet hat.

Tokales.

Dritter Wahlkreis. Heute Abend 8 Uhr spricht in der Versammlung des Wahlkreises bei Spiegelberg Sebastianstr. 30. Reichstagsabgeordneter Genosse Rosenow über: „Junterum, Industrie und Arbeiterklasse im Kampf um die Handelsvertragspolitik.“ Außer dem Diskussions- und Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.

Eine öffentliche Versammlung im künftigen Berliner Reichstags-Wahlkreis sagt heute, am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhaus“, Linienstr. 5 mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Vertrauensmannes und Lokalkommissions-Mitglieds. 2. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Richard Fischer über: „Wie die Freisinnigen Wahlen machen.“ 3. Diskussion.

Die Freie Volkshöhle hat ihren Verwaltungs- und Kassienbericht für das Jahr 1899/1900 vor einigen Tagen herausgegeben. Der Etat stellt sich für das Jahr höher als für irgend eines der vorhergehenden Jahre des alten und neuen Vereins. Die Einnahmen betragen 54 438 M. 83 Pf.; dieser Summe am nächsten kommt die Einnahme des Jahres 1894/95, also des letzten vor dem Absterbende, wo sie 52 807 M. 34 Pf. betrug. In den sechs Ab-

teilungen, aus denen die Freie Volkshöhle zur Zeit besteht, sind etwa 6500 Mitglieder vereinigt. Die Ausgaben steigerten sich gegen das Jahr 1898/99 von 43 813 M. 4 Pf. auf 48 689 M. 76 Pf. Die Vorstellungskosten betragen bei 60 Vorstellungen im Jahre 1899/1900 durchschnittlich 709 M. pro Vorstellung; im Jahre 1898/99 771,50 M., 1897/98: 660 M., 1891/92: 501 M., 1892/93: 681 M., 1893/94: 801 M.

Ueber die künstlerische Wirksamkeit der Freien Volkshöhle äußert sich der Jahresbericht:

Vor allem aber ist es erfreulich, daß sich die künstlerischen Leistungen des Vereins gegen das Vorjahr sehr beträchtlich gehoben haben. Das Engagement eines eigenen Regisseurs hatte sich bereits im vorjährigen Winter, als noch im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gespielt wurde, entschieden bewährt. Aber erst unter den veränderten Verhältnissen des letzten Spieljahres, nachdem der Abschluß mit dem Carl-Weiß-Theater getroffen war, trat der volle Gewinn dieser neuen Einrichtung hervor. In diesem Theater hatte der Vorstand nur den Bühnenraum ohne Schauspielpersonal gemietet und die so erzielte Ersparnis machte es dem Regisseur möglich, in ganz anderem Umfange als früher thätige, ja mitunter erstklassige Kräfte (wie Klein vom Vossing-Theater) zu den Aufführungen heranzuziehen. Unter solchen Umständen konnte der langgehegte Plan einer „Faus“-Aufführung in durchaus würdiger Form verwirklicht werden; und auf den „Faus“ folgte ein Wagner, das früher gleichfalls nicht hätte unternommen werden dürfen, nur wenige Monate später Shakespeares „Hamlet“. Die stärkste Anziehung bildeten natürlich nach wie vor die Vorstellungen im Vossing-Theater. Mit der berechtigten Hoffnung, seine Leistungen mehr und mehr zu steigern, tritt der Verein, von dem belebenden Interesse breiterer Schichten getragen, in das neue Spieljahr ein.

Der Vorstehende der Freireligiösen Gemeinde hier selbst hatte sich an den Magistrat mit dem Gesuch um Ueberlassung einer Aula zu religiösen Versammlungen gewendet. Die städtische Schuldeputation, welche sich heute mit dieser Angelegenheit beschäftigte, hat beschlossen, dem Magistrat die Gewährung des Gesuchs zu empfehlen, jedoch mit der Einschränkung des Widerrufs.

Die Frage der Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege ist ihrer Erledigung in der letzten Zeit um einen wichtigen Schritt näher gerückt. Der Entwurf der Grundzüge, nach denen die Hinzuziehung der Frauen erfolgen soll, ist bei der Armenverwaltung jetzt fertiggestellt und hat auch bereits die Zustimmung der vom Magistrat mit der Prüfung des Entwurfs betrauten Specialkommission gefunden. Wenn, wie zu erwarten ist, das Magistratskollegium gleichfalls zustimmt, so dürfte der Stadtverordneten-Versammlung noch in diesem Jahre eine bezügliche Vorlage zugehen. Bei den Armenkommissionen hat sich übrigens die Stimmung inzwischen sehr zu Gunsten der geplanten Neuordnung gewandelt. Sie haben ihren anfänglichen Widerstand zum großen Teil bereits aufgegeben.

Die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden schleunigen Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er schleunigst Vorkehrungen treffe, um der zum Schaden der Kleinen Abnehmer seit längerer Zeit erfolgten Einschränkung der Abgabe von Coals aus den städtischen Gasanstalten abzu- helfen.

Ein Landwehr-Quartier. Am 26. April hatten eine Anzahl in Berlin wohnender Landwehrmänner zu einer Reunion einzurücken, die beim 47. Regiment in Posen abgemacht wurde. Als der Trupp der Vaterlandsbereitwilligen nachts in Posen ankam, wurde den Landwehrlenten als Quartier der Exerziertruppen der Ubalberkaserne angewiesen. Der Fußboden dieses Schuppens ist mit Pflastersteinen gepflastert, das Gebäude selber aus Brettern aufgeführt. Unter der Decke läuft eine 1 1/2 Fuß breite Oeffnung, die sich um den ganzen Raum herumzieht, die Thüren sind undicht, auch die Bretterwand zeigt an verschiedenen Stellen Löcher, so daß der Raum gegen Wind und Wetter sehr unvollkommenen Schutz bietet. Als Lagerstätten wurden den Mannschaften Strohhäute geboten, die auf Holzprühen lagen. Es gab zwar Bettlatten, aber die übrige Bettwäsche war so feucht, daß sie nicht benutzt werden konnte, und die Leute mußten deshalb unter nicht bezogenen Decken schlafen. Daß ein solches Quartier in einer der kalten Nächte, Ende April, der Gesundheit nicht sehr zuträglich war, läßt sich denken. Heiserkeit und Schnupfen waren daher auch nicht Seltenes in der Landwehr-Compagnie. Man beschwerte sich beim Oberst über das kalte, unbehagliche Quartier. „Wenn es den Leuten zu kalt ist, dann sollen sie Freiwildungen machen“, sagte der Oberst. Am zweiten Tage war die Bettwäsche endlich soweit trocken, daß sie benutzt werden konnte, aber das Quartier in dem unbedachten Weiterverbleiben blieb aus trotz der überzogenen Bettdecken recht ungemüthlich, und die Alogen der Mannschaft nahmen kein Ende. Es hieß zwar, die Landwehrlente sollten anquartieren werden, aber daraus wurde nichts. Sie mußten während der ganzen vierzehntägigen Übungszeit in dem genannten Raum ausharren. Pfähle mit eisernen Ringen versehen, lassen erlernen, daß der Schuppen vordem als Pferde-stall gedient hat. Es ist auch unliebsam bemerkt worden, daß entgegen der bestehenden Vorschrift nur ein Spind für je zwei Mann vorhanden war. Weiter wird darüber geklagt, daß den Mannschaften auf dem Hin- und Rücktransport Speisen zu verhältnismäßig hohen Preisen verabfolgt wurden. So gab es hier auf dem Kaiser Franz-Grenadier-Kommando geliefertes Frühstück, bestehend aus einem Paar Anobländel, zwei trockenen Schrippen und einem Topf Kaffee. Für diese Mahlzeit, die allen Mannschaften geliefert wurde, mußten die Leute sich 30 Pf. von der Löhnung abziehen lassen. Auf der Militärseite gab es in Deutschen Frühstücksofen zum Preise von 50 Pf. zum Mittagessen. Hiernach scheint es, als ob geschäftslumbeige Wierte es verstehen, aus dem knappen Sold der Landwehrlente einen guten Profit zu ziehen.

Ein begeisterungsvoller Empfang wurde gestern abends einem fremden Gast bereitet, der mit prächtigem Schauprägenge in die Mauern der Stadt einzog. In langen Reihen hielten sich Männer und Frauen erwartungsvoll und in festlicher Stimmung in den Straßen aufgestellt, zahlreiche Schulkinder, von ihren Lehrern geführt, vervollständigten das Bild unserer Zeitnahme, und auf allen Gesichtern dieser unerschöpflichen Zuschauer-schaft gab sich dieselbe weibliche Stimmung zu erkennen, auf die als Mehrmal patriotischer Begeisterung so oft und rühmend hingewiesen worden ist.

Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß der feierliche Empfang diesmal den Herren Warnum und Bailly galt, die ihre Kriesenkaufstellung nach amerikanischem Brauch durch die Straßen spazieren führten. Es war anfangs die Absicht dieser Herren, die Hauptstraßen Berlins zu durchziehen, doch wollte dies die nur in patriotisch-bynastischen Angelegenheiten tolerante Polizei nicht recht dulden, und so mußte sich der Umzug auf die Hauptstraßen von Charlottenburg beschränken. Auch der öffentliche Parademarsch der Elefanten mußte wegen polizeilicher Bedenken unterbleiben. Aber bei alledem blieb das Schauspiel des Umzugs noch bedeutungsvoll genug, um allen, die sich in den Straßen aufgestellt hatten, ein Gefühl vollster Befriedigung zu verschaffen.

Um neun Uhr morgens rüdten sie aus ihren weis-schimmernden Zelten am Kurfürsten-Damm aus und eine halbe Stunde später bogon sie am Arie in der Berliner Straße ein. Schulkente zu Pferde ritten dem Zuge voraus, der durch einen Trupp Reiter in der Uniform der Kavallerie der

Vereinigten Staaten eröffnet wurde. Daran schloß sich ein riesen-hafter, von 40 reichgeschirrten, zu je vier in einer Reihe gespannten Pferden gezogener Wagen an. Auf dem stark vergoldeten hohen Wagen sah eine Musiktruppe in roten Uniformen mit goldenen Schürzen und schmetterte lustige Marschweisen in die frische Morgenluft. Unmittelbar dahinter folgten kleinere mit je sechs Pferden bespannte Kaffiwagen. In dem ersten befanden sich ein paar prächtvolle Tiger mit ihrem Wändiger, in dem nächsten Löwen, in dem dritten Leoparden, in dem vierten Panther, in dem fünften Hyänen, und in jedem Wagen sah ein Wändiger in schmuder Tracht. Dann kam ein von sechs Pferden gezogener Brunnenwagen, der ein eigenartiges Gladienpiel beherbergte. Ihm folgte eine Schar von berittenen Damen und Herren, Hippodrom-Reiter und Reiterinnen in bunten Gewändern, Jockeys, Cowboys mit mächtigen Schlapphüten auf dem Kopf und mexicanischer Stummboren an den hohen Stiefeln. Daran reihten sich mehrere von Damen in phantastischen Kostümen gefahrene römische Wagen und drei Quadrigen, gefahren von Herren in altgriechischer Tracht. Wieder ersähen ein Musikwagen mit einem Orchester, gezogen von zehn Pferden, und daran schlossen sich acht vergoldete mit Reliefs bedeckte Brunnenwagen, die oberhand Geiter enthielten, und so ging es fast ins Endlose weiter. Unter allen öffentlichen Festlichkeiten und Schaustellungen, die der Reichshauptstadt in den letzten Jahren geboten wurden, ragt der gestrige Umzug entschieden am Haupteslänge hervor. Die Berliner Arrangements solcher Veranstaltungen können von den Amerikanern entschieden noch sehr viel profitieren.

Der Redacteur des Zeitschrift „Neues Leben“, Vergolder Bruno Werner, der kürzlich von der Arbeit weg verhaftet wurde, ist gestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die elektrische Hochbahn. Der Magistrat von Schöneberg scheint entschlossen zu sein, die Hochbahn mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wie wir erfahren, ist in der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten der Vertag mit der Firma Siemens u. Halske für ungültig erklärt worden, weil nach Ansicht der städtischen Körperschaften die Termine seitens der Firma nicht innegehalten worden sind. Ein Schiedsgericht soll im Falle eines Widerspruchs diese jedenfalls äußerst komplizierte Frage entscheiden.

Bei einer aus Rußland zugereisten Dame, die bei Verwandten in der Linienstraße Wohnung genommen hatte, ist die Erkrankung an Pocken festgestellt worden. Die Patientin wurde nach einem hiesigen Krankenhaus gebracht. Ob jedoch wirklich ein Fall der sogenannten echten, schwarzen Pocken vorliegt, ist bisher nicht entschieden. Die polizeilich vorgeschriebenen Maßnahmen für Desinfektion der Wohnung und alle sonstigen vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln wurden sofort getroffen.

Die leidige Unsitte mancher Radfahrer, im tolen Jagen die Lenkvorrichtung loszulassen, hat Dienstagmorgen über einen etwa 18jährigen Knaben schweres Unheil gebracht. Kurz nach 5 Uhr wollte ein beladener Vierwägen der vereinigten Gräber-Brauereien (Zwischen 2. Bad) in langsamem Tempo aus der Steinmehlsstraße in die Hiltzstraße einbiegen. Im selben Augenblick kam ein Knabe auf einem Zweirad um die Ecke gefahren, der die Hände auf dem Rücken gekreuzt hatte und direkt zwischen die Pferde fuhr. Bevor es dem Ausfahrer gelang, das Gefährt zum Stehen zu bringen, waren die Räder bereits über den gestirzten Knaben hinweg gegangen und hatten ihm so schwere Verletzungen beigebracht, daß er einer nahe-gelegenen Klinik übergeben werden mußte. Den Ausfahrer trifft keine Schuld.

Soldaten-Selbstmord. Erschossen hat sich der Soldat Franz Sch. vom 14. Fuß-Artillerie-Regiment zu Reg. gebürtig aus Kallertingen, gestern mittag im „Stendaler Hof“ an der Invalidenstraße. Kurz vor 12 Uhr hatte die Tochter der Wirtin noch an seine Thür geklopft und ihn gefragt, ob er denn nicht aufstehen wolle, da sie das Zimmer in Ordnung bringen müsse. Raum fünf Minuten später fielen drei Schüsse, und als man das Zimmer gewaltsam öffnete, fand man ihn in den letzten Zügen. Eine Kugel war in die Wand gedrungen, die beiden anderen hatten aber nur zu gut getroffen, beide in der Nähe des rechten Ohrs. Sch. war gestern abend nach dem Gasthof gekommen und hatte dort erzählt, er sei nach dem Schießplatz bei Köln abkommandiert. Das ihn nach Berlin geführt hat, ließ sich nicht ermitteln. Auf dem Tisch seines Zimmers lag ein Schreiben an den Kaiser. Man fand auch mehrere, an junge Mädchen gerichtete Postkarten. Die Polizei hat alle Briefschaften beschlagnahmt. Die Leiche wurde nach dem Schauhause des Garnisonlazarets gebracht.

Diebroman einer Millionärin. Vor ungefähr acht Jahren starb hier ein bekannter Baumeister, der seiner Gattin ein Vermögen von einer Million Mark hinterließ. Das Erbe bestand zum großen Teil aus wertvollen Grundstücken im Westen Berlins. Die Witwe suchte durch eine Zeitungsanzeige einen Verwalter für ihren Grundbesitz. Es meldete sich ein Mann, der sich unter einem adligen Namen vorstellte und sehr gewandt auftrat. Der Bewerber wurde angenommen und machte auf die reiche Witwe allmählich einen solchen Eindruck, daß sie zu ihm in nähere Beziehungen trat. Die Millionärin erlebte zwar die Enttäuschung, daß ihr Verwalter und Liebhaber in Wahrheit ein ehemaliger Gerichtsschreiber war, ging aber schließlich die Ehe mit ihm ein. Millionär geworden, lebte der Ehemann im Wohlstand; seine Frau aber lagte aus mancherlei Gründen auf Scheidung. Ein Rechtsanwalt empfahl ihr, durch einen Privatdetektiv den Mann auf seine eheliche Treue überwachen zu lassen. Der Detektiv hatte mit seinen Beobachtungen keinen Erfolg. Dagegen entspannen sich aus seinem zunächst nur geschäftlichen Verkehr mit seiner Auftraggeberin so enge Beziehungen, daß ihre Ehe demnach geschieden und sie für den allein schuldigen Teil erklärt wurde. Der Ehemann erhielt eine Abfindung von 750 000 M. Seiner geschiedenen Frau blieben von der Million noch etwa 250 000 M. Mit Hilfe dieser Summe richtete sich ihr Geliebter ein Detektivbureau ein. Vor einiger Zeit geriet der Detektiv aus der Pferdebahn mit einem Herrn in Streit und gab ihm eine Ohrfeige. Um sich unliebsamen Weiterungen zu entziehen, ließ er seine Geliebte im Stich und ging ins Ausland. Die ehemalige Millionärin konnte bald die Mieth nicht mehr bezahlen. Der Hauswirt klagte daher auf Exemtion. Western fand in der Auktionshalle in der Renen Schön-hausenstraße die Versteigerung des Mobiliars statt. Die Frau aber, die für eine neue Wohnung die verlangte Anzahlung von 30 Mark nicht mehr besah, fand einwilligen ein Unterkommen bei einer Freundin in einem Vorort.

Zur großen internationalen Hunde-Ausstellung, veranstaltet von der Berliner Gesellschaft der Hundefreunde am 9. und 10. Juni d. J. in Parken bei Berlin, ist das Programm erschienen; es umfaßt 234 Klassen für Jagdhunde, 220 für Zughunde und 30 für Schoßhunde.

Die Allgemeine Gartenbau-Ausstellung des Panlow-Schönhauser Gartenvereins wird am kommenden Samstag, 16. Mai, vormittags 10 Uhr, im Vorderen Garten in Panlow eröffnet werden.

Feuerbericht. Die beiden letzten Tage brachten nur fünf Alarmierungen, die sich durchweg auf belanglose Brände bezogen. Deutlich. 20 ging Dienstagabend eine kleine Partie Hüte und Federn in einer Pulfabrik in Flammen auf. Kurz vorher erfolgten Seidenweg 62 und Griebensstr. 12 Fußbodenbrände. Jüdenhof 7 hatte sich Benzin entzündet, ohne indes nennenswerten Schaden zu verursachen. Ein Ausrudden der Wehr nach Friedrichstraße 123 und Prinzenstr. 47 war auf blinden Lärm zurückzuführen.

*) Die Lage der Fleischergesellen Berlins und der Vororte. In haben bei A. Wiedberg (Sekretariat des Vereins „Arbeiterklub“), Berlin O., Rübendörferstraße 45. Preis: 20 Pfennig.

Aus den Nachbarorten.

Accordarbeit - Mordarbeit. Ein Bau-Angler hat sich Dienstag auf einem Neubau in der Herderstraße zu Charlottenburg ereignet. Die Maurer Munde, Sontag und Langer aus Berlin führten nachmittags aus einer Höhe von drei Metern mit dem Gerüst ab. Die Verunglückten wurden nach der Unfallstation in der Marchstraße gebracht, wo festgestellt werden konnte, daß ihre Verletzungen zum Glück nicht lebensgefährlich waren.

Wie uns weiter berichtet wird, ist auch dieser Unfall auf die schädlichen Wirkungen der Accordarbeit im Maurergewerbe zurückzuführen. Bis vor kurzem waren die Maurer auf dem erwähnten Bau im Accord tätig, unbekannt mit dem, daß dies Arbeitssystem wegen seiner Gemeingefährlichkeit von der Organisation energig bekämpft wird. Nicht allein, daß die Güte der Arbeit in Accord verringert wird, unterläßt man es hierbei auch, die Haltbarkeit der Mauerwerkung zu unterziehen. Der Arbeiter hat eben kein Interesse am Wert seiner Arbeit, ja er läßt beim Accord in den meisten Fällen seine eigene Sicherheit außer Acht. Hoffentlich lehrt auch dieser Fall die noch dem verächtlichen Arbeitssystem anhängenden Maurer die bekannten Verhältnisse der Organisation achten.

Ein Liebesdrama hat sich gestern, wie die „Neue Zeit“ berichtet, im Schloßpark zu Charlottenburg abgepielt. Mittags gegen 1 Uhr ertränkte in den Anlagen in kurzer Aufeinanderfolge vier Schüsse. Spaziergänger und Parkarbeiter eilten zur Stelle und fanden einen etwa 34 Jahre alten Mann und ein junges Mädchen blutüberströmt am Boden liegen. Die sofort benachrichtigte Polizei erzielte telephonisch die Kräfte der Rettungswache um schnelle Hilfeleistung. Das Mädchen hatte, wie festgestellt wurde, einen Schuß in den Mund und einen Schuß in der Herzgegend, der Mann ebenfalls einen Schuß in den Mund und einen Schuß in die Stirn erhalten. Die Kräfte ordneten nach Anlegung von Notverbanden die Ueberführung der beiden Schwerverletzten nach dem Krankenhaus an. Kurz nach der Einlieferung starb das Mädchen. Der Mann war gestern abend noch nicht vernehmungsfähig. Nach den bei den beiden vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Maler Leopold v. Borowski aus der Vergeß. 51 und um die fünfzehn Jahre alte Elisebeth Zeige aus der Vergeß. 49 zu Berlin. Dem Befund nach hat Borowski zuerst dem Mädchen die beiden Schüsse beigebracht und dann die Waffe auf sich selbst gerichtet. Leopold v. Borowski lebte mit seiner Frau in linderloser Ehe. Die Frau arbeitete für ein Konfektionsgeschäft. Da er in seinem Gewerbe während des Winters keine Arbeit hatte, fertigte er für dieselbe Geschäft Herrenanzugheften. Die Elisebeth Zeige, ein für ihr Alter sehr stark entwickeltes und schönes Mädchen, hatte er als Gehilfin angenommen. Seit Sommerabend wurden beide vernüßt. Bei Borowski wurde ein Schreibe der Zeige vorgefunden, wonach sie gemeinschaftlich mit ihrem Geliebten sterben wollte.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist der 60 Jahre alte Rentier A. Wernicke in Potsdam verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, daß er eine junge Dame zu vergewaltigen verdammt habe.

Aus den Zvanderer Musterwerkstätten. Ueber die Lage der Arbeiter in den sogenannten Trockenhäusern der Pulverfabrik in Spandau geht uns folgende Zuschrift zu: Eine der gefährlichsten Beschäftigungen in der Pulverfabrik haben diejenigen Arbeiter auszuführen, welche in den „Trockenhäusern“ des Trocknen des fertigen Pulvers zu besorgen haben; es sind dies etwa 2 Mann, welche abwechselnd Tag und Nacht und auch Sonntags in jenem Betriebszweige tätig sind, durchweg Leute, die bereits zwischen 8 und 26 Jahren in häuslichen Werkstätten arbeiten. Diese Arbeiter haben sich bereits die höchste Stufe der vom Kriegsministerium festgesetzten Lohnskala erreicht, sie verdienen nämlich täglich bei zehnstündiger Arbeitszeit ganze vier Mark. Selbst die Sonntagsarbeit, zu welcher jene Arbeiter abwechselnd gezwungen sind, wird ihnen nur mit 40 Pf. pro Stunde, dem gewöhnlichen Lohnsatz, und nicht, wie dies in jedem besseren Privatbetrieb üblich ist, höher bezahlt. Aber noch auf andre Weise wird von unserem Militärsaat in dem bezeichneten Betrieb eine fast unbegreifliche Sparankelt geübt. Ein Teil jener Arbeiter hat nämlich die Aufgabe, die 14 Trockenhäuser, welche sich in zusammen 5 Trockenhäusern befinden, und worin das Trocknen des Pulvers vorgenommen wird, auf den Grad der Hitze im Innern zu prüfen. Dies geschieht durch Ablefen einer Uhr und zweier Thermometer, welche an jedem dieser 14 Trockenhäuser angebracht sind. Hiernach muß von den kontrollierenden Arbeitern die Dampfzuführung ganz genau reguliert werden. Diese Arbeit ist schon an und für sich eine so außerordentlich gefährliche, daß sich kein Arbeiter gerne zu ihrer Ausübung bestimmen läßt, und mancher Familienvater nur mit Angst und Bangen am Morgen von seiner Familie scheidet, um zur Arbeitstätte zu gehen. Ein einziges geringes Versehen, ein Fehlschritt in jedem Fall von den verberlichststen Folgen begleitet. Zuweilen verfährt auch eine oder die andre Kontrolluhr, dann ist die Aufmerksamkeit um so mehr notwendig, und eine Kontrolle der Hitzegrade ist dann soviel schwerer, weil sie dann nur durch das Ablesen der beiden Thermometer, im Innern der Räume der Räume möglich ist. Bei Tage wird diese lebensgefährliche Kontrollarbeit regelmäßig von fünf Arbeitern ausgeführt; diese haben hiernach auch hinreichend zu thun. Bis vor kurzem wurde nun mit der gleichen Arbeit während der Nacht nur ein Arbeiter betraut! Dieser eine Mann war also gezwungen, eine Kontrolle über vierzehn in fünf Häusern befindliche, mit Pulver gefüllte Trockenhäuser während der Nacht anzustellen. Die Notwendigkeit erfordert eine ungleich höhere Aufmerksamkeit als der Tag, da in den Trockenhäusern kein Licht brennen darf und das Licht, welches zum Ablesen der Uhren und Thermometer nötig ist, nur sehr spärlich von außen durch Blendgläser auf die Schläufe geworfen wird. Auf energigste Vorstellungen wurde diesem einen Arbeiter vor kurzem noch ein zweiter Arbeiter beigegeben, aber auch diese zwei Arbeiter können nur mit großer Anstrengung eine Arbeit ausführen, mit der am Tage 5 Arbeiter reichlich zu thun haben. Die Hitze dieser beiden Nachtarbeiter, um Beigabe eines dritten Arbeiters in ihrer Unterfertigung wurde von einem Ingenieur mit dem höchsten Bescheide abgelehnt, dies wäre nicht nötig, - sonst ist der dritte Mann zum Stat fertig!

Ein Nittergutsbesitzer als Missetäter. Eine sensationelle Mitteilung ist dem „Berl. Tagbl.“ aus Pleskau zugegangen: Der Nittergutsbesitzer v. Scholz in Cossenblatt schon gestern gegen 7 Uhr abends zwischen Giesensdorf und Cossenblatt auf kurze Distanz auf vier Personen, die in einer Gerichtsverhandlung zu Frankfurt a. O. als beschuldigte Zeugen gegen ihn aufgetreten waren. Zwei Personen, darunter der Gutsbesitzer v. Scholz in Cossenblatt, sind tödlich, zwei andre sowie der städtische Leichenträger, die Unterfertigung ist eingeleitet.

Der Regierungspräsident zu Potsdam erläßt für die Kreise Teltow und Niederbarnim eine Polizeiverordnung betr. die Regelung der Müllabfuhr. Das Abladen darf nur auf den von der Ortspolizeibehörde genehmigten Abladepätzen und zwar nur in den Nachtstunden von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens stattfinden.

Die Handelskammer zu Potsdam hat in ihrer letzten Sitzung ein Komitee zur Prüfung der Lage des Kleinhandels eingesetzt. Dasselbe hat am 8. d. Mts. seine Arbeiten aufgenommen und beschloffen, zunächst die Nahrungs- und Genussmittelbranche, insbesondere den Kolonial- und Materialwarenhandel zu bearbeiten. Es werden daher in allen Orten des Handelskammerbezirks die Angehörigen dieser Branche von den Kommissionsmitgliedern erfragt werden, Delegierte zu wählen, in Orten über 10.000 Einwohnern zwei, sonst einen. Außerdem sollen die Kaufmännischen Vereine das Recht haben, einen Delegierten aus dieser Branche zu wählen. Ein Verzeichnis der in Frage kommenden Orte wird demnächst veröffentlicht werden. Sollte verberichtlich ein

Ort übergeben sein, so werden die Branchenangehörigen dieser Orte gleichfalls gebeten, einen Delegierten zu wählen und die erfolgte Wahl dem Bureau der Handelskammer zu Potsdam mitzuteilen.

Schöneberg. Ein Negenschirm, sowie ein Sonnenschirm, die bei der heftigen Kaiserfeier gefunden wurden, sind bei Regel, Feurigstraße 4, 2. Luergebäude 3 Treppen abzuholen.

Gerichts-Beitung.

Eine umfangreiche Anklage wegen wiederholten Meineids bzw. Anstiftung beschäftigte am Dienstag und Mittwoch das Schwurgericht des Landgerichts I, welches unter Vorsitz des Landgerichtsrats C. Schulze zu einer neuen Sitzung zusammengetreten ist. Auf der Anklagebank saßen der Schuhmachergehilfe Max Rood und der Hausdiener Fritz Glabe, zwei gute Freunde, die nach der Behauptung der Anklage in feibolrer Weise die Eidespflicht verlegt haben sollen. Glabe hatte ein Dienstmädchen kennen gelernt und mit ihr ein Verhältnis angeknüpft, welches nach dem Wunsch des Mädchens und den Versicherungen des Angeklagten zur Ehe führen sollte. Als das Mädchen einem Kinde das Leben geschenkt hatte, erhob der Vormund des Kindes Klimenten-Ansprüche an Glabe, dieser weigerte sich aber solche als berechtigt anzuerkennen und als er auf Zahlung verlagte wurde, machte er geltend, daß er nicht der einzige gewesen sei, dem das Mädchen seine Keigung geschenkt habe und berief sich auf seinen Freund Rood. Dieser wurde vor Gericht als Zeuge vernommen und obgleich das Mädchen mit voller Unterstützung die schmachvolle Unterfertigung zurückwies, beschwor er thatsächlich, intime Beziehungen zu dem Mädchen gehabt zu haben. Letzteres war über diese Bekundung zunächst ganz trostlos, dann packte sie eine blinde Wut und eilte Käufernungen, die sie zu Bekannten hat, deuteten an, daß sie nicht über Lust hätte, den Rood über den Haufen zu schießen. Die Staatsanwaltschaft kam nach den angefertigten Ermittlungen zu der Ueberzeugung, daß die Angaben des Angeklagten Rood auf Unwahrheit beruhten und dieser seinem Freunde Glabe mit einem Fremdschicksalsdiensit habe erweisen wollen, indem er für ihn als Eideshelfer auftrat. Schwer belastend für beide Angeklagte war die Bekundung eines Cheparates, dem gegenüber Rood nicht mißzuversiehende Bemerkungen gemacht haben soll. Er soll nämlich eines Tages den Eheleuten erzählt haben, daß der zweite Angeklagte ihn zu überreden suchte, in seinem Klimentenprozeß als Zeuge gegen das Mädchen aufzutreten, daß er aber gegen das letztere nichts auszusagen vermöge und sich hüten werde, sich in den Streit der beiden einzumischen. Die ganze Behauptung der Zeugen hatte Rood als Erfindung bezeichnet und abermals unter seinem Eide bestritten, daß er solche Käufernungen gemacht habe. Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme, die zum Teil unter Anschluß der Öffentlichkeit stattfand, gaben die Geschworenen einen Schuldigspruch gegen beide Angeklagte ab. Staatsanwalt Kölling beantragte mit Rücksicht auf die Trübsal, mit welcher hier der Weineid geübt worden und mit fernerer Rücksicht darauf, daß durch denselben ein Mädchen in moralischer Beziehung arg verunglimpft worden ist, je 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Die Rechtsanwalte Dr. Goldschlag und Dr. Davidsohn empfehlen ein geringeres Strafmaß. - Der Gerichtshof verurteilte Rood zu 6 Jahren Zuchthaus, Glabe zu 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust.

Schwere Verletzungen gegen einige seinen Laden besuchende Kinder hatte sich der 63jährige Materialwarenhändler Albert Meher zu Schulden kommen lassen, der gestern wegen Sittlichkeitsvergehen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Wie aus der Urteilsverfändigung hervorging, war der Angeklagte für überführt erachtet worden, sich in drei Fällen gegen kleine Mädchen, die Einkäufe bei ihm zu machen hatten, vergangen zu haben. Mit Rücksicht auf den erschwerenden Umstand, daß die Eltern der Kinder genötigt seien, den Kaufleuten Vertrauen zu schenken, wurde gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten erkannt.

Ein bestrakter Demuziant. Wegen Hazardspiels war der Gastwirt Klahr in Friedenau von einem Konkurrenten denunziert worden. Die Gerichtsverhandlung ergab dieser Tage, daß die Denunziation völlig haltlos war, worauf das Schöffengericht nicht allein den angeklagten Gastwirt freisprach, sondern dem Demuzianten auch die Gerichtskosten auflegte.

Versammlungen.

Eine stark besuchte Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher tagte am Montag. Die Delegierten Herrmann und Christensen berichteten eingehend über die Beschlüsse der in Magdeburg stattgefundenen Generalversammlung. Nach langer, fast bis Mitternacht während der Debatte, erklärte sich die Versammlung durch Annahme einer Resolution mit der Haltung der Delegierten auf der Generalversammlung gegen 8 Stimmen einverstanden. Als dann wurde folgender Resolution zugestimmt: „Die Berliner Kollegen protestieren gegen den Beschluß der Generalversammlung bezüglich der Wahlrecht-Einteilung, wonach größere Städte erst von 500 Mitgliedern einen Delegierten wählen dürfen, während die kleineren Orte schon von 300 Mitgliedern wählen können. In diesem Beschluß erblickt die Versammlung eine Mißachtung des Grundsatzes „gleiche Rechte, gleiche Pflichten“. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Anschließ an die Berliner Gewerkschafts-Kommission resp. das Komitee referierte Herrmann. Obgleich viele Sätzeungen des Komitee ihm (den Redner) mehr konzentriert wie das Regulativ der Berliner Gewerkschafts-Kommission, so liege die Form der Schuhmacher-Organisation es schon nicht zu, sich mit den Lokalorganisierten zu kartellieren. Er empfehle namens der Ortsverwaltung den Ansicht an die Berliner Gewerkschafts-Kommission. Nach kurzer Debatte wurde gegen einige Stimmen beschlossen, sich der Berliner Gewerkschafts-Kommission wieder anzuschließen.

Die Kammer hielt am 15. d. M. im Lokale Vergeß. 12 eine gutbesuchte Versammlung ab, um eventuell die Antwort der Steglitzer Steinlegervereinigung auf die erneuten Verläufe der Lohnkommission zu einer friedlichen Regelung der Lohnfrage entgegen zu nehmen. Es war genannter Zeitung nahe gelegt worden, den Kammer dasjenige anzugeben, was denselben von der Berliner Zeitung bewilligt worden ist. Bei einzigem guten Willen ist das möglich, da beide Vereinigungen auf genau denselben Gebieten arbeiten. Eine Antwort auf die erneute Anfrage lag nicht vor. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammlung ihr lebhaftes Bedauern über das ablehnende Verhalten genannter Zeitung und zugleich die Absicht ausdrückt, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Gleichzeitig wurde der Lohnkommission die Ermächtigung erteilt, alle Maßnahmen zur Durchführung der aufgestellten Forderungen zu treffen. Die den Streikenden eventuell zu zahlende Unterstützung wird festgesetzt für Novembereventuell 10 M., Dezember 12 M. und jedes Kind 1 M. pro Woche. Bezüglich der Vorkommnisse bei der Firma Wiesel in Hildorf wird getadelt, daß die daselbst beschäftigten Kammer unter Uebergehung der Lohnkommission mit dem Firmeninhaber eine Vereinbarung getroffen hätten. Allerdings hat Herr W. die Anerkennung des Berliner Lohnsatzes zugesagt, ebenfalls hat derselbe den Leuten, die auf seine angeblich mißverständlichen Äußerungen hin am Montag vor dem 1. Mai gefeiert haben, je zwei Stunden bezahlt.

Die Einseker, organisiert im Deutschen Holzarbeiter-Verband, nahmen am 13. Mai in einer von ca. 40 Mitgliedern besuchten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Kurkowski führte aus: Daß die Verhandlungen soweit zu Ende geblieben sind, daß nur noch drei Punkte zu erledigen sind, welche aber beiderseitig auf harten Widerstand stießen und vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt erledigt werden müssen. Die Versammelten sprachen der Kommission ihr volles Vertrauen aus und nahmen eine dementsprechende Resolution an.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Am Montag fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die sehr stark besuchte Generalversammlung für das erste Vierteljahr 1900 statt. Aus dem Bericht des Kassierers Peggold ist folgendes hervorzuhelien: Die Hauptkasse hatte am 31. Dezember 1899 einen Bestand von 6030,45 M., dazu kommt eine Einzahlung von 52 747,20 M. Die Ausgabe betrug 40 791,31 M., so daß am Schluß des Quartals ein Bestand von 18 586,34 M. vorhanden war. - Die Lokalkasse wies am 31. Dez. 1899 einen Bestand von 88 878,56 M. auf, die Einzahlung betrug 40 449,40 M., die Ausgabe 24 358,25 M., bleibt ein Bestand von 111 974,71 M. - Am Schluß des vorigen Jahres hatte der Verband in Berlin 16345 männliche und 888 weibliche Mitglieder. Im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres ist die Zahl auf 20 296 männliche und 417 weibliche gestiegen. - Der Kassierer wurde entlastet.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die letzten Zirkels und Lohnbewegungen führte Räder aus: Die Beteiligung an der diesjährigen Kaiserfeier sei bedeutend stärker gewesen wie im Vorjahre. In 100 Werkstätten haben etwa 1500 Metallarbeiter gefeiert. In Differenzen aus Anlaß der Kaiserfeier sei es nicht gekommen. Nur einzelne Unternehmer, und zwar solche, die dem Verbande der Industriellen nicht angehören, hätten Mißregelungen vorgenommen. 25 Gewahrgelichte wurden unterfertigt, 12 hatten keinen Anspruch auf Unterfertigung. Seitens der Mannmänner seien in diesem Jahre keine Mißregelungen verübt worden, ein Beweis, daß diese Unternehmer einzusehen begannen, es liege nicht in ihrem Interesse, wenn sie wegen der Kaiserfeier Differenzen herbeiführen. Weiter wies der Redner auf den Beschluß des Verbandes der Metallindustriellen hin, wonach die 10stündige Arbeitszeit in allen Betrieben, wo eine kürzere Arbeitszeit besteht, eingeführt werden soll. Hierzu nahm die Generalversammlung einen kürzlich von den Vertrauensmännern gefassten Beschluß an, welcher besagt: In jedem Falle, wo eine Verlängerung der Arbeitszeit befragt wird, und eine Verständigung hierüber nicht erzielt werden kann, haben die Mitglieder die Pflicht, unter allen Umständen die Arbeit niederzulegen.

Hierauf erledigte die Versammlung keine Anträge. Unter anderem wurde beschlossen, von dem Darlehn, welches der Holzarbeiter-Verband für seinen Streik erhalten hat, 5000 M. als nachträgliche Streikunterfertigung zu erlassen. Einige von Vorn gestellte Anträge hatten den Zweck, ihn gewissermaßen zu rehabilitieren. Vorn, der in einstündiger Rede seine Anträge begründete, gab unmißwunden zu, daß er sich als Kassierer der Zirkels einer Unregelmäßigkeit schuldig gemacht habe, jedoch nicht in seinem Interesse, sondern um einem Freunde mit Geld auszuweichen. Er meint, sein Fehltritt könne ihm vergeben werden, da mit ihm keine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und sein Fortkommen nicht unendlich gemacht werde. Nach fast dreistündiger Debatte, in der mehrere Redner gegen Vorn sprachen und dieser nochmals sich selbst verteidigte, wobei die Versammelten teils für, teils gegen Vorn Partei nahmen, wurde die weitere Besprechung dieser Angelegenheit vertagt.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend hielt am 13. Mai ihre Mitgliederversammlung ab, in der das Mitglied Träger über die diesjährige Lohnfrage sprach. An der Diskussion beteiligten sich Wöttinger, Wielenz und Saad, die im allgemeinen zum Refertat sich zusammenschloßen. Hierauf fand die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß statt; es wurden Emil Riederer und Oskar Wöttinger einstimmig gewählt. Alle Beschwerden wegen Nichtzustellung der Zeitung sind an den Expedienten Hermann Lemke, Gramstr. 5, Luergeb. 2 Tr., zu richten.

Verichtigung. In Nr. 111 des „Vorwärts“ wird von einem Herrn R. Arendsee behauptet, der Redakteur des „Korrespondent“ sei naheinander oberbayerischer sozialdemokratischer Bauernagator, konservativer Antisoblast, Redakteur und Lehrer des Naturheilverfahrens gewesen. Diese Behauptungen sind aus der Luft gegriffen. L. Kerschauer, Redakteur des „Korrespondent“.

Verein der amtlich geprüften Beilegehilfen, Wassereur Beilegehilfen-Gesellschaft. Sitzung am Donnerstag, den 17. d. M., abends 7 1/2 Uhr, bei Bobl, Solenthalerstr. 11/12; Redungsabend. Verbände, Kollegen als Gäste willkommen.

Vermischtes.

Waldbrand. Aus Magdeburg wird gemeldet: Nach zuverlässigen Nachrichten sind bei dem gestrigen Brande im Bezirke der Oberförsterei Jaevenitz rund 400 Morgen Waldbestand vernichtet worden. Der „Magdeburgerischen Zeitung“ zufolge ist die auf der Brandstelle gefundene Leiche die eines jungen Mannes aus Jaevenitz, der bei den Löscharbeiten verunglückt.

Eine folgenschwere Explosion erfolgte gestern in Eibersfeld in der chemischen Fabrik von Carl v. Bauer durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, der schadhafte Stellen der Gasleitung mit brennendem Licht untersuchte. Durch die Explosion wurde das ganze Fabrik-Etablissement bis auf einzelne Nebengebäude in einen Trümmerhaufen verwandelt. Ein Rittinhaber der Firma sowie acht Arbeiter wurden schwer verletzt. Der Schaden ist ungeheuer und der Betrieb auf Monate hinaus unterbrochen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Abonnent Wiener. Es ist für die volle Woche zu zahlen - A. 5. Soweit ersichtlich, fehlt der Betreffenden ein Anspruch auf Lohn und Kost zu. - W. 25. Sie müssen beim Magistrat reklamieren. - C. 2. 21. Die Abweisung entspricht leider dem Belie. - Richter. 1. Die Veranlagung entspricht dem Ges. 2. W. 6. Karte ist zu geben. - G. B. 100. Grundfragen Sie sich darüber bei dem Stationsvorsteher eines hiesigen Bahnhofes oder auch bei einem Lokomotivführer.

Jurist. 1. Arbeiterstimme; das genügt. 2. Sie können den ganzen inneren und äußeren Adam „buchen“, beziehungsweise nur den äußeren oder den inneren. Wie Sie wollen, es kommt dabei nichts heraus. - Chilly. Damit das vorbedachte, von Ihnen nicht gewünschte Kind Ihren Gesetzen Ihren Namen erhält, ist folgender Weg erforderlich. Sie erklären schriftlich, daß Sie dem Kind Ihren Namen erteilen. Unter diesem Schriftsatz erklärt Ihre Ehefrau und der Vormund, daß sie mit der Namenserteilung einverstanden sind. Alle drei Namen sind durch einen Notar, durch ein Amtsgericht oder durch den Standesbeamten, in dessen Bezirk die Geburt des Kindes eingetragen ist, zu bezeugen. Dies Schriftsatz überreichen Sie dann dem Standesbeamten, in dessen Bezirk die Geburt des Kindes eingetragen ist, und beantragen, den Namen des Kindes anzunehmen. Die Kosten betragen etwa 10 bis 20 Mark.

J. W. 33. 1. Sie sind zur Rückgabe verpflichtet, können aber die Anreizung infolge der Beratung gemachten Aufmerkungen in Gegenrechnung bringen. 2. Ja. - B. 3. Ein Anspruch, Anreizung auf Rückzahlung der Beiträge besteht nicht. - G. 68. 1. Nein. 2. u. 3. Sie können Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten. - H. 33. S. 111. 1. Die Antwort zu erteilen können wir ab. 1. Nein. 2. 70 Jahre. 3. Solcher Fall ist unmöglich. Der Anspruch verfährt in zwei Jahren.

Witterungsbericht vom 16. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 9 u.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 9 u.
Eintrunde	756	W	2	heiter	7	Barannda	752			2 hebel	0
Spandau	759	W	3	bedekt	7	Verderburg	760			1 bedekt	5
Berlin	758	W	3	heiter	8	Fort	760			hebel bed.	13
Frankf./M.	761	N	2	wolkenl.	8	Aberdeen	760			heiter	11
Wien	756	W	4	bedekt	3	Baris	762			wolkenl.	7
	757	W	2	Regen	7						

Weiterer Prognose für Donnerstag, den 17. Mai 1900.
Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden; nachher aufklarend und etwas wärmer. Berliner Witterungsbureau.